



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 90

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 90

.....  
vom 05.04.2011

.....  
del 05/04/2011

Präsidentin  
Vizepräsident

DDr.<sup>in</sup> Julia Unterberger  
Mauro Minniti

Presidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 90

vom 05.04.2011

**Inhaltsverzeichnis**

Anhörung der Vertreter des Landes Südtirol in der Sechser- und Zwölferkommission, K.Abg. RA DDr. Karl Zeller und RA Dr. Alberto Zocchi, zur Thematik der Ausarbeitung von neuen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut. . . . .Seite 1

Aktuelle Fragestunde. . . . .Seite 22

Beschlussantrag Nr. 80/09 vom 18.2.2009, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Förderung für Frauen, die bis zum 5. Lebensjahr ihrer Kinder auf die Betreuung in Kinderkrippen und Kindergärten verzichten" (Fortsetzung). . . . .Seite 43

Beschlussantrag Nr. 167/09 vom 25.9.2009, eingebracht von den Abgeordneten Pardeller und Pichler Rolle, betreffend Bausparen und Wohnbauförderung. . . . .Seite 46

Beschlussantrag Nr. 171/09 vom 23.10.2009, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend eindeutige Absage an die beabsichtigte Einführung einer Stunde Islamunterricht an Südtiroler Schulen. . . . .Seite 55

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 90

del 05/04/2011

**Indice**

Audizione dei rappresentanti della Provincia della Commissione dei sei e dei dodici On. le avv. dott. Karl Zeller e avv. dott. Alberto Zocchi in ordine alla tematica dell'elaborazione di nuove norme di attuazione allo Statuto di autonomia . . . . . pag. 1

Interrogazioni su temi di attualità. . . . . pag. 22

Mozione n. 80/09 del 18.2.2009, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante incentivazione per le donne che decidano di rinunciare al nido e alla scuola materna fino al 5° anno di vita dei figli" (continuazione). . . . . pag. 43

Mozione n. 167/09 del 25.9.2009, presentata dai consiglieri Pardeller e Pichler Rolle, riguardante risparmio edilizio ed edilizia agevolata. . . . . pag. 46

Mozione n. 171/09 del 23.10.2009, presentata dal consigliere Seppi, riguardante scongiurare qualsiasi ipotesi di inserimento di un'ora settimanale di religione islamica nelle scuole provinciali. . . . . pag. 55

**Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.<sup>in</sup> Julia Unterberger**

**Ore 10.04 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

**HOCHGRUBER KUENZER + STIRNER BRANTSCH (Sekretärinnen - SVP):** Verlesen das Sitzungsprotokoll | leggono il processo verbale

**PRÄSIDENTIN:** Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt. Ich teile mit, dass die von Artikel 59 der Geschäftsordnung vorgesehenen Mitteilungen im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen gelten.

Bevor wir mit der Behandlung der Tagesordnung beginnen, ersuche ich Sie, sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Meine Damen und Herren Abgeordneten,

es ist zwar schon einige Wochen her, aber ich denke, dass der Südtiroler Landtag trotzdem ein Zeichen des Mitgefühls und der Solidarität hinsichtlich der Katastrophe in Japan setzen sollte.

Eines der stärksten Beben seit Menschengedenken hat am 11. März Japan erschüttert. Die dadurch ausgelösten, bis zu 10 Meter hohen Flutwellen haben Brücken mitgerissen und Häuser weggeschwemmt, Dörfer und ganze Stadtteile sind zerstört. Die Behörden sprechen von über 12.000 Toten und 15.000 Vermissten, Hunderttausende wurden obdachlos. Wir haben alle die Bilder von zerstörten Landstrichen gesehen, die uns betroffen und ratlos machen. Japan, die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt, steht am Rande eines Abgrunds, den viele für unmöglich gehalten haben.

Zur Naturkatastrophe kommt eine weitere Katastrophe, deren Ausmaß wir noch nicht abschätzen können. Durch das Erdbeben kam es zu mehreren Störfällen in japanischen Kernkraftwerken, austretende Radioaktivität wurde in der Luft und im Wasser gemessen. Auch in Europa und Amerika verfolgt man mit Bangen, wohin der Wind die radioaktiven Partikel trägt. Wir fühlen uns hilflos, wenn wir sehen, dass auch ein technisch, organisatorisch und wirtschaftlich gut gerüstetes Land gegen die Naturgewalten nichts ausrichten kann.

Unsere Gedanken gehen heute an jene, die durch diese Katastrophe ihre Lieben, ihr Haus, ihre Arbeit oder ihr Leben verloren haben.

Ich bitte Sie deshalb um eine Minute der Besinnung.

*(Eine Gedenkminute – un minuto di silenzio)*

Danke!

Im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 der Geschäftsordnung teile ich Ihnen mit, dass ich nach Anhörung der Fraktionsvorsitzenden in der Sitzung vom 23. März folgende Abgeordnete zu Mitgliedern der Geschäftsausschusskommission berufe: den Abgeordneten Pichler Rolle, den Abgeordneten Schuler, den Abgeordneten Baumgartner, den Abgeordneten Leitner und den Abgeordneten Urzi.

Wir kommen nun zur Behandlung der Tagesordnung.

**Punkt 1 der Tagesordnung: "Anhörung der Vertreter des Landes Südtirol in der Sechser- und Zwölferkommission, K.Abg. RA DDr. Karl Zeller und RA Dr. Alberto Zocchi, zur Thematik der Ausarbeitung von neuen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut".**

**Punto 1) dell'ordine del giorno: "Audizione dei rappresentanti della Provincia della Commissione dei sei e dei dodici On. le avv. dott. Karl Zeller e avv. dott. Alberto Zocchi in ordine alla tematica dell'elaborazione di nuove norme di attuazione allo Statuto di autonomia".**

Ich begrüße die beiden geladenen Vertreter der Sechser- und Zwölferkommission. Sie werden uns einen Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Vorhaben unterbreiten. Wir haben in der Fraktionssprechersitzung ausgemacht, dass die Berichterstattung 30 Minuten dauern soll. Anschließend können die Abgeordneten Fragen zu den Ausführungen stellen.

Ich bitte nun um die Berichterstattung.

**ZELLER:** Ich möchte mich zunächst herzlich für die Einladung bedanken und möchte vorausschicken, dass die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission nicht sehr konstant sind. Unsere Tätigkeit in dieser Kommission hängt nämlich sehr stark davon ab, ob die Regierung gewillt ist, die Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Formal gesehen kann die Sechser- und Zwölferkommission ja nur ein nicht bindendes Gutachten zu Vorschlägen der Regierung abgeben, obwohl es sich in der Praxis eingebürgert hat, dass die Durchführungsbestimmungen von der Kommission ausgearbeitet werden. Danach werden die Gutachten der verschiedenen Ministerien, die von den Durchführungsbestimmungen betroffen sind, eingeholt. Dann liegt es am Ministerrat, also an der Regierung, diese Durchführungsbestimmungen zu verabschieden. Um ein Beispiel zu nennen. Ich vertrete das Land Südtirol seit 1994 in diesen paritätischen Kommissionen. Wir haben in den Jahren 1995 bis 2001 rund 35 Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet, die dann auch in Kraft getreten sind. Von 2001 bis 2006 hat es eine Phase des relativen Stillstandes gegeben, da nur zwei wesentliche Durchführungsbestimmungen erlassen worden sind. Von 2006 bis 2008 war es im Grunde genommen nur eine, nämlich die Korrektur der Durchführungsbestimmung zur Energie. Von 2008 bis 2009 ist eigentlich überhaupt nichts gemacht worden, auch weil es keine große Bereitschaft der Regierung gab, einen weiteren Ausbau unserer Autonomie zuzulassen. Der Durchbruch ist dann durch das sogenannte "Mailänder Abkommen" im November 2009 gelungen, mit welchem eine neue Finanzautonomie vereinbart wurde und 60 Millionen Euro pro Jahr für die Übernahme von staatlichen Kompetenzen bereitgestellt wurden. Erst nach diesem Durchbruch hat die Tätigkeit der Sechser- und Zwölferkommission wieder begonnen, und wir wollen heute über die Durchführungsbestimmungen berichten, die wir seither gemacht haben und derzeit noch bearbeiten.

**ZOCCHI:** Non abbiamo tantissimo tempo, comincerei con una carrellata delle norme che abbiamo avuto modo di vedere. Comincio dalla composizione della Commissione dei sei che è più direttamente attinente al territorio della provincia autonoma di Bolzano. Abbiamo due norme che sono state approvate dal Consiglio dei Ministri e anche già pubblicate, e sono il Decreto legislativo 14.5.2010, n. 86, che riguarda "Norme di attuazione dello Statuto speciale sull'equipollenza degli attestati di conoscenza della lingua italiana e della lingua tedesca". Si tratta di una norma che era stata licenziata dalla Commissione in data 8.4.2008, poi era stata rinviata al Governo ed era rimasta sostanzialmente ferma anche a causa della crisi politica che si era verificata in quel periodo. Questa norma si era resa necessaria a seguito anche dell'apertura di un procedimento di infrazione a carico della Repubblica italiana a seguito della cosiddetta "sentenza Angonese". In sostanza la normativa europea consente che gli stati membri richiedano che i cittadini di altri stati membri abbiano una conoscenza linguistica richiesta in considerazione del posto di lavoro da occupare, ma il principio della non discriminazione esclude ogni obbligo che la conoscenza linguistica in questione debba essere stata acquisita all'interno del territorio nazionale. Il problema era questo: la normativa prevedeva che l'attestazione di bilinguismo dovesse essere accertata solo ai sensi e per gli effetti di cui al DPR n. 752, cioè con il cosiddetto "patentino". Quindi il testo elaborato equipara in sostanza le certificazioni rese nel quadro comune europeo di riferimento per le lingue, che è un insieme di norme che qualifica le attestazioni della conoscenza linguistica, agli attestati di cui all'art. 4 del DPR n. 752. La norma dice semplicemente: *"Le certificazioni di conoscenza delle lingue italiana e/o tedesca che, nel quadro comune europeo di riferimento per le lingue, corrispondono ai livelli che li sono denominati A2, B1, B2 e C1, sono rispettivamente equipollenti agli attestati di conoscenza della lingua italiana e/o della lingua tedesca di cui all'art. 4, terzo comma, n. 1, 2, 3 e 4"*, cioè il cosiddetto patentino A, B, C e D.

È stato aggiunto da questa norma, da parte della commissione nella sua attuale composizione, un ulteriore passo che prevede che il diploma di istruzione secondaria di secondo grado, i titoli di studio universitario di primo e secondo livello, se conseguiti rispettivamente in una scuola statale o paritaria di lingua italiana e in una università statale o non statale legalmente riconosciuta di lingua tedesca o viceversa, costituiscono congiuntamente l'attestato di conoscenza della due lingue di livello corrispondente a quello di cui all'art. 4, comma 3, n. 4, cioè il patentino A. In sostanza chi ha la maturità in una lingua e ha un diploma di laurea nell'altra lingua non occorre che si scomodi, perché si può considerare che possa avere una conoscenza sufficiente ad ottenere il patentino di livello A.

C'è un parere motivato della Commissione europea, per onore di cronaca, che si dice non certa che tali nuove misure modifichino la legislazione italiana in linea con il diritto europeo. Sono mossi sostanzialmente due rilievi dalla Commissione europea. Si dice che: *"Non verrebbe specificato se e come gli attestati o certificati di lingua che non corrispondono direttamente ai livelli stabiliti dal CEFR – il CEFR è l'acronimo di questo quadro comune europeo di riferimento – saranno presi in considerazione come prova della conoscenza di una lingua."* Il secondo rilievo è che *"resterebbe da chiarire se il certificato di cui al nuovo articolo sarà in ogni eventualità rilasciato automaticamente al momento della presentazione di un certificato accettato come equivalente."* A me sembra che siano due rilievi non fondati in quanto sul primo non si può neanche pretendere che una norma faccia riferimento a qualsiasi certificato o attestato di lingua anche non corrispondente a questo quadro comune europeo di riferimento. Quindi non ogni attestazione proveniente da qualsiasi istituzione può essere presa per buona, ma quelle che almeno a livello europeo godono di questa certificazione. Quanto poi alle modalità di rilascio, è evidente che in applicazione di questa norma il competente ufficio provinciale deve provvedere solo alla verifica formale se il candidato è o meno in possesso di un attestato di certificazione della conoscenza linguistica di quel tipo o meno. Se è in possesso di quell'attestato deve essergli riconosciuta la conseguente attestazione. Però questo non dipende dalla norma, dipenderà dal comportamento dell'amministrazione esecutiva della norma. A mio modesto parere penso di poter dire che la norma sia a posto sotto questo profilo.

**ZELLER:** Hinsichtlich dieses Punktes hat es im letzten Jahr gemeinsam mit dem Europaparlamentarier Dorfmann eine Aussprache mit der EU-Kommission gegeben, wobei es uns gelungen ist, die Einwände der EU-Kommission zu entkräften. Seitdem hat es nämlich keine weiteren Beanstandungen gegeben.

**ZOCCHI:** La seconda norma che è stata approvata dal Consiglio dei ministri e anche pubblicata, il Decreto Legislativo 21 gennaio 2011, n. 11, reca modifiche all'art. 33 del DPR n. 574 del 1988 in materia di riserva di posti per i candidati in possesso dell'attestato di bilinguismo nonché di esclusione dall'obbligo del servizio militare preventivo nel reclutamento del personale da assumere nelle Forze dell'ordine. È una modifica leggera ma comunque incisiva sull'art. 1 del detto DPR che già prevedeva un'aliquota riservata al personale munito dell'attestato di bilinguismo. Abbiamo inserito il riferimento al fatto che il requisito del bilinguismo deve risultare per ciascun livello, per ciascuna funzione del personale, dal possesso del corrispondente attestato. In sostanza il tenente della Guardia di finanza non potrà essere considerato bilingue se in possesso del patentino D e quindi non in grado di fare il suo lavoro in due lingue. Per il suo livello dovrà avere il corrispondente attestato.

La seconda modifica ha un altro riferimento ed esclude il requisito di cui all'art. 2199 del codice militare ai candidati locali, cioè non sarà più necessario per coloro che volessero arruolarsi nelle Forze dell'ordine in provincia di Bolzano avere già prestato il servizio militare in ferma volontaria prolungata. Sono due modifiche che mi sembra siano assolutamente opportune sia per rendere più effettiva la tutela che già c'era nell'art. 1, che però poteva essere aggirata o comunque posta in grado di non essere efficace con il gioco degli attestati di bilinguismo non corrispondenti alla funzione. E quanto all'esclusione dell'obbligo di una ferma preventiva, questo è volto evidentemente a facilitare l'accesso alle Forze dell'Ordine da un maggior numero di candidati a livello locale.

**ZELLER:** Das ist eine sehr wichtige Durchführungsbestimmung, weil insbesondere für die Finanzpolizei seit Jahren keine zweisprachigen Kontingente mehr bei den Wettbewerben vorgesehen sind. Auf mehrfache parlamentarische Anfragen meinerseits wurde mir immer lapidar geantwortet, dass die Finanzpolizei in Südtirol bereits zweisprachig sei. Nach der vierten oder fünften Anfrage hat man mir dann auch die entsprechenden Daten mitgeteilt. Daraus ist hervorgegangen, dass alle als zweisprachig angesehen werden, die auch nur den Zweisprachigkeitsnachweis D haben. Jeder weiß, dass mit so einem Zweisprachigkeitsnachweis sicher keine deutschen Protokolle gemacht werden können. Mit dieser Entschuldigung, dass praktisch 80 Prozent der Angehörigen der Finanzpolizei in Südtirol im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises D seien, wurden keine zweisprachigen Kontingente mehr vorgesehen. Dem haben wir jetzt einen Riegel vorgeschoben, weil nicht mehr jeder Zweisprachigkeitsnachweis zählt, sondern nur mehr der Zweisprachigkeitsnachweis ausschlaggebend ist, der für die entsprechende Stelle notwendig ist. Ein Offizier ist nicht mehr als zweisprachig anzusehen, wenn er nur den Zweisprachigkeitsnachweis D hat. Er muss die den Zweisprachigkeitsnachweis A haben.

Wichtig ist auch jene Bestimmung, die vorsieht, dass eine Versetzung von zweisprachigem Personal in andere Provinzen nur mehr dann gemacht werden kann, wenn der zweisprachige Dienst in Südtirol weiterhin gewährleistet ist. Es kann also nicht mehr so sein, dass beispielsweise der einzige in Südtirol tätige Offizier mit Zweisprachigkeitsnachweis A versetzt wird und dann überhaupt kein zweisprachiger Offizier mehr da ist.

Der Kollege Zocchi hat bereits gesagt, dass die Bestimmung, dass man, bevor man zur Polizei gehen konnte, zwei Jahre Militärdienst absolviert haben musste, dazu geführt hat, dass man niemanden mehr gefunden hat. Es wäre also unmöglich gewesen, die Zweisprachigkeitsbestimmungen mangels entsprechender Kandidaten einzuhalten. Die Ordnungskräfte wären langsam ausgeblutet und schlussendlich wären überhaupt keine Südtiroler mehr dabei gewesen. Innenminister Maroni hat uns aber sehr geholfen zu erreichen, dass diese Bestimmung für Südtirol nicht gilt.

**ZOCCHI:** Seguono norme di attuazione approvate dalla commissione paritetica ma ancora in attesa della definizione della fase istruttoria, cioè del passaggio dei pareri dei vari ministeri, e poi la successiva iscrizione all'ordine del giorno del Consiglio dei Ministri. Il primo è lo schema di norme di attuazione recante "Modifiche all'art. 35 del DPR n. 752/76 riguardante l'uso delle lingue italiana e tedesca nei concorsi per uditori giudiziari in provincia di Bolzano". La norma prevede l'inserimento nel bando di concorso per uditore giudiziario per la provincia di Bolzano di un'apposita prova di conoscenza della terminologia giuridica nelle lingue italiana e tedesca. Si tratta di un modo, secondo me una buona soluzione, per assicurare la migliore conoscenza linguistica possibile proprio per il personale di magistratura per il quale la conoscenza della lingua è fondamentale nell'esercizio delle sue funzioni molto di più che per esempio per un medico ospedaliero per intenderci, senza però inserire un patentino bis, per inserire una sorta di supplemento di accertamento del bilinguismo che sarebbe non ammissibile, né andare a toccare il principio di libertà di uso delle lingue nei concorsi pubblici di cui all'art. 20. Si dice che ci sarà una prova in più. Non si tratta di usare una lingua o l'altra come avevamo ipotizzato, ma si andavano a toccare dei principi che è meglio non andare a toccare, ma si inserisce una prova d'esame in più di terminologia giuridica, così il candidato è tenuto comunque a studiare qualcosa in più, visto che poi della lingua farà il suo principale strumento di lavoro.

**ZELLER:** Diese Bestimmung haben wir noch nicht durch den Ministerrat gebracht, da es hier unverständlichlicherweise ein negatives Gutachten des Justizministeriums gibt. Wir müssen also mit Minister Alfano Kontakt aufnehmen, um dieses negative Gutachten zu überwinden. Sonst kann diese Norm, die wichtig ist, um den Missbrauch unserer Autonomiebestimmungen zu verhindern, nicht in den Ministerrat gehen. Bei den letzten Richterwettbewerben hat sich leider immer wieder gezeigt, dass sich Kandidaten aus anderen Provinzen als Deutsche erklärt und den Richterwettbewerb im Rahmen der Angehörigen der der deutschen Sprachgruppe vorbehaltenen Quote bestanden haben, obwohl sie die Prüfung in deutscher Sprache abgelegt haben. Es gibt sehr starke Beschwerden von Seiten der Richterschaft in Bozen, weil diese Richter vielfach nicht in der Lage sind, ein Urteil in einem normalen Deutsch zu schreiben, was wiederum den Missmut der anderen zweisprachigen Kollegen nach sich zieht, die letztlich die Arbeit dieser neu eingestellten Richter übernehmen müssen. Hier müssen wir darauf bestehen, dass zumindest der Kompromissvorschlag, den wir in der Kommission gefunden haben, nämlich jenen einer deutsch-italienischen Terminologieprüfung, vom Ministerrat verabschiedet wird.

**ZOCCHI:** Un ulteriore schema di norme approvate in commissione in attesa di andare all'ordine del giorno del Consiglio dei ministri prevede l'aumento da due a tre del numero dei consiglieri di Stato appartenenti al gruppo di lingua tedesca della Provincia di Bolzano nominati a far parte delle sezioni del Consiglio di Stato investite dei giudizi di appello sulle decisioni dell'autonoma sezione di Bolzano del Tribunale regionale di giustizia amministrativa. È una norma molto semplice sulla quale non mi dilungherei ulteriormente. Il senso della norma è quello di evitare, come si stanno già creando, delle situazioni di incompatibilità visto che talvolta o per lo più i magistrati di secondo grado nominati dal Consiglio di Stato provengono, come è normale, dalla Magistratura di primo grado, cioè proprio dal TAR, e essendo chiamati a scrivere le sentenze di appello sulle sentenze del TAR è evidente che si trovano spesso in condizioni di incompatibilità, avendo fatto parte del collegio di primo grado. L'aumento da due a tre dovrebbe rendere possibile che, alternandosi nel collegio giudicante di secondo grado, queste incompatibilità vengano sostanzialmente meno.

**ZELLER:** Diese Durchführungsbestimmung ist sehr wichtig. Die Notwendigkeit für dieselbe hat sich infolge des mangelnden Einvernehmens des Staates bei der Ernennung des letzten Staatsrates ergeben, der derzeit Richter am Verwaltungsgericht Bozen ist. Das Ministerratspräsidium hat den Einwand gemacht, dass dieser Richter in einigen Fällen inkompatibel sein könnte, weil er bereits in erster Instanz entschieden hat. Deshalb haben wir die Lösungsmöglichkeit ins Auge gefasst, dass die Zahl der deutschsprachigen Richter auf drei erhöht wird, was einerseits eine Beschleunigung der Prozesse bzw. Berufungsverfahren mit sich bringt und auf der anderen Seite eine Diskriminierung der Verwaltungsrichter aus Bozen verhindert. Diese Durchführungsbestimmung wird in



Kürze vom Ministerrat genehmigt werden, weil wir sowohl das positive Gutachten des Staatsrates, als auch jenes des Justizministeriums haben. Daher sehe ich diesbezüglich keine großen Schwierigkeiten mehr. Damit wird auch der Landtag aufgewertet, weil bei der Ernennung der deutschsprachigen Staatsräte ein Mitentscheidungsrecht desselben vorgesehen ist. Die Kosten für diesen dritten Staatsrat sind relativ gering und werden vom Land Südtirol übernommen. Es geht lediglich um rund 120.000 Euro, die auf der Grundlage des "Mailänder Abkommens" mit dem 60-Millionen-Euro-Fonds abgedeckt werden.

**ZOCCHI:** Abbiamo poi lo schema di norme di attuazione in materia di dichiarazioni di appartenenza o di aggregazione al gruppo linguistico in provincia di Bolzano, recante una modifica all'art. 20-ter del DPR n. 752 del 1976 che riguarda l'estensione a cittadini di altri Stati dell'Unione Europea non residenti in provincia di Bolzano della facoltà di rendere la dichiarazione nominativa di appartenenza o aggregazione ad un gruppo linguistico. Si tratta di una lacuna che è risultata esserci nell'art. 20-ter, che, per intenderci, è quello che prevede i tempi, le modalità e gli effetti della dichiarazione di aggregazione, che è sempre prevista in effetti per il cittadino residente nella provincia o per il cittadino che viene a risiedere. È la norma che prevede che il cittadino che viene a risiedere o il cittadino che diventa maggiorenne può rendere la dichiarazione che ha effetti immediati, mentre chi rende la dichiarazione in qualsiasi altro momento essendo già residente da tempo ha 18 mesi di attesa per evitare dichiarazioni di comodo. Quello che mancava in questa norma è la posizione del cittadino non residente, quindi l'accento della norma non è tanto sul fatto che possa essere cittadino di altro Stato dell'Unione Europea quanto sul fatto che potesse anche essere non residente. Il problema concreto si è posto all'ultimo concorso per un posto di uditore giudiziario in provincia di Bolzano dove il presidente Heinrich Zanon si è trovato in una situazione di dover risolvere lui il problema a scanso di un'azione legale, perché c'era un candidato di un'altra provincia italiana che non aveva nessuna intenzione di trasferire la sua residenza solo ai fini di fare un concorso che nell'ipotesi poteva anche non vincere, ma voleva, e aveva ovviamente il diritto, da cittadino italiano e da cittadino europeo. Quindi da qualsiasi provincia o Stato europeo chi ha interesse a partecipare ad un concorso pubblico nella nostra provincia, deve avere la possibilità, perché lo prevede la legge, di dichiararsi di appartenenza o di aggregazione ad un gruppo linguistico. Quindi abbiamo coperto una falla, per così dire, nella legislazione, che avrebbe potuto portare anche dei problemi di natura giudiziaria qualora qualcuno fosse stato escluso dalla possibilità a partecipare ad un concorso pubblico.

**ZELLER:** Leider ist diese Durchführungsbestimmung blockiert. Aus unverständlichen Gründen hat das Innenministerium - anscheinend in der Meinung, unsere Autonomie verteidigen zu müssen - erklärt, dass diese Norm nicht genehmigt werden könne, weil sie das Verhältnis der Sprachgruppen im Land Südtirol verändern würde. Offenbar hat das Innenministerium oder zumindest das Rechtsamt desselben keine genaue Kenntnis unserer Autonomiebestimmungen, denn die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung des Landes Südtirol hängt nicht von den individuellen Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen ab. Noch dazu ist diese Bestimmung bereits durch ein Dekret des Präsidenten des Landesgerichtes Zanon in Kraft. Es geht also nur darum, die Durchführungsbestimmung an das anzupassen, was heute bereits Praxis ist.

**ZOCCHI:** Seguono le norme di attuazione che sono ancora in fase istruttoria a seguito di un primo orientamento favorevole reso dalla Commissione. Sono di importanza tutto sommato relativa, con il massimo rispetto per ogni problematica, quindi cercherei di sfoitare un attimo. Abbiamo un'integrazione all'art. 32 del DPR n. 574/88, che prevede l'estensione del diritto di ottenere carte di credito redatte nelle lingue italiana, tedesca e anche ladina nelle tre frazioni ladine facenti parte del comune di Castelrotto, che però ladino non è nella sua maggioranza, che sono Oltretorrente, Roncadizza e Bulla, quindi Sureghes, Bula e Runggaditsch, che non avrebbero diritto ad avere la carta d'identità anche in ladino perché fanno parte di un comune che ladino non è, perché è Castelrotto.

Abbiamo visto uno schema normativo sulla dotazione organica degli uffici statali siti in provincia di Bolzano, che è una norma più o meno di routine. Si tratta di aggiornare l'entità di questi posti ai fini del calcolo della proporzionale, in base anche a quello che ci comunicano questi uffici, quindi nulla di particolarmente creativo.

Abbiamo una proposta di modifica degli articoli 35, 36 e 38 del DPR n. 752/76 riguardante la Magistratura ordinaria, una proposta un po' complessa e corposa da parte dei magistrati di Bolzano che avrebbero desiderio di impegnare il Ministero a bandire il concorso per la magistratura locale con determinate scadenze. Vorrebbero avere delle garanzie sul mantenimento in lista dei candidati dichiarati idonei e non assunti in modo da poterli impiegare anche senza appositi concorsi, vorrebbero avere una maggiorazione dei propri emolumenti. È una proposta un po' pesante in relazione alla quale abbiamo stabilito di incontrare direttamente i magistrati, in modo che possano

avere un colloquio diretto anche con i responsabili ministeriali in modo da chiarirsi senza fare troppi passaggi e appesantire la trattativa.

Tra le norme di attuazione in sospenso assume rilievo particolare quella che riguarda il trasferimento di competenze amministrative sulla RAI. Per quanto riguarda la RAI era stata presentata una norma e discussa nelle riunioni del 23 febbraio e 22 marzo dell'anno scorso, dove non si era raggiunto un accordo entro la commissione. La norma non è stata poi più discussa in seguito e, a quanto dichiarato da due autorevoli componenti della commissione stessa nel recente seminario di studio sulla questione, sarebbe stata scelta ora la via della sottoscrizione diretta da parte della Provincia della convenzione con la RAI in luogo dello Stato. Questa è una via che io personalmente reputo condivisibile, anche perché una norma di attuazione a mio modesto avviso non sarebbe da un lato neppure stata necessaria, visto che c'è uno strumento particolare che è previsto dalla norma nazionale. L'art. 46 del Testo Unico 177 del 2005, cioè il Testo Unico sulle radio-telecomunicazioni, dice espressamente al primo comma che con leggi regionali, nel rispetto dei principi fondamentali ecc., *"sono definiti gli specifici compiti di pubblico servizio che la società concessionaria del servizio pubblico generale di radiodiffusione è tenuta ad adempiere nell'orario e nella rete di programmazione destinati alla diffusione di contenuti in ambito regionale o, per le Province autonome di Trento e Bolzano, in ambito provinciale"*. Il secondo comma stabilisce che *"le Regioni e le Province autonome di Trento e Bolzano sono legittimate a stipulare, previa intesa con il Ministero, specifici contratti di servizio con le società concessionarie del servizio pubblico generale di radiodiffusione per la definizione degli obblighi di cui al comma 1- cioè i compiti del servizio pubblico ecc. – nel rispetto della libertà di iniziativa economica della società concessionaria"*. La norma nazionale prevede che sia il legislatore locale a stabilire i compiti, i limiti, gli orari e quindi non c'è una necessità di emanare una norma di attuazione che avrebbe finito invece per escludere il legislatore locale, perché in base alla norma di attuazione si sarebbe poi potuto stipulare il contratto di servizio e quindi in pratica sarebbe stata esclusa la funzione del legislatore provinciale. Penso che su una questione del genere che è estremamente delicata anche sotto il profilo politico penso che sia utile che si pronunci l'organo politico, elettivo, decisionale e non invece la commissione che tutto sommato è una commissione tecnica deputata ad attuare precetti che devono poi anche esserci. In realtà il passaggio di deleghe alla RAI è previsto solamente nell'Accordo di Milano, che è un accordo politico, ma non è poi ripreso nella normativa della legge finanziaria. La legge finanziaria dello Stato del 2010 prevede il passaggio dello Stato per quanto riguarda gli ammortizzatori sociali, prevede la revisione totale dei rapporti Stato-Provincia, prevede il passaggio di consegna per la Libera Università, per il conservatorio Monteverdi, per le Poste, non anche per la RAI. La norma di attuazione, a mio modesto modo di vedere, avrebbe potuto essere da un lato nemmeno necessaria, visto che si può regolare con una legge provinciale, e forse neanche del tutto legittima.

Pare che la discussione dal punto di vista di commissione paritetica sia comunque superata, e penso che poi il collega possa aggiornare meglio sullo stato delle trattative in essere.

**ZELLER:** Zunächst ist zu ergänzen, dass auch noch ein Vorschlag in der Sechser-Kommission liegt, der vorsieht, das ethnische Vertretungsrecht der Gewerkschaften neu zu regeln. Diesen Vorschlag, der von den konföderierten Gewerkschaften stammt, haben wir aber noch nicht behandelt.

Was die RAI angeht, bin ich nicht ganz der Meinung des Kollegen Zocchi, denn die Durchführungsbestimmung aus dem Jahr 1973 ist sicher überholt und somit zu ändern. Dort ist unter anderem festgeschrieben, dass das technische Personal der RAI ebenfalls nach Sprachgruppen getrennt ist. Wenn also ein deutschsprachiger Journalist eine Aufnahme macht, dann muss der Kameramann auch der deutschen Sprachgruppe angehören. Das ist wohl nicht sehr sinnvoll. Des Weiteren ist es so, dass die Konvention, die gemacht wird, nur solange gilt, als die RAI der staatliche Konzessionär ist. Die Konzession läuft in drei Jahren aus, was bedeutet, dass man über kurz oder lang auch die Durchführungsbestimmung entsprechend anpassen müssen wird, überhaupt dann, wenn man eine gewisse organisatorische Autonomie für den RAI-Sitz in Bozen gewährleisten will, aber auch dann, wenn es nicht nur um die deutsche und ladinischsprachige RAI, sondern auch um den italienischen Teil der lokalen RAI gehen soll. Da hier aber Widerstände bestehen und es uns fern liegt, eine Zwangsbeglückung zu machen, haben wir uns vorerst dazu entschieden, im Auftrag des Landeshauptmannes zu versuchen, in die bestehende RAI-Konvention vom 16. April 2010 anstelle des Ministerratspräsidiums einzutreten. Das Ministerratspräsidium hat bisher die rund 15,4 Millionen Euro, die dieser Dienst im Jahr kostet, übernommen. Aufgrund des "Mailänder Abkommens" soll nun das Land anstelle des Staates treten, was für den Dienst der RAI in diesem Land sicher von Vorteil wäre. Das Schatzministerium hat bereits für das Jahr 2011 die Beiträge für die deutsche und ladinische RAI von 15,4 auf 11 Millionen Euro gekürzt, was die RAI letztlich dazu zwingen würde, rund ein Drittel der Kosten in Südtirol einzusparen. Das wäre aus meiner Sicht nicht möglich, ohne die Sendungen in deutscher und ladinischer



Sprache radikal zu kürzen, und das kann nicht im Interesse des Landes sein. Derzeit laufen Verhandlungen mit der RAI-Spitze in Rom, wobei man versucht, die Bedingungen zu definieren, unter denen das Land Südtirol anstelle des Ministerratspräsidiums treten kann. Letzteres hat dazu bereits grünes Licht gegeben und es ist damit einverstanden, dass ein direktes Verhältnis zwischen dem Land Südtirol und der RAI aufgebaut wird. Diese Verhandlungen sind noch im Gange, und deshalb kann man nicht genau abschätzen, in welcher Form dieser Eintritt erfolgen wird.

**ZOCCHI:** Veniamo adesso alle norme elaborate dalla Commissione dei dodici, nella composizione quindi complessiva di 12 membri. Anche qui abbiamo due norme già approvate dal Consiglio dei Ministri e pubblicate, il decreto legislativo 19.11.2010, n. 252, in tema di "Disposizioni in materia di assistenza sanitaria ai detenuti e agli internati negli istituti penitenziari". Questa è una norma elaborata secondo le previsioni della legge finanziaria dello Stato dell'anno 2008 riguardante il riordino della medicina penitenziaria a seguito del decreto del presidente del Consiglio dei Ministri del 1.4.2008 che aveva operato il trasferimento della sanità penitenziaria al servizio sanitario delle regioni ordinarie e ha previsto che per le regioni a statuto speciale delle due Province autonome detto trasferimento fosse disciplinato con le modalità previste dai rispettivi statuti e quindi anche dalle correlate norme di attuazione. È una aggiunta tecnicamente all'articolo 1 del DPR, n. 474, che per intenderci è quello che dice che le attribuzioni dell'amministrazione dello Stato in materia di igiene e sanità già spettanti alla regione Trentino-Alto Adige sono esercitate per il rispettivo territorio dalle Province di Trento e Bolzano. La norma che è del 1975 al quarto comma dice: *"Rientrano altresì nelle attribuzioni di cui al primo comma anche le funzioni di assistenza sanitaria e detenuti internati negli istituti penitenziari nonché quelle relative ai servizi minorili come giustizia"*, con varie attribuzioni poi più tecniche.

La seconda è il decreto legislativo 11 novembre 2010, n. 262, di minore importanza per noi, che riguarda la tutela delle popolazioni ladine mochena e cimbra della provincia di Trento. La menziono per onor di cronaca, ma penso che non interessi particolarmente.

Abbiamo invece una norma di attuazione che è già approvata dal Consiglio dei Ministri ma non ancora pubblicata che riguarda le funzioni esercitate dalle Province di Trento e di Bolzano concernenti il parco nazionale dello Stelvio. Della norma si è discusso parecchio. Forse la cosa più semplice è andare a vederla direttamente. Si tratta delle modifiche all'art. 3 del DPR n. 270 del 1974 in materia di competenze della Regione in materia di minime proprietà culturali, caccia e pesca, agricoltura e foresta. All'art. 3 si diceva: *"Tra le funzioni esercitate dalle Province di Trento e Bolzano, ciascuna nel rispettivo territorio, ai sensi dell'art. 1 del presente decreto, sono comprese quelle concernenti il parco Nazionale dello Stelvio, al quale sarà conservata una configurazione unitaria"*. Questo comma è rimasto inalterato, quindi che ci fossero funzioni delle Province era previsto anche prima, e la configurazione unitaria del parco è prevista anche adesso. Al secondo comma pure si dice: *"Nell'esercizio della loro potestà in materia le Province, in caso di eventuali modifiche dell'estensione del parco nel rispettivo territorio, provvedono con legge"*. E anche questo era previsto prima. Prima si diceva "previa consultazione con lo Stato" e oggi si dice: "Prevvia consultazione con l'altra Provincia, con la Regione Lombardia e il Ministero dell'ambiente e la tutela del territorio del mare", e si prosegue – e anche questa è una parte che c'era -: "avuto riguardo alle condizioni urbanistiche, sociali ed economiche locali e assicurando comunque le effettive esigenze di tutela". La norma non è intervenuta in maniera radicale come può sembrare. *"Le Province, per la parte di rispettiva competenza territoriale, disciplinano con legge le forme e i modi della specifica tutela"*. Questa è una norma che preesisteva. Le Province avevano, come hanno oggi, la possibilità di disciplinare con propria legge le forme e i metodi della specifica tutela. È stata aggiunta la frase: *"in armonia con le finalità e i principi dell'ordinamento giuridico nazionale in tema di aree protette"*. Quindi addirittura c'è un di più. Allo scopo di favorire l'omogeneità delle discipline relative la nuova formulazione dice: *"le Province adottano previamente le necessarie intese nei limiti posti dagli articoli 4 e 8 dello Statuto"*. La modifica vera è che in luogo del consorzio che esisteva prima fra le Province da un lato e lo Stato dall'altra, adesso si dice: *"La configurazione unitaria del parco è assicurata mediante la costituzione di un apposito comitato di coordinamento con funzioni di programmazione e di indirizzo, composto da un rappresentante della Provincia di Trento, un rappresentante della Provincia di Bolzano, un rappresentante della regione Lombardia, un rappresentante del Ministro dell'ambiente nonché da tre rappresentanti dei comuni interessati designati rispettivamente dai comuni della provincia di Trento, della provincia di Bolzano e dalla regione Lombardia. Le funzioni amministrative di cui al comma 1) – quelle che già c'erano visto che è rimasto inalterato – sono esercitate per i territori di rispettiva competenza dalle due Province autonome e dalla Regione Lombardia. Agli oneri per la gestione del parco nazionale provvedono esclusivamente le Province autonome di Trento e di Bolzano"*. Quindi è una prima applicazione del cosiddetto "Accordo di Milano", di applicazione di quell'importo di 100 milioni che,

come vedremo dopo, è stato posto a carico delle Province per le finalità di perequazioni di solidarietà. È importante cominciare ad impiegarli. Si impiegano in una maniera certamente sensata, perché la gestione del parco, visto che saranno i soldi della Provincia ad andare anche in Lombardia, ... Tutto sommato anche questo può essere utile perché venga salvaguardata l'unitarietà che penso a nessuno sfugga e che può essere interessante per la sua funzionalità e anche per le effettive ragioni di tutela.

**ZELLER:** Das ist eine der wesentlichsten Bestimmungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Sie ist auch für das Überleben des Nationalparks Stifiser Joch unbedingt notwendig. Wie die Landtagsabgeordneten sicher auch gehört haben, ist das Budget des Umweltministeriums in Rom in den letzten Jahren von 1,8 Milliarden Euro auf 600 bis 700 Millionen Euro zurückgestutzt worden. Die Beiträge für die Nationalparks sind auf die Hälfte reduziert worden. Bisher konnte der Nationalpark Stifiser Joch mit rund 5,5 Millionen Euro an Staatsbeiträgen rechnen, in diesem Jahr ist es nur mehr die Hälfte. Wenn der Übergang nicht bald von statten geht, dann wird es sehr schwierig sein, den Park in der derzeitigen Form aufrecht zu erhalten. Deshalb war die Regierung auch damit einverstanden, dass die Führung dieses Parks auf die einzelnen Länder übergeht. Nach der Verabschiedung durch den Ministerrat hat es zwei Monate gedauert – das sind die technischen Zeiten, denn heute regiert in Rom hauptsächlich das Schatzministerium -, bis grünes Licht zu dieser Durchführungsbestimmung gegeben worden ist. Der Staatspräsident hat einige kleine, formale Anregungen gemacht, die zum Teil auch eine Aufwertung der Sechser- und Zwölferkommission darstellen. Diese Norm war aufgrund des Widerstandes der Umweltministerin sehr umstritten, und deshalb sind nach der Genehmigung derselben in der Zwölfer-Kommission Ende November 2010 im Vorfeld der Entscheidung des Ministerrates noch kleine, formale Änderungen vorgenommen worden. Der vom Ministerrat genehmigte Text entspricht also nicht vollständig jenem, der in der Zwölfer-Kommission genehmigt worden ist. Es geht aber um ganz banale Änderungen. Im ursprünglichen Text der Kommission stand beispielsweise "*Nach Anhören des Umweltministeriums kann die Ausdehnung des Parks geändert werden*". Jetzt steht "*Nach einem Gutachten ...*". Im Grunde genommen ist das dasselbe, und wir können diese kleinen marginalen Änderungen in der Zwölferkommission sicher noch einmal ratifizieren. Auch ist inzwischen das Einverständnis der Region Lombardei zu dieser neuen Lösung vorhanden. Sobald dieses formalisiert ist, werden keine Hindernisse mehr bestehen, dass der Staatspräsident diese Norm unterschreibt und sie somit in Kraft treten kann. Dann steht es diesem Landtag zu, ein entsprechendes Landesgesetz zu erlassen, damit gesichert ist, dass die Standards, die für Nationalparks gelten, auch eingehalten werden.

**ZOCCHI:** Menziono per completezza lo schema di norme già approvato in Commissione che riguarda il passaggio delle funzioni amministrative alla provincia di Trento riguardante il Tribunale Regionale di Giustizia amministrativa, che penso non occorra andare ad approfondire in questa sede.

Per passare alle norme di attuazione in fase di istruttoria, a seguito di orientamento favorevole già espresso dalla commissione, abbiamo un primo schema di norme di attuazione in materia di controllo della Corte dei Conti messo a posto dalla Commissione nella riunione del 18 maggio, e successivamente posto in istruttoria. Qui siamo in attesa di riscontri da parte dei Ministeri.

La norma segue due riferimenti normativi già esistenti, in primo luogo la modifica del Titolo V della Costituzione e la conseguente legge n. 131 del 2003 che hanno già di fatto eliminato il controllo preventivo di legittimità per quello che riguarda le regioni, e in secondo luogo l'art. 79 dello Statuto di autonomia, come modificato con la legge finanziaria dello Stato per l'anno 2010, di cui parleremo anche dopo a seguito dell'Accordo di Milano, e che pone in capo alle Province il controllo sulla gestione e la vigilanza sugli obiettivi di finanza pubblica relativamente agli enti locali, ai propri enti e organismi strumentali, alle aziende sanitarie, alle università non statali, alle Camere di commercio, agli altri enti ed organismi ad orientamento regionale e provinciale finanziati dagli stessi in via ordinaria. In sostanza lo Statuto è già modificato nel senso di accollare alla Provincia il controllo per tutto ciò che le sta sotto dal punto di vista finanziario, tutti gli enti che finanzia e a cui è direttamente interessata. La norma aggiorna quello che era il testo previgente del DPR n. 305 del 1988, stralciando le parole "per il controllo di legittimità preventivo" dove sono previste, stabilisce che in attuazione per le finalità di cui all'art. 79 dello Statuto di autonomia sono esercitati dalla Provincia di Trento e Bolzano i controlli che ho detto prima, anche di natura collaborativa, funzionali alle attività di vigilanza sul raggiungimento degli obiettivi di finanza pubblica, e il controllo successivo sulla sana gestione relativa agli enti locali ecc.

Vengono inserite due norme nuove interessanti, vedremo poi come potranno avere esecuzione in pratica: "La Regione e le Province possono richiedere ulteriori forme di collaborazione alle sezioni della Corte dei conti ai fini della regolare gestione finanziaria, dell'efficienza ed efficacia dell'azione amministrativa, nonché pareri in mate-

ria di contabilità pubblica anche per conto degli enti locali ecc.". Quindi si prevede la possibilità che l'ente amministrativo possa chiedere un parere preventivo sulla legittimità di un certo *modus procedendi*, che se la Corte dei Conti collaborerà, potrebbe essere certamente interessante, perché si potrebbe sapere prima se va bene o no ed evitare poi problemi successivi.

La seconda prevede che le sezioni di controllo della Corte dei Conti possono essere integrate con un componente designato rispettivamente dal Consiglio della Provincia di Trento e da quello della Provincia di Bolzano con oneri a carico delle Province, in possesso dei requisiti ecc., e sarà un componente che avrà status equiparato a tutti gli effetti, per la durata dell'incarico, a quello dei consiglieri della Corte dei Conti. Sarà un modo per interagire, collaborare tra l'ente Provincia, anche a nome di tutti gli enti che l'ente Provincia è chiamato a controllare, e la Corte dei Conti.

Tra le altre norme ancora in fase istruttoria c'è la norma finanziaria che è ancora in fase di relazione. Quello che possiamo relazionare oggi è lo stato dell'arte. Ricapitolando un po' quello che è avvenuto, con l'Accordo di Milano, firmato il 30.11.2009 tra i ministri Calderoli e Tremonti e i presidenti delle due Province, si sono poste le basi politiche per quella che è una revisione radicale delle fonti di finanziamento delle autonomie locali, dei rapporti fra Provincia e Stato. È stata prevista la disciplina di interventi in favore dei comuni confinanti con le province sempre in vista della perequazione di solidarietà come poi possiamo vedere nel dettaglio, e ci sono nuove deleghe di funzioni alle due Province. A seguito dell'Accordo di Milano, con l'entrata in vigore della legge provinciale per lo Stato del 23.12.2009, n. 191, ci sono già state diverse modifiche dello Statuto che in Commissione saremo tenuti a rispettare, e sono delle norme abbastanza articolate e specifiche, che non lasciano moltissimo spazio quindi all'attuazione vera e propria.

Prescinderei da una lettura delle norme modificate dello Statuto che sono certamente note e possiamo magari vedere la bozza di norma di attuazione, testo condiviso fra le due Province che avevano in parte anche idee diverse su come attuare questi principi. Premetto anche che trattandosi di una norma molto tecnica, viene elaborata fundamentalmente dai funzionari tecnici dei competenti uffici finanziari fiscali delle due Province da un lato e dai competenti funzionari ministeriali dall'altro, con il controllo della commissione naturalmente, ma sono norme molto tecniche proprio perché già le modifiche intervenute dello Statuto sono abbastanza precise e puntuali, quindi si tratta di andare a definire la fase attuativa. Per sommi capi la bozza di norma prevede che per l'attuazione degli articoli 72 e 73 dello Statuto ci siano fundamentalmente dei tributi definiti propri, dei tributi definiti derivati e dei tributi erariali. I tributi propri sono definiti dall'articolo 10, dove si prevede che *"in armonia con i principi del sistema tributario dello Stato nelle materie di competenza le Province autonome possono istituire nuovi tributi locali, possono altresì prevedere l'istituzione di tributi locali stabiliti dai particolari scopi quali la realizzazione di opere pubbliche ecc. e non trovano applicazione nel territorio provinciale i tributi locali istituiti invece dallo Stato nelle materie di competenza delle Province ai sensi degli articoli 8 e 9 dello Statuto. Ove la legge statale disciplini l'istituzione di addizionali tributarie comunque denominate da parte degli enti locali, alle relative finalità provvedono le Province individuando criteri, modalità e limiti di applicazione di tale disciplina nel rispettivo territorio"*. Quindi una sorta di competenza primaria, e tributi propri sono disciplinati in maniera organica.

I tributi derivati sarebbero quelli istituiti e regolati da leggi statali ma il cui gettito è attribuito dalle medesime leggi alle Regioni e alle Province, quindi non propri ma comunque direttamente derivati. Per tali tributi le Province, fermo restando le aliquote e le tariffe massime previste dalla legge dello Stato, con propria legge possono modificare le aliquote o le tariffe di imposta, disporre esenzioni, detrazioni o deduzioni. Quali sono questi tributi derivati, lo dice l'art. 4 della norma. Parliamo dell'Irap, dell'addizionale Irpef e di tributi minori quali il tributo speciale del deposito in discarica, lo smaltimento di rifiuti solidi, l'imposta provinciale di trascrizione, l'addizionale provinciale sull'accise del consumo di energia elettrica, nonché le tasse automobilistiche già istituite con leggi provinciali alla data di entrata in vigore del decreto. Per i tributi erariali non derivati, quindi per quelli erariali propri, le Province possono comunque anche esercitare le facoltà previste dalla lettera b, quella prevista per i derivati, quindi possono, nel rispetto delle aliquote a tariffe massime, eventualmente modificare le aliquote delle tariffe di imposte, disporre esenzioni, detrazioni o deduzioni.

Sempre per sommi capi la devoluzione alle Province di quella che costituisce la partecipazione nei termini di 9/10 di tutti i tributi erariali, la norma prevede che la devoluzione alle Province autonome delle quote del gettito delle entrate tributarie di cui agli articoli 70 e 75 dello Statuto, cioè i 9/10, è effettuata sulla base dell'ammontare riscosse dallo Stato nel territorio provinciale nonché sulla base delle entrate afferenti all'ambito provinciale affluite in attuazione delle disposizioni legislative amministrative a uffici situati fuori dal territorio. Questo principio in sostanza è la nostra forma di federalismo fiscale che responsabilizza molto l'amministrazione, l'ente legislativo e

soprattutto il governo della Provincia, farà dipendere le future entrate anche dall'andamento dell'economia e potrà anche essere gestito direttamente con la previsione di modifiche, esenzioni e con ritocco di aliquote.

È discusso, penso tuttora, il comma 3 di questo articolo 5, a norma del quale sarebbe previsto che "spettano alle Province le sanzioni riscosse a titolo definitivo a seguito della partecipazione da parte delle Province medesime all'accertamento dei tributi erariali secondo quanto stabilito nell'articolo 11", che andiamo subito a vedere. Questo articolo dice: "Sono stabilite alle Province nella misura stabilita dalla vigente normativa statale le sanzioni riscosse a titolo definitivo a seguito della partecipazione dell'accertamento dei tributi erariali da parte dei comuni del rispettivo territorio". Questo è un argomento interessante e innovativo, perché se spetta alla Provincia i 9/10 del gettito tributario creato sul proprio territorio, è anche giusto che la Provincia possa partecipare attivamente alle attività di accertamento e possa quindi partecipare anche a delle sanzioni di cui, tutto sommato, si sottrae al pagamento di imposte che poi vanno a favore della stessa. L'art. 11 che cita questa norma, parlando di accertamento, prevede che "sono individuati, su proposta di commissioni paritetiche – che dovranno essere create a questi fini – i principi e i criteri che devono ispirare ad una logica di equilibrio e di coordinamento l'attività di verifica e di controllo svolte sul territorio da tutti i soggetti istituzionalmente competenti, ivi compresa la Guardia di finanza, e che sia prevista anche una programmazione annuale dell'attività di controllo da parte delle direzioni provinciali di Trento e di Bolzano definita sulla base degli indirizzi adottati da queste commissioni paritetiche composte da tre rappresentanti della Provincia esperti in materia fiscale" ecc. Quindi si cerca di creare un coordinamento a monte per poi andare ad effettuare, insieme agli organi preposti che già ci sono, delle attività di accertamento tributario che possono essere interessanti anche per quanto riguarda il fatto che possono spettare alla Provincia anche le sanzioni.

Parimenti innovativo, e salto le norme che hanno contenuto prettamente tecnico, è la previsione di un versamento diretto di questi proventi erariali spettanti alla Provincia, che quindi non passerebbero dalle casse del Tesoro per poi essere riversati, ma fluirebbero direttamente, per il tramite della struttura di gestione appositamente prevista, sui rispettivi conti infruttiferi spettanti ai medesimi enti presso la Tesoreria provinciale dello Stato. Questo dovrebbe prevenire fenomeni di ritardo, o anche peggio, nei momenti in cui lo Stato avesse bisogno urgente di poter predisporre di liquidità non a disposizione.

Al fine di rendere più efficiente lo svolgimento dell'attività di accertamento dei tributi e la gestione del contenzioso tributario, attraverso specifiche convenzioni per ciascuna Provincia autonoma, l'Agenzia delle entrate e i competenti organi della giurisdizione tributaria possono essere reciprocamente messi a disposizione beni, attrezzature e personale, varie norme attuative del principio che è quello per cui alla Provincia spettano i 9/10 di praticamente tutte le entrate tributarie, ampia libertà di disporre di tributi propri e di intervenire sulle aliquote delle esenzioni per quanto riguarda i tributi non propri e collaborazione per l'accertamento del rilievo di evasioni e quindi anche ai fini dell'incameramento delle conseguenti sanzioni.

**ZELLER:** Ich möchte kurz diese sehr wichtige Durchführungsbestimmung in ihren wesentlichen Implikationen auf die Tätigkeit dieses Landtages erläutern. Aus aktuellem Anlass gibt es einige wichtige Überlegungen, die wir mit dieser Durchführungsbestimmung durchzusetzen und zu klären versuchen. Ein wesentlicher Punkt ist jener, dass dieser Landtag seit dem 1.1.2010 nicht nur für die Lokalfinanzen, also für die Finanzierung der Gemeinden, zuständig ist, sondern auch für die lokalen Steuern. Dieser Landtag könnte seit 1. Jänner 2010 beispielsweise Bestimmungen für die Gebäudesteuer ICI erlassen. Man müsste nicht mehr nach Rom gehen, um Ausnahmebestimmungen in dieser oder einer anderen Form zu verlangen, weil der Landtag diesbezüglich konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis hat. Es wird immer dringender, diese Gesetzgebungstätigkeit auch auszufüllen. Sonst laufen wir Gefahr, dass die Staatssteuern 1 : 1 angewandt werden müssen, was ja nicht unbedingt im Sinne unserer Autonomie ist. Mit dieser Durchführungsbestimmung soll klar festgelegt werden, dass die Staatsgesetze nicht angewandt werden, auch wenn wir nicht legiferiert haben. Damit sollen Rechtsunsicherheiten vermieden werden. Das ändert aber nichts daran, dass der Landtag hier tätig werden sollte, da die sogenannte IMU kommen wird, die eine Reihe von Steuern ersetzen wird. Hier muss versucht werden, eine eigene Steuerpolitik für die Gemeinden zu machen, wobei klar ist, dass es dann den Gemeinden zusteht, verschiedene Ausnahmebestimmungen zu erlassen.

Ein weiterer Punkt, der diesen Landtag direkt betrifft, ist die Gesetzgebungsbefugnis des Landtages im Bereich der IRAP- und der IRPEF-Zuschläge. Auch hier wollen wir mit einer Durchführungsbestimmung eine Klärung erreichen, wobei es letztlich nur um die Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes Nr. 357 aus dem Jahr 2010 geht. Bekanntlich hat die Regierung die Steuererleichterungen für Familien, die dieser Landtag mit dem letzten Haushalt beschlossen hat, angefochten. Ich glaube, dass das Land sehr gute Aussichten hat, dieses

Verfahren zu gewinnen, aber diese Rechtsunsicherheit sollte auf jeden Fall beseitigt werden. Das wollen wir mit der Durchführungsbestimmung machen, indem ganz klar festgelegt wird, dass der Landtag überall dort, wo IR-PEF- oder IRAP-Zuschläge gemacht werden, bis zu 100 Prozent darüber verfügen kann. Wie gesagt, das steht auch in obgenanntem Urteil des Verfassungsgerichtshofes, welches die Regierung anscheinend aber nicht gelesen hat.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, den wir versuchen werden durchzusetzen, ist jener, dass das Land eine eigene Steuerpolitik für Familien machen kann. Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Staat mit seinen Schulden jemals eine vernünftige Entlastung für die Familien gewährleisten wird. Hier werden wir versuchen durchzusetzen, dass wir die Absetzbeträge für Familien nicht nur im Rahmen des IRPEF-Zuschlages, sondern auch im Bereich der 90 Prozent an der direkten Einkommenssteuer, selbst regeln können. Das wird sicher ein hartes Stück Arbeit werden, denn das wäre dann ein Präzedenzfall für ganz Italien, aber nachdem uns 90 Prozent der Steuern zustehen, dann sollten wir schon versuchen, das durchzusetzen.

Wichtig ist auch die Koordinierung der Kontrolltätigkeit. Es ist ja bekannt, dass die Steuerkontrollen in Südtirol fünf Mal so häufig sind wie beispielsweise in der Lombardei. Es braucht also eine Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen Steuerorgane. Die Steueragentur und Finanzpolizei sollen sich mit dem Land und den Gemeinden an einen Tisch setzen, um festzulegen, wie die Kontrollen gemacht werden. Es soll nämlich nicht mehr so sein, dass in einer Woche eine Behörde einen Betrieb kontrolliert und in der nächsten Woche die andere Behörde kommt und dasselbe macht. Das hat im Bereich der Wirtschaftstreibenden zu sehr viel Unmut geführt. Die Kommission hat auch die Zusammensetzung dieser Koordinierungskommission geändert, so dass auch ein Vertreter der Gemeinden vorgesehen ist.

Wichtig ist auch das System des Stabilitätspaktes, wobei mit dieser Durchführungsbestimmung festgelegt werden soll, dass das Land Südtirol auch für den Stabilitätspakt der Gemeinden zuständig ist und nicht, wie derzeit, jedes Jahr ein Streit mit der römischen Regierung ausbricht, die uns stärkere Kürzungen für die Gemeinden vorschreibt. Dieses Problem sollte mit dieser Durchführungsbestimmung gelöst werden, aber hier haben wir doch einige Widerstände seitens des Wirtschafts- und Finanzministeriums zu erwarten.

**ZOCCHI:** Mi segnalano dalla Presidenza che siamo andati un po' fuori tempo massimo, quindi in due minuti l'ultima norma ancora di interesse, perché mira a realizzare una delle deleghe cui avevo già accennato, riconosciute dall'Accordo di Milano ma soprattutto dalla legge finanziaria successiva, cioè quella in materia di cassa integrazione guadagni, disoccupazione, mobilità, cioè di ammortizzatori sociali. La norma è molto breve: "Le Province autonome esercitano la delega di cui all'art. 2, comma 124 – appunto la legge finanziaria – con riguardo agli istituti di cassa integrazione guadagni, avendo riferimento alle unità produttive ubicate nel territorio provinciale e relativi dipendenti, con riguardo agli istituti di disoccupazione e mobilità avendo riferimenti beneficiari delle prestazioni che risiedono nel territorio provinciale." La norma è abbastanza generica, attuativa di quella che è il trasferimento di delega che già di per sé è abbastanza specifica. Si dice che "le Province possono regolare la materia degli ammortizzatori sociali intervenendo sui requisiti e i criteri di accesso, nonché sui destinatari, sulla misura, sulla durata e sulle condizioni di mantenimento delle prestazioni. Fermi restando gli obblighi di disponibilità al lavoro previsti dalla disciplina statale e provinciale, le leggi provinciali devono in ogni caso garantire i livelli di sostegno al reddito previsti dalla normativa statale." In pratica il limite è di garantire almeno gli ammortizzatori sociali che sono previsti dalla normativa statale, che possono però essere sensibilmente migliorati sia come criteri di accesso che come misure di prestazione. "In relazione agli istituti di sostegno del reddito delle persone prive di un rapporto di lavoro, le Province possono condizionare ad un periodo minimo di residenza sul territorio provinciale l'ottenimento delle prestazioni da esse disposto con carattere aggiuntivo rispetto alla corrispondente normativa statale." Quindi ci può essere un aiuto in più e questo può essere condizionato ad un periodo minimo di residenza. Poi è prevista un'alternativa sulle modalità di erogazione, che dovranno essere poi stabilite in maniera concreta con l'istituto di previdenza sociale. Si dice al primo comma dell'art. 3 che, "salvo che la legge provinciale non disponga diversamente, alla concessione, all'erogazione dei trattamenti nazionali provinciali provvede l'Inps con oneri a proprio carico. Nel caso in cui la legge provinciale preveda trattamenti più favorevoli rispetto alla normativa statale, la Provincia corrisponde all'Istituto con cadenza semestrale, salvo diverso accordo, l'importo delle prestazioni erogate nel periodo di riferimento in misura eccedente a quello previsto dalla normativa statale." Quindi se la legge provinciale dispone di erogare somme in più, può decidere, con legge provinciale, se sia l'Inps ad anticipare le somme per poi reintegrare, oppure la legge provinciale può anche prevedere che allo svolgimento di tutti o alcuni dei predetti compiti provveda la stessa Provincia. In questo caso sarà l'Inps a corrispondere alla medesima con cadenza pattuita, altrimenti semestrale, la somma da essa erogata nel periodo di riferimento per la parte corri-



spondente alle prestazioni dovute ai sensi della disciplina statale. La norma lascia aperte entrambe le vie, in modo da trovare il modo più ragionevole, più pratico con l'Istituto di previdenza sociale.

**PRÄSIDENTIN:** Danke für den ausführlichen Bericht. Es ist jetzt an der Zeit, dass auch die Kollegen Abgeordneten zu Wort kommen.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Grazie ai nostri due ospiti per la relazione. Rompo il ghiaccio perché vorrei ricordare che questa audizione è stata organizzata su proposta del gruppo Verde. Ricordo anche che quando ero presidente ho organizzato, lo ricorda l'on. Zeller, la precedente audizione.

A noi è sembrato sempre molto importante il Vostro lavoro, e il fatto che del Vostro lavoro noi siamo informati. Voi siete stati eletti da questo Consiglio e la prima domanda è come pensate di rendere onore al fatto che questo Consiglio Vi ha eletti, se pensate che ci possa essere una forma anche non istituzionalizzata ma di informazione. Io Vi propongo che Voi scriviate ogni sei mesi una comunicazione alla presidente del Consiglio che poi potrebbe provvedere a distribuirla ai capigruppo per fare il punto del Vostro lavoro, dei lavori della commissione. La prima domanda è: pensate che sia possibile prendere un impegno oggi? Altrimenti ci scambiamo una serie di informazioni, sono molte anche perché c'è molto arretrato, mentre questa informazione dovrebbe essere continua. Potete voi qui impegnarVi ad inviare periodicamente, la mia proposta è ogni sei mesi, una comunicazione scritta sullo stato dell'arte dei lavori della Commissione dei sei e dei dodici che ci serva per essere informati e poi eventualmente ci serva per valutare se invitarVi a nuove audizioni in questo Consiglio?

Toccherò due o tre punti, perché purtroppo abbiamo cinque minuti di tempo. Il primo punto riguarda la RAI. La domanda è: allora la norma di attuazione è per adesso o definitivamente accantonata? Non si riesce bene a capire. In realtà la norma di attuazione è stata accantonata anche perché né da parte del Governo di centrosinistra né da parte del governo di centrodestra c'è stata una condivisione, mi pare evidente. Io credo sia una fortuna che la norma di attuazione sia stata accantonata, perché noi abbiamo tutte le possibilità di raggiungere molti obiettivi attraverso una legge provinciale da farsi, e su questo piano il Consiglio provinciale è in ritardo. La possibilità che noi facciamo una legge provinciale sull'ordinamento del servizio radiotelevisivo in provincia di Bolzano all'interno del quale ci sono, come parte importantissima, i compiti del servizio pubblico, l'ha data il Testo Unico sulla radiotelevisione. Sono d'accordo con la valutazione che ha fatto il dott. Zocchi sulla norma di attuazione che avrebbe sottratto a questo Consiglio una sua competenza data da una legge nazionale, la n. 177/2005, che all'art. 46 dà la possibilità alle Province autonome di emanare una propria legge provinciale e addirittura al comma 2, ricordava Zocchi, di fare un contratto di servizio. Quindi noi in questo Consiglio dobbiamo fare una legge provinciale sull'ordinamento del sistema radiotelevisivo e all'interno di questa legge provinciale dobbiamo stabilire i contenuti di un contratto di servizio con il concessionario del servizio pubblico, e in questo contratto di servizio, On. Zeller, verrà compresa tutta la sede RAI di Bolzano, compresi i tecnici e la redazione italiana, ovviamente compresa anche la redazione tedesca e ladina, ma questo è scontato. In questo contratto di servizio potremo stabilire gli obiettivi del servizio pubblico, la natura del servizio pubblico e anche una serie di caratteristiche del servizio pubblico. Terzo strumento, oltre alla legge provinciale, al contratto di servizio provinciale, c'è la convenzione per le trasmissioni della minoranza linguistica tedesca e ladina, cioè la convenzione che noi abbiamo già e che va rinnovata. In questa convenzione possono essere inseriti una serie di obiettivi che venivano citati, per esempio il caporedattore autonomo della redazione ladina.

Io però avrei una domanda, che ho fatto anche all'On. Brugger nel corso del convegno organizzato dalla redazione della RAI, che è la seguente: la convenzione per quanto prevede l'Accordo di Milano, presidente Durnwalder, dovrebbe essere una convenzione per le trasmissioni tedesche e ladine non più tra Consiglio dei ministri e RAI, ma tra Giunta provinciale e RAI. Mi domando a questo punto cosa avrebbero a che fare gli onorevoli Zeller e Brugger sulla convenzione. Non credo abbiano più da fare niente, quindi dovrebbero passare definitivamente il testimone a Lei, presidente Durnwalder, che non credo abbia bisogno di ambasciatori a Roma. Credo che la convenzione attenda la Sua firma. Io voglio che Lei tratti la convenzione, perché almeno Lei discute con noi. Lei risponde al Consiglio provinciale, mentre gli onorevoli Zeller e Brugger in quella veste non rispondono al Consiglio provinciale ma semmai ad un partito.

Quindi legge provinciale, contratto di servizio provinciale su tutto il servizio pubblico e addirittura su tutto il sistema radiotelevisivo e poi convenzione per la minoranza tedesca e ladina. Questo è il quadro che consente di accantonare la necessità di una norma di attuazione che svuoterebbe la nostra competenza legislativa.



Brevemente sul Parco dello Stelvio. A me risulta che ci sia anche una richiesta, e su questo vorrei sapere qualcosa di più, una richiesta del presidente Napolitano di un documento firmato dai tre governatori, quindi anche dalla Lombardia, per la garanzia dell'unitarietà della tutela del Parco. Ricordiamoci che la Lombardia pochi giorni prima che voi faceste la norma di attuazione ha approvato, su proposta del Partito Democratico, all'unanimità una mozione contro lo smembramento, contro la cancellazione del consorzio del Parco come garanzia dell'unitarietà. Quindi vorrei sapere di più su questo aspetto.

Per quanto riguarda la questione della realizzazione dell'Accordo di Milano mi sembra particolarmente importante la questione dell'accertamento, perché ci saranno anche molti controlli, ma c'è evasione anche qui da noi e questa è una perdita finanziaria anche per le casse della Provincia. Chiedo se è possibile, per questa norma di attuazione che è così importante, averne la bozza alla fine di questa audizione.

Infine vorrei deporre qui all'On. Zeller, che in questo caso invece riconosco come nostro interlocutore fondamentale, la questione della dichiarazione etnica nominativa. Onorevole Zeller, Lei credo sia stato l'autore dell'ultima riforma della norma di attuazione sulla dichiarazione etnica. Lì c'è un punto che riguarda la penalizzazione contro possibili abusi, opportunismi ecc. Io ho rilevato che, per quanto riguarda la prima dichiarazione dei giovani diciottenni, c'è una finestra di sei mesi in cui il diciottenne può dichiararsi, oltre al quale se si vuole dichiarare, ha la penalizzazione dei 18 mesi di entrata in vigore. Io credo che questa norma sia profondamente ingiusta, perché ho decine di casi di diciottenni che fanno passare i sei mesi per casi fortuiti, perché pensano che la famiglia l'abbia fatto per conto loro ecc. La domanda è: è possibile ripensare questa penalizzazione per i diciottenni, perché credo veramente sia un'ingiustizia.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich habe vier Fragen. Eine Frage betrifft die Anerkennung des Zweisprachigkeitsnachweises. Man hat ja befunden, dass nicht nur die in Südtirol übliche Zweisprachigkeitsprüfung Gültigkeit hat, sondern auch Zweisprachigkeitsnachweise europäischer Institute usw. Gibt es bereits eine Aufstellung, aus der hervorgeht, welche Schulen oder Institute solche Zweisprachigkeitsnachweise erlassen können? Ist das bereits praktisch umgesetzt?

Die zweite Frage betrifft den Eintritt von hier Ansässigen in den Ordnungsdienst. Der Militärdienst ist ja nicht mehr verpflichtend. Wie weit ist das in der praktischen Durchführung gediehen bzw. wie werden diese Stellen ausgeschrieben? Gibt es eine gesonderte Rangordnung und wann werden die ersten Südtiroler nach dem neuen Modus in den Dienst eintreten, und wie viele? Gibt es eine begrenzte Anzahl und wovon hängt das ab?

Die dritte Frage betrifft die RAI-Konvention. Wir haben bei der Anhörung in der UNI gehört, dass ein entsprechendes Landesgesetz notwendig sein wird. Dies wurde uns heute bestätigt. Es wurde gesagt, dass verhandelt wird. Wer verhandelt konkret anstelle des Landeshauptmannes? Im Grunde genommen müsste gemäß "Mailänder Abkommen" der Landeshauptmann derjenige sein, der die Verhandlungen führt. Abgeordneter Zeller hat gesagt, dass die Verhandlungen noch im Gange seien und es Widerstände von Seiten der RAI geben würde. Bei der Tagung in der UNI haben wir auch eine Ahnung von diesen Widerständen bekommen. Welcher Art sind diese Widerstände und welches ist der Stand der Verhandlungen? Geht es darum, dass der RAI-Sitz für alle drei Sprachgruppen autonom wird oder geht der Schwerpunkt in die Richtung, nur für die deutsche und ladinische Sektion zu verhandeln?

Die vierte Frage betrifft den sogenannten Steuerföderalismus, was meines Erachtens ein großer Etikettenschwindel ist, denn das ist nicht Föderalismus. Wir haben in den letzten Wochen von den Anfechtungen betreffend unseren Beschluss in Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz in Bezug auf die IRPEF-Befreiungen gehört. Wir haben auch gehört, dass sich der Staat in Bezug auf die Rückzahlungen der geschuldeten Beträge seit 2001 ... Der Landeshauptmann hat ja gesagt: "Wenn das so ist, dann muss ich sagen, dass wir mit der früheren Regelung besser dran gewesen sind." Was ist dann dieses "Mailänder Abkommen" wert bzw. was ist faul daran? Sind Sie mit diesem Streit zwischen Staat und Land in Bezug auf die angehäuften Schulden befasst? Das wären meine Fragen.

Auch ich bin der Meinung, dass es nicht schlecht wäre, jedes Jahr eine solche Anhörung abzuhalten. Wir sehen ja, dass es immer wieder Probleme gibt. Das heute ist von der Fülle her eindeutig zu viel, um es wirklich gründlich zu erörtern.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Einige Fragen sind schon gestellt worden. Ich möchte zunächst der Grünen Landtagsfraktionen dafür danken, dass es zu dieser Aussprache gekommen ist. Es ist sicher richtig, dass wir von Zeit zu Zeit darüber informiert werden, was die Sechser-Kommission macht. Ein Bericht alle sechs Monate scheint mir ein bisschen übertrieben zu sein, aber einmal im Jahr wäre es vielleicht schon notwendig und zweckmäßig.

Ich beginne mit dem "Mailänder Abkommen". Es wäre ganz interessant, den Text desselben zu bekommen. Wir hören hier von diesen 60 Millionen Euro, die wir jährlich bekommen, um Staatskompetenzen zu übernehmen. Im Prinzip bekommen wir weniger Geld, aber dieses ist zumindest sicher. Was die Bevölkerung in Südtirol nicht ganz versteht, ist, dass man 40 Millionen Euro an einige wenige Gemeinden, die an Südtirol angrenzen, abgeben müssen. Diese Dimension scheint mir schon ein bisschen fragwürdig zu sein.

Nun zu den Themen, die ich aufgreifen möchte, unter anderem das Thema "Polizei". Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Südtiroler Angehörige der Polizei gehört, die sagen, dass nach ihrer Pensionierung ein Vakuum entstehen wird, weil keine Leute mehr nachkommen. Es ist sicher positiv, wenn jetzt nicht mehr die Notwendigkeit besteht, zuerst zwei Jahre Präsenzdienst abzuleisten. Wie will man das jetzt in einer relativ kurzen Zeit organisieren bzw. wie will man dafür sorgen, dass die Stellen auch wirklich besetzt werden? Nach meinen Informationen sind die Gehälter bei den Carabinieri und der Polizei nicht dergestalt, dass es einen großen Ansturm geben wird. Wenn wir dann auch die emotionale Schiene betrachten, dann fehlen hier einfach die Anreize. Auf politischer Ebene wurde auch immer wieder über eine eigene Landespolizei diskutiert. Wie weit ist es damit? Das wird zwar nicht in den Aufgabenbereich der Sechserkommission fallen, aber die politische Frage muss in diesem Zusammenhang doch erlaubt sein.

Was die Zweisprachigkeit grundsätzlich anbelangt, so wurde mehrmals das Dekret Nr. 752/76 zitiert. Seit der Privatisierung von Bahn und Post gibt es ja keine lokalen Stellenpläne mehr. Wir haben zwar ein Einvernehmenskomitee beim Regierungskommissariat und wir haben auch zwei sogenannte lokale Chefs bei der Eisenbahn und bei der Post, die aber nichts zu sagen haben. Die sind für die Katz! Wenn wir Anfragen stellen, dann wissen die nichts! Nachdem die Personalverwaltungen mittlerweile außerhalb des Landes verlegt werden soll, kann niemand die Einhaltung von Proporz und Zweisprachigkeit überwachen. Was gedenkt man diesbezüglich zu tun?

Ich habe noch eine letzte Frage. Ich bin von diesem Landtag in die 137-er Kommission gewählt worden, die noch nicht eingesetzt worden ist. Wie sehen die Mitglieder der Sechserkommission die Aufgabe der 137-er Kommission? Gibt es hier Überschneidungen?

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Alcune considerazioni e alcune richieste di chiarimento su alcuni temi centrali del confronto in questi ultimi mesi. Le considerazioni iniziali prendono le mosse sostanzialmente da questo tipo di iniziativa che è positiva, e devo ringraziare i due componenti della Commissione eletti dal Consiglio, che hanno non solo di buon grado accettato l'invito, ma hanno ampiamente interpretato il proprio ruolo garantendo una informazione su quanto è stato prodotto fino ad ora, su quanto è in stato di avanzamento in termini di lavoro. Qui si impone una riflessione che abbiamo ampiamente affrontato nel corso dei lavori anche della Commissione regolamento, ma non solo, anche qui in Consiglio, lo ricordo in maniera molto precisa, sul tipo di relazione che debba essere garantito fra Consiglio provinciale e Commissione e componenti della commissione, in particolar modo quelli espressi dal Consiglio provinciale, perché indubbiamente il vizio e il limite, se vogliamo individuarlo, è dato dal carattere di resoconto che questo tipo di incontro, pur utile, pur interessante, pur stimolante, ha. Al contrario sosteniamo vivamente, e riteniamo di dover sostenere anche in assenza di un vincolo, una precisa disposizione di norma regolamentare che imponga la possibilità per questo Consiglio di avere una relazione la più ampia e trasparente con la Commissione, con i membri eletti da questo Consiglio, sul futuro e non sul passato. È una questione di chiarezza quindi rispetto agli ordini del giorno, rispetto ai temi su cui si avvia un confronto. Il tema della RAI non a caso ha sollecitato l'attenzione dell'opinione pubblica e non solo dei diretti interessati, perché è un tema che è affiorato, riaffiorato, poi scomparso nelle sabbie mobili, poi riaffiorato più di una volta all'interno della Commissione, senza che mai fosse possibile individuare un percorso chiaro e trasparente, senza che fosse possibile comprendere esattamente quale fosse anche il limite del mandato della Commissione in rapporto al dovere di rappresentanza di una parte per lo meno della Commissione rispetto al Consiglio stesso. Quanto può incidere il Consiglio provinciale, non la maggioranza del Consiglio provinciale, sul mandato dei membri eletti dal Consiglio provinciale in rapporto ai propri compiti e doveri? Questo manca sostanzialmente, ma è un vizio che deve essere sanato da una norma che sia più in grado di garantire un rapporto organico in itinere dei lavori delle commissioni in rapporto alle volontà che possono anche formarsi all'interno del Consiglio.

Sui temi per esempio oggetto del dibattito in Commissione non si articolano in Consiglio provinciale dei dibattiti perché possa essere prodotta una posizione che poi in commissione abbia la necessità di essere sostenuta e difesa. Viene garantito un mandato, il quale poi non può essere verificato nel tempo. Una volta impegnata la rappresentanza in Consiglio provinciale della Commissione dei sei e dei dodici, il Consiglio provinciale di fatto si trova solo nella condizione di poter prendere atto del lavoro svolto, poco nella condizione invece di poter orientare le scelte politiche che in quella Commissione hanno il dovere di essere assunte. Da qui si producono tutta una

serie di equivoci che nel tempo si sono prodotti. Il caso RAI è esemplare, quindi anche la domanda che rimane sospesa: ma allora la norma è definitivamente archiviata, sì o no? È stato detto ampiamente che potrebbe esserlo, ma nessuno di noi è nella convinzione di poter avere certezza, se si intenda definitivamente, al di là delle indicazioni estremamente chiare espresse dal dott. Zocchi che è stato chiarissimo nel rappresentare la situazione, ma cosa può attendere la commissione? Siamo certi che nel caso delle diverse trattative avviate dal presidente Durnwalder la Commissione dei sei non possa tornare a trovarsi nell'ordine del giorno il tema della RAI? E sul tema della RAI una domanda che è già stata posta, ma che ha la necessità di essere posta ripetutamente è: chi ora, nello stato della situazione attuale tratta sulla RAI? Il tema non è di secondaria importanza. Il presidente Durnwalder con una battuta diceva che si avvale dei suoi consulenti personali, gli onorevoli Brugger e Zeller. Per carità, se queste consulenze sono prestate a titolo gratuito ben vengano, ma è una battuta evidentemente. Credo però che chiarezza su questi passaggi che non sono squisitamente formali, e non voglio quindi sommare altre considerazioni che sono state svolte già da altri colleghi, sia necessaria.

Concludo con una considerazione rispetto al tema dell'accertamento dell'evasione fiscale. Chiedo se nella bozza che è all'esame della Commissione si preveda specifico intervento ad hoc teso al recupero di risorse disponibili attraverso un'azione definita in maniera più chiara dell'autonomia locale nel campo dell'accertamento dell'evasione.

**SEMPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Ringrazio i due membri della Commissione dei sei e dei dodici per essere presenti. Vorrei partire da una concezione istituzionale, quindi non riferendomi a questioni legislative sul tappeto ma a questioni di più fondata ragione istituzionale. L'art. 107 dello Statuto, dal quale nasce la Commissione dei dodici per prima, e la commissione dei sei per seconda, dice testualmente: "*Con decreti legislativi saranno emanate le norme di attuazione del presente Statuto, sentita una commissione paritetica composta da 12 membri, di cui sei rappresentanti dello Stato, due del Consiglio regionale e, a prescindere dalla composizione, ...*". Al secondo comma si dice: "*In seno alla commissione di cui al precedente comma è istituita una speciale commissione per le norme di attuazione relative alle materie attribuite alle competenze della Provincia di Trento e di Bolzano, composta da sei membri, di cui tre in rappresentanza dello Stato*", ecc. Qua si evince chiaramente che i compiti della Commissione dei dodici e, rispettivamente, della Commissione dei sei sono solo compiti consultivi. È una commissione della quale il Governo si avvale per chiedere dei pareri obbligatori ma con nessun obbligo vincolante per il Governo, quindi i limiti di questa Commissione dei sei e dei dodici si fermano qui. Ora in diverse occasioni del Vostro intervento, ma basta anche leggere i giornali, sentiamo ripetutamente dire che la Commissione dei sei o dei dodici ha promosso questa iniziativa, ha proposto questa modifica allo Statuto, ha fatto questo ecc. Io capisco se sei membri della Commissione dei sei si incontrano al bar e possono fare le loro proposte, dopodiché ci sarà qualche parlamentare che le porterà avanti a livello ministeriale, il quale, se intenderà farle sue, chiederà alla Commissione dei sei e dei dodici la sua opinione in merito, che ribadisco è una opinione obbligatoria ma non vincolante. Ritengo quindi che la Commissione dei sei o dei dodici sia assolutamente fuori dallo Statuto quando invece si riunisce facendo delle proposte, perché non fa parte dei suoi compiti, come vi ho appena letto. Capisco che da quando esiste ha fatto delle proposte, ma capisco anche che se c'è una illegittimità comportamentale, questa debba essere anche in qualche modo risolta. Dott. Zeller, capisco che Lei viene da ridere, e so anche il perché, mi sia consentita dell'ironia: a forza di essere nella Commissione dei sei anche un parlamentare come Lei, al quale va tutta la mia stima, non ha capito quali sono i suoi limiti, perché si interessa anche dei lavori del Consiglio provinciale, fa delle dichiarazioni sui giornali dicendo che non facciamo nulla, magari si interessa anche della nomina della presidente del Consiglio, insomma fa tante cose che non riguarderebbero i Suoi compiti. Non è che, essendo Lei nella Commissione dei sei e avendo la Commissione dei sei l'abitudine di fare delle cose che non sono di sua competenza, uno si monta anche un po' la testa, nel senso politico, e va a fare anche ciò che non è di sua competenza, al di fuori della Commissione dei sei e in altri ambiti? La ringrazio, sig. Zeller, della risposta che vorrà darmi.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Grazie per la Vostra presenza oggi. È stato molto interessante. Volevo solo chiedere una cosa tecnica. Prima si è detto che il presidente Zanone ha modificato la norma per permettere ai magistrati di venire a fare i concorsi e non dover aspettare 18 mesi dopo la dichiarazione di appartenenza linguistica. Volevo allarmarVi sul fatto che questa possibilità ha aperto praticamente le maglie e i non residenti possono fare una dichiarazione etnica subito. Questo permette agli extracomunitari di fare una dichiarazione etnica senza essere né residenti sul territorio, né essere cittadini italiani e nemmeno sapere la nostra lingua, il che sta alterando la nostra composizione etnica in provincia, con le conseguenze che alterano i meccanismi della proporzionale, i

nostri posti di lavoro. Volevo chiederVi se pensate di mettere a posto la norma in maniera che vada bene per i magistrati, siamo tutti contenti che possano partecipare ai concorsi, ma non capisco come mai un arabo che non parla la nostra lingua e non è residente qui possa andare a dichiararsi.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Der Kollege Seppi hat eben ein wenig Kritik am Verhalten des Abgeordneten Zeller geübt. Ich möchte darauf nicht eingehen, sondern möchte mich für die Anwesenheit der beiden Herren bedanken. Der Abgeordnete Zeller hat letztthin einige durchaus berechtigte Vorschläge gemacht. Wenn er erklärt, dass im Landtag zu wenig weitergehen würde, dann unterstütze ich das zu 100 Prozent, denn das ist Realität. Ob es ihm zusteht oder ob er dafür in der Sechserkommission sitzen muss, sei dahingestellt, aber als Südtiroler Politiker steht es ihm zu, ein Auge auf den Landtag zu werfen. Deshalb gebe ich ihm in dieser Hinsicht völlig Recht. Es geht hier zu vieles zu langsam weiter, und es werden auch Kompetenzen, die der Landtag mittlerweile hat, zu wenig ausgenutzt und ausgeübt. Diese Kritik eines Parlamentariers nehme ich gerne zur Kenntnis, vor allem dann, wenn sie berechtigt ist.

Er hat auch einen anderen Vorschlag gemacht, den ich auch wohlwollend zur Kenntnis nehme. Er hat gemeint, dass das Rechtsamt der Landtagsverwaltung erweitert und ausgebaut werden müsste, damit wir als Abgeordnete unsere vermehrten, auch liegengebliebenen Zuständigkeiten wahrnehmen können. Gerade als Vertreter der politischen Minderheit muss ich dem völlig zustimmen, denn wir brauchen eine stärkere, rechtliche Beratung. Wir haben nun einmal nicht die Amtsdirektoren, Abteilungs- und Ressortdirektoren hinter uns, sondern müssen Gesetzentwürfe teilweise in harter Kleinarbeit vorbereiten. Natürlich werden wir das auch weiterhin machen, aber im Sinne eines besseren Funktionierens des Landtages wäre es wirklich positiv, wenn man diese Maßnahmen ergreifen würde.

Noch eine Kleinigkeit, die mir ganz besonders am Herzen liegt. Der Abgeordnete Zeller hat gemeint, dass man versuchen würde, die Familien im steuerlichen Bereich vermehrt zu entlasten. Ich nehme an, dass das dadurch geschehen soll, indem das Land Steuerfreibeträge beschließen kann. Das fände ich sehr positiv. Ich erlaube mir noch, Ihnen beiden zu sagen, dass mir das sogenannte Bausparen besonders am Herzen liegt. Es ist ja Landesgesetz seit Jänner 2010 bzw. wurde im Artikel 1 des entsprechenden Landesgesetzes verankert. Natürlich kann man das Bausparen durch vermehrte Beiträge fördern, aber es wäre sinngemäßer und würde dem deutschen und österreichischen Modell entsprechen, wenn es steuerliche Erleichterungen geben würde. Ich befürchte, dass es sonst doch zum größten Teil toter Buchstabe bleiben wird, weil es nicht möglich ist, das Bausparen steuerlich günstig zu gestalten bzw. entsprechende Abschreibungen mit Gesetz zu beschließen. Vielen Dank!

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich habe nur eine kurze Frage, die als Ergänzung zu den Ausführungen des Kollegen Leitner gedacht ist. Ich wollte fragen, ob sich die Sechserkommission auch mit dem Thema der Zusammenlegung von Polizei und Carabinieri beschäftigt hat. Dieses Thema ist in Vergangenheit immer wieder durch die Medien gegeistert, vor zwei Jahren zum letzten Mal. Ich weiß nicht, ob sich die Sechserkommission mit diesem Thema beschäftigt hat, aber wenn ja, könnte es Auswirkungen auf die Besetzung von Stellen geben?

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nur eine kurze technische Nachfrage. Rechtsanwalt Zocchi hat seine Ausführungen zur Durchführungsbestimmung zur "norma finanziaria" sehr kompakt gehalten. Ich würde ihn bitten, nochmals in aller Kürze die Unterschiede zwischen "tributi propri", "tributi eriali" und "tributi derivati" und deren Auswirkungen auf unsere Gesetzgebung darzulegen.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bevor ich den beiden geladenen Mitgliedern der Sechser- und Zwölferkommission das Wort für die Replik gebe, möchte ich Sie darüber informieren, nachdem mehrmals der Wunsch nach einer Institutionalisierung dieses Zusammentreffens zwischen dem Landtag und unseren beiden Vertretern in den beiden Kommissionen geäußert wurde, dass mit der Abänderung der Geschäftsordnung geplant ist, dass die beiden Vertreter innerhalb Mai jeden Jahres einen Bericht vorlegen und das Kollegium der Fraktionssprecher darüber entscheiden kann, ob weitere Präzisierungen gewünscht werden.

Ich gebe nun dem Abgeordneten Zeller das Wort für die Replik.

**ZELLER:** Herr Abgeordneter Dello Sbarba, der Landtag soll darüber entscheiden, in welcher Form wir berichten sollen, und die Präsidentin hat ja bereits einen entsprechenden Vorschlag gemacht.

Nun möchte ich noch kurz auf meine Rolle in Bezug auf Verhandlungen zu sprechen kommen, die nicht direkt mit Durchführungsbestimmungen zu tun haben. Ich erlaube mir daran zu erinnern, dass ich auch Parmentar-

rier bin, was für den Landtag einen weiteren Vorteil hat, nämlich jenen, dass meine Tätigkeit als Mitglied in der Sechser- und Zwölferkommission nicht entlohnt werden muss. Zu meiner Tätigkeit als Parlamentarier gehört auch, dass ich im Rahmen meines politischen Mandats natürlich auch Botschafter für alle Agenden bin, die Rom betreffen. So hätte beispielsweise das Landesbanner nichts mit unserer Funktion zu tun, aber dass wir ein Banner haben, das keine grün-weiß-rote Schleife hat, haben auch wir ausgehandelt, obwohl das, formell gesehen, eine Sache des Landeshauptmannes war. Auch wenn es darum geht, Anfechtungen zu vermeiden, werden wir darum gebeten einzuwirken. Das machen eigentlich alle Parlamentarier, und es wundert mich schon etwas, dass kritisiert wird, dass wir versuchen, die Interessen des Landes in Rom zu verteidigen.

Auch wenn es darum geht, die Einwände des Staatspräsidenten in Bezug auf den Nationalpark Stilfser Joch auszuräumen, würde das streng genommen nicht in unsere Tätigkeit als Mitglieder der Sechser- und Zwölferkommission fallen. Die Tätigkeit ist ja schon seit Monaten abgeschlossen, mit dem Gutachten, das wir zu dieser Norm gegeben haben. Auch in Zusammenhang mit dem Bondi-Brief hat sich niemand darüber beschwert, dass wir – Kollege Brugger und ich – gemeinsam mit Landeshauptmann Durnwalder Verhandlungen mit dem Minister geführt haben, obwohl der Brief natürlich nicht an uns Parlamentarier, sondern an das Land gerichtet ist. Wenn es um Verhandlungen mit der RAI geht und wir schon in Rom sind, hilft es dem Landtag vielleicht, Flugmeilen und viele andere Dinge mehr zu sparen, wenn wir gewisse vorbereitende Gespräche führen, wobei das letzte Wort natürlich die Landesregierung und der Landeshauptmann hat. Wie gesagt, der Kostenpunkt für diese Tätigkeit liegt für den Landtag bei null und der Effekt ist manchmal vielleicht auch nicht schlecht.

Was die Fragen des Abgeordneten Dello Sbarba in Bezug auf die Durchführungsbestimmung zur RAI anbelangt, muss ich sagen, dass wir diese früher oder später sicher machen werden müssen. Man kann natürlich nicht einen sogenannten Dienstvertrag machen, der gegen die Bestimmungen der heutigen Durchführungsbestimmung ist.

Die Anregungen des Staatspräsidenten in Bezug auf den Nationalpark Stilfser Joch wird man ausräumen können, und Landesrat Laimer hat mir bestätigt, dass bereits entsprechende Abkommen mit der Lombardei getroffen worden sind.

Bei den Steuerkontrollen geht es nicht darum, Steuerhinterzieher zu schützen. Im Gegenteil, die vermehrte Koordination bei den Steuerkontrollen soll dazu führen, dass alle ihre Steuern bezahlen. Eines ist, dass die Steuerkontrollen rigoros sind, etwas anderes sind Doppelgleisigkeiten. Es ist einfach eine Tatsache, dass die Steuerkontrollen in Südtirol um ein Vielfaches höher sind als in vergleichbaren anderen Regionen, was dazu führt, dass manch ein Betrieb seinen Steuersitz in die Lombardei verlegt, um nicht ständig kontrolliert zu werden.

Was die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung für 18-Jährige betrifft, bin ich nicht der Meinung, dass diese Regelung zu überdenken wäre. Wir haben damals, als wir diese Durchführungsbestimmung aufgrund der Einwände der EU-Kommission geändert haben, auf alle Aspekte Rücksicht genommen. Ein Aspekt war die Vermeidung von Missbrauch. Für die erste Erklärung hat man ein Jahr Zeit, und wenn sich jemand innerhalb dieser Zeit nicht erklärt, dann müssen gewisse Folgen da sein. Wenn diese Folgen nämlich nicht da wären, dann würde sich niemand mehr erklären, sondern nur eine Ad-hoc-Erklärung im ersten Anlassfall abgeben. Das würde dann zu Missbrauch führen, denn wenn sich jemand um eine deutsche Stelle bewirbt, auch wenn er italienischer Muttersprache ist, dann ist die Versuchung groß, sich entsprechend zu erklären. Diese Überlegungen hat auch die EU-Kommission akzeptiert und deshalb grünes Licht für diese Durchführungsbestimmung gegeben.

Nun zur Frage der Abgeordneten Klotz in Bezug auf die Wertigkeit der Zweisprachigkeitsnachweise und der Anzahl der Schulen bzw. Institute, die diese vergeben können. Das basiert alles auf Richtlinien des Europarates, wobei es sich um standardisierte Normen handelt, die in ganz Europa gelten. Nach unseren Informationen setzen diese gleichwertigen Attestate sicher nicht geringere Kenntnisse der deutschen und italienischen Sprache voraus als die hier geltenden Zweisprachigkeitsprüfungen. Im Gegenteil, manch einer behauptet, dass sie sogar schwieriger seien.

Zu den Ausschreibungen für den Stellen bei der Polizei. Hier obliegt es auch dem Landtag, zu kontrollieren, denn das steht wirklich nicht der Sechser- und Zwölferkommission zu. Die Einhaltung der neuen Bestimmungen, dass in den diversen Ausschreibungen der Staatsorgane zweisprachige Kontingente vorgesehen werden, sollte vom Landtag bzw. von den einzelnen Landtagsabgeordneten kontrolliert werden.

Die RAI-Konvention, über die wir derzeit im Auftrag des Landeshauptmannes verhandeln, betrifft nur die Konvention vom 15.4.2010, die nur von deutscher und ladinischer RAI spricht. Wir verhandeln also nicht über die italienische RAI.

Das "Mailänder Abkommen" ist sehr viel wert, weil es dem Land Südtirol garantiert, trotz des Umstandes, dass es zu den reichsten Provinzen Italiens gehört, dass nicht in den Solidaritätsfonds für die ärmeren Regionen



eingezahlt werden muss, sondern das Steuergeld der Südtiroler hier im Land bleibt. Wenn 40 Millionen Euro für die umliegenden Gemeinden – darunter sind auch die drei ladinischen Gemeinden im Belluno – eingesetzt werden müssen bzw. damit der lombardische Teil des Nationalparks Stilfser Joch finanziert wird, so ist das meiner Meinung nach gut investiertes Geld. Ich glaube nicht, dass der Landeshauptmann mit der von Ihnen zitierten Wortmeldung gemeint hat, dass das "Mailäner Abkommen" nichts wert sei. Wahrscheinlich hat er sich auf eine Interpretation bezogen, die aber längst vom Verfassungsgerichtshof wieder zurechtgerückt worden ist.

Der Abgeordnete Leitner möchte den Text des "Mailänder Abkommens" haben. Dieser ist im Gesetzesanzeiger der Republik enthalten, aber ich kann Ihnen gerne eine Kopie zukommen lassen. Es ist auch Bestandteil der Artikel 73 bis 82 des neuen Autonomiestatutes. Wenn Sie den separaten Teil des Abkommens, der nicht Teil des Autonomiestatutes geworden ist, möchten, so kann ich Ihnen diesen gerne geben.

In Bezug auf die Carabinieri sind an mich vor allem junge Leute, auch Frauen, deutscher Muttersprache herangetreten, die gerne in den Polizeidienst eintreten würden, was aber nicht möglich ist, da ihnen die Voraussetzung des zweijährigen Militärdienstes fehlt. Alle führenden Polizeiorgane – Quästor, Kommandant der Carabinieri usw. – haben die Notwendigkeit der Einführung einer Sonderklausel für Südtirol angeregt, und deshalb haben wir das gemacht.

Zur Einhaltung des Proporz bei der Eisenbahn und der Post. Wir haben im Jahr 1997 den Proporz bei der Eisenbahn und bei der Post zurückgeholt, der nach der Privatisierung ja verloren gegangen ist. Die Kontrolle über die Einhaltung desselben obliegt aber nicht der Sechser- und Zwölferkommission, sondern den einzelnen Landtagsabgeordneten.

Zur 137-er Kommission. An sich gibt es keine Überschneidungen mit der Sechser- und Zwölferkommission, weil die 137-er Kommission, die aufgrund des Paketes eingerichtet worden ist, völlig andere Aufgaben hat. Sie muss bei Änderungen des Autonomiestatutes angehört werden und kann Vorschläge zur Änderung des Autonomiestatutes machen. Rangmäßig steht sie also über der Sechser- und Zwölferkommission, weil Letztere nur Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut begutachten. Sie wurde einmal angehört, nämlich im Jahr 2000, als wir die letzte Reform des Autonomiestatutes gemacht haben.

Consigliere Urzi, per quanto riguarda la RAI partiamo noi in quanto ambasciatori del presidente, senza remunerazione specifica da parte dello stesso.

Per quanto riguarda l'evasione fiscale, ho già detto che va combattuta. Altra cosa sono i controlli che spesso sono troppo incisivi, in quanto ripetitivi. Devono essere spalmati in un modo più equo nel tempo, per non gravare troppo sulle imprese.

Il consigliere Seppi si lamenta di un'erronea interpretazione della funzione consultiva della Commissione. Ich sehe, dass der Abgeordnete Seppi nicht hier ist, aber für die Akten möchte ich sagen, dass es immer schon so war, dass die Sechser- und Zwölferkommission de facto die Durchführungsbestimmungen vorbereitet hat. Auch die Regional- und Landesregierungen schicken Vorschläge, aber formal gesehen ist das, was wir machen, nur ein Gutachten zu einem Text, während die Entscheidung bei der Regierung liegt.

Alla consigliera Artioli rispondo in merito all'interpretazione data dal presidente Zanon che questa cosa non riguarda i cittadini extracomunitari ma solo i cittadini comunitari, anche perché una dichiarazione di appartenenza linguistica non serve ai cittadini extracomunitari che nel pubblico impiego non possono essere assunti. Noi stiamo parlando in Commissione paritetica di una modifica della norma solamente per cittadini comunitari e cittadini italiani non residenti, questo perché l'interpretazione diversa sarebbe in aperto contrasto con la normativa comunitaria. Per questo è poco comprensibile la resistenza da parte del Ministero degli interni, noi stiamo adeguando la nostra normativa solo ai principi del diritto comunitario. Facciamo l'esempio di un cittadino belga o austriaco che ha interesse di partecipare ad un concorso per l'assunzione di infermieri in provincia di Bolzano. Presupposto è la dichiarazione di appartenenza, ma non posso imporre a questi cittadini di stabilire prima la residenza qua se non sanno ancora se saranno assunti o meno. Tutto questo per conformarci al diritto comunitario. Non mi risulta che i cittadini extracomunitari in questo ambito siano coperti dal diritto comunitario.

**ARTIOLI (Lega Nord):** *(interrompe)*

**ZELLER:** Noi siamo qua per rispondere della Commissione paritetica, la quale non si occupa di cittadini extracomunitari.

Kollege Egger, es ist in den Medien manchmal falsch interpretiert werden, denn ich wollte keineswegs Kritik am Südtiroler Landtag oder an einzelnen Abgeordneten üben. Ich wollte lediglich anregen, dass es sich der Südtiroler Landtag, der heute eine Vielzahl von Kompetenzen hat, die nicht mit jenen aus dem Jahr 1948 oder aus dem



Jahr 1972 vergleichbar sind, verdienen würde, ein echtes Landesparlament zu sein. Die ganzen Kompetenzen, die über Änderungen des Autonomiestatutes, Änderung von Durchführungsbestimmungen usw. gekommen sind, müssten ausgefüllt werden, denn das wäre auch ein stärkerer Schutz vor Änderungen von staatlichen Bestimmungen, die wir immer übernehmen müssen, ohne eine eigene Landesregelung zu haben. Wenn man vorher eine eigene Landesregelung macht, dann ist es viel leichter, sich vor Eingriffen des Staates zu wehren. Wir haben ja eine Durchführungsbestimmung, die dem Staat bei bestehenden Regelungen nur eine Frist von 60 Tagen einräumt, um die Landesregelung anzufechten. Diese Frist wird in der Regel von der Regierung versäumt, während sie sehr oft nicht versäumt wird, wenn sie ein neues Landesgesetz anfechten will.

In Bezug auf die Absetzbeträge für das Bausparen ist zu sagen, dass es heute schon möglich ist, dies mit eigenem Landesgesetz zu machen. Die Steuerzuschläge sind bei uns am niedrigsten von ganz Italien, und im Rahmen der 0,9 Prozent, die bisher auf die Einkommenssteuer angewandt werden, kann das Land sehr wohl verfügen, dass jemand, der Bausparen betreibt, den Zuschlag gar nicht oder nur zum Teil zahlen muss. Auch in dieser Hinsicht eröffnen sich für den Landtag also ganz neue interessante Möglichkeiten.

Zur Frage der Abgeordneten Mair. Die Zusammenlegung der Polizeiorgane liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Sechser- und Zwölferkommission, sondern ist Sache des Parlaments. Sie wurde zwar mehrfach angeordnet, aber nie umgesetzt, weil Carabinieri und Staatspolizei aus bekannten Gründen eine sehr starke Autonomie wünschen. Bisher wurden alle Versuche einer Zusammenlegung erfolgreich vereitelt. Danke!

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bevor ich das Wort an den Rechtsanwalt Zocchi weitergebe, möchte ich Sie darüber informieren, dass der Text des "Mailänder Abkommens" verteilt worden ist.

Bitte, Rechtsanwalt Zocchi!

**ZOCCHI:** Filtrando le molte domande che sono state poste, a me ne restano gran poche, perché io non sono né un parlamentare ma neanche un politico, e non ho la memoria storica che ha il collega Zeller che vi ha spiegato quella che è la prassi istituzionale della Commissione dei sei. Su tutta una serie di questioni, sui retroscena politici io francamente non vi so dare informazioni.

Ein paar Informationen auch zur Zweisprachigkeit, im Rahmen des Möglichen. Es hat ganz unterschiedliche Fragen gegeben.

Comincerei dall'istituzionalizzazione, mi pare che le domande fossero del consigliere Dello Sbarba e Urzi, come istituzionalizzare i rapporti fra Consiglio provinciale e la Commissione dei sei. Chiarisco che tecnicamente il collega Zeller e io non abbiamo un mandato da parte del Consiglio provinciale e non siamo rappresentanti del Consiglio provinciale. Siamo nominati però entro un organo che ha natura istituzionale e quindi all'interno di quello è da vedere al contrario, cioè è il Consiglio che ha il diritto di nominare dei membri che ne fanno parte, non è che poi i membri all'interno sostengono le ragioni del Consiglio. Ciò precisato, è più che opportuno che il Consiglio possa discutere, possa esprimersi, possa non necessariamente legiferare, ma possa esprimersi su temi che sono all'ordine del giorno della Commissione. Una possibilità potrebbe essere, dovremmo discuterne nella commissione e dovremmo essere autorizzati a questo, ma potrebbe essere per esempio che alla presidente del Consiglio provinciale venga trasmesso in tempo reale il nostro ordine del giorno in modo che il Consiglio sia informato di quello che succede. Se ha interesse potrà esprimersi e dell'espressione del Consiglio, almeno personalmente ma penso entrambi, terremo molto volentieri conto. È anche una questione di responsabilità professionale. Se io so il Consiglio che cosa ha espresso su un certo tema, vado in Commissione anche più coperto. Possiamo tranquillamente metterci d'accordo di venire qui una volta all'anno, in maggio per esempio, volentieri, però il canale non è di rappresentanza o di mandato.

Zur Institutionalisierung. Dem Landtag steht es zu, zwei Mitglieder der Sechser- und Zwölferkommission zu ernennen, die in der Ausübung dieser ihrer Funktion aber völlig unabhängig sind. Wir sind also nicht die Vertreter des Landtages. Die vorausgeschickt wäre es also zweckmäßig, wenn sich der Landtag zu den Themen, die gerade in Ausarbeitung stehen, äußern könnte. Wir könnten uns innerhalb der Kommission dazu befähigen lassen, dass die Tagesordnung an die Präsidentin weitergeleitet wird, damit Sie alle einmal prinzipiell über unsere Tagesordnung informiert sind. Mir würde schon daran liegen, dass ich eine Stellungnahme des Landtages bekomme.

Questioni tecniche che potessero riguardare me ne ho trovate poche, nel senso che su chi tratti per la RAI e cosa dica il presidente Napolitano sullo Stelvio e come procedano le varie questioni sotto il profilo politico, francamente non posso dare grosse informazioni. Sono state fatte invece domande in materia finanziaria. Il consigliere Urzi mi sembra avesse chiesto delucidazioni sull'accertamento sul recupero dei tributi, und der Landtagsabgeordnete Heiss wollte von mir wissen, worin die Unterschiede bestehen.

Sull'accertamento le norme sono attuative di un qualcosa che già c'è, ma a loro volta dovranno essere poste in esecuzione nel concreto. Le norme sono l'art. 5, premetto e ricordo che è una bozza che comincia ad avere una certa concretezza ma che fa un po' la spola fra gli uffici finanziari tecnici delle due Province e quelle dei Ministeri. L'art. 11 in linea generale prevede, ed è una norma innovativa, che vadano individuati su proposta di commissioni paritetiche, che pure vengono previste per la prima volta dal comma 2, dove si dice che "la programmazione annuale dell'attività di controllo da parte delle direzioni di Trento e Bolzano è definita sulla base di indirizzi adottati da commissioni paritetiche costituite presso le predette direzioni provinciali", direzioni erariali evidentemente. Quindi una commissione tra Provincia ed Erario che sono previste come composte da tre rappresentanti della Provincia esperti in materie fiscali, di cui uno designato" ecc., quindi commissioni che facciano da anello di congiunzione fra la realtà locale e quella pure locale ma legata all'Erario per programmare quelle che devono essere le attività di controllo. "Al fine di rendere più efficiente l'attività di accertamento dei tributi e la gestione del contenzioso tributario attraverso specifiche convenzioni fra ciascuna Provincia autonoma, l'Agenzia delle Entrate e i componenti organi della giurisdizione tributaria" - quindi possono essere coinvolti anche i giudici - "possano essere messe a disposizione beni e attrezzature personali". Più di questo in una norma di attuazione è difficile dire, nel senso che è previsto che possano essere messi a disposizione beni e attrezzature personali, quindi la Provincia potrà mettere a disposizione degli uffici per ospitare la commissione oppure il contrario. Poi bisogna vedere in pratica quello che succede. La norma attua poi l'esecuzione specifica e puntuale. È importante che sia previsto che si partecipi all'accertamento e come conseguenza che spettino alle Province anche le sanzioni riscosse, perché se sono denari che restano a me ... Ich weiß nicht, was Sie unter Föderalismus verstehen, aber in Bezug auf die neun Zehntel der Steuern, die auf unserem Territorium eingebracht werden, hat die Landesverwaltung die Möglichkeit zu prüfen und erhält auch die Strafgebühren. È il tentativo di coinvolgere l'ente locale nell'accertamento anche tramite i comuni che possono fare un controllo molto capillare. I comuni delle dimensioni del nostro territorio sono spesso molto piccoli, quindi fanno vita, morte e miracoli, quindi se avessero un ritorno i comuni potrebbero collaborare più efficacemente ancora della macchina amministrativa della Provincia. Infatti si prevede che anche le sanzioni riscosse possano spettare alle Province, le sanzioni riscosse a titolo definitivo, a seguito della partecipazione alla riscossione dei tributi erariali, quindi anche non dei propri ma di quelli erariali che poi tornano per 9/10, quindi cominciano ad essere nostri, da parte dei comuni del rispettivo territorio.

**ZELLER:** Die "tributi erariali" sind die klassischen großen Steuern wie die IVA, die IRPEF und die IRES.

**ZOCCHI:** Diese zu definieren ist in Deutsch nicht ganz leicht, denn ich habe einen italienischen Text. Ich möchte mit meiner entworfenen Übersetzung nicht technisch ungenau sein. "Erario" ist prinzipiell der Staat in finanzieller Hinsicht. Wir haben in Italien leider Gottes eine Vielzahl von Besteuerungen. Unter Buchstabe g) des Artikels 75 des Autonomiestatutes in geltender Fassung steht Folgendes: "*I 9/10 di tutte le altre entrate tributarie erariali dirette o indirette comunque denominate, inclusa l'imposta locale ...*". Prinzipiell gelten also die 9/10 von allem, was entsteht und auf unserem Territorium besteuert werden kann. Das wären also die Staatssteuern. Eine Kategorie von diesen sind die "erariali derivati". Grundsätzlich handelt es sich dabei um staatliche, aber abgeleitete oder weiter übermittelte Steuern. Das wären die IRAP, die "addizionale IRPEF", il "tributo speciale per il deposito in discariche e altre forme di smaltimento di rifiuti solidi di cui all'articolo" - also eine Entsorgungsgebühr -, "l'imposta provinciale di trascrizione" - die Überschreibungsgebühr -, "l'addizionale provinciale sull'accisa sul consumo di energia elettrica" - die Konsumsteuer für den Konsum von Elektroenergie. Diese Steuern sind zwar Staatssteuern, werden aber direkt abgeleitet. Dann gibt es noch die "tributi propri", also die eigenen Besteuerungen. "In armonia con i principi del sistema tributario dello Stato - natürlich immer im Rahmen dessen, was im Staat grundsätzlich vorgesehen ist - nelle materie di competenza - im eigenen Zuständigkeitsbereich - le Province autonome possono istituire nuovi tributi". Die Landesverwaltung kann also durchaus eigene Besteuerungen schaffen. "Possono altresì prevedere l'istituzione di tributi locali stabiliti per particolari scopi" - das sind außerordentliche Steuern - wenn es darum geht, spezifische Investitionen zu unterstützen. "Non trovano applicazione nel territorio provinciale i tributi locali istituiti dallo Stato nelle materie di competenza delle Province." Das Land ist im eigenen Zuständigkeitsbereich Gesetzgeber für die Besteuerung. Für die abgeleiteten Staatssteuern können die beiden Provinzen, fermo restando le aliquote e tariffe massime, mit eigenem Gesetz modifizieren die aliquote, le tariffe di imposte, disporre esenzioni, detrazioni, deduzioni. Nachdem die 9/10 der Landesverwaltung zugute kommen, hängt das Ausmaß dieser Besteuerung von der Wirtschaft ab. Deshalb kann man die Wirtschaft eventuell dadurch stützen, dass man die Tarife eventuell herabsetzt. Das ist eine direkte Einwirkung auf Steuern, die eigentlich nicht "propri" sind. Per i tributi erariali diversi dai derivati, le Province possono esercitare le facoltà previ-

ste dalla medesima lettera b) nei limiti della stessa previsti, qualora la legge statale consenta alle regioni di variare le aliquote." Es gibt also eigene Steuern, "tributi erariali derivati", also Staatssteuern, die aber abgeleitet werden und auf die doch ziemlich Einfluss genommen werden kann, und die klassischen "tributi erariali", auf die man nur begrenzt Einfluss nehmen kann, die aber zu 9/10 wieder ins Land zurückfließen.

**ZELLER:** Ich bin nicht der Meinung, dass sich die Haupttätigkeit des Landtages auf die eigenen Steuern beziehen wird, weil das eine Erhöhung der Steuerbelastung für die Bürger nach sich ziehen würde. Wenn neben den ganzen Steuern, die der Staat eingeführt hat, noch Landessteuern eingeführt würden, dann wäre das ein Problem. Der Aktionsbereich des Landtages wird meiner Meinung nach darin liegen, die Steuerzuschläge bei der Einkommenssteuer zu bestimmen, und das ist schon ein großer Brocken. Der noch größere Brocken ist die gesamte IRAP, wo wir bereits am niedrigsten von ganz Italien liegen. Natürlich muss ein gewisses Wirtschaftswachstum vorhanden sein. Wenn man will, könnte man die IRAP auch auf null senken. Ein weiterer Punkt ist jener, auch im Bereich der Einkommenssteuer Steuerabzüge für kinderreiche Familien zu machen, aber da wissen wir noch nicht, ob wir damit durchkommen. Sonst gibt es in diesem Bereich keine Möglichkeit, eine eigene Steuerpolitik zu betreiben. Ein ganz großer Bereich sind die neuen Gemeindesteuern, den der Landtag autonom regeln kann, im Rahmen einer neuen konkurrierenden Zuständigkeit, die er bisher nicht gehabt hat.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** A me pare che per concludere questa seduta dovremmo in qualche modo esprimerci sulla proposta che ha fatto il commissario Zocchi, che è quella almeno di decidere, in attesa che la commissione per il regolamento interno regoli meglio tutta questa materia - può essere solo un impegno preso e messo a verbale - che i membri da noi eletti nella Commissione dei sei ci inviino prima della seduta l'ordine del giorno dei lavori della Commissione. Signora presidente, credo che se Lei si esprime favorevolmente a questa proposta e i due commissari la ribadiscono in termini positivi, possiamo concludere questa seduta con questo importante impegno che prendiamo reciprocamente. Può essere solo un impegno politico sancito qui, in attesa che la commissione per il regolamento interno regoli la materia in maniera più precisa.

**PRÄSIDENTIN:** Im Moment müsste es natürlich eine Selbstverpflichtung der beiden Herren sein. Wir können sie in diesem Moment sicher nicht verpflichten. Wenn schon, dann müssten wir in der Geschäftsordnungskommission darüber sprechen, ob in dem Artikel, der zur Debatte steht, eingefügt werden soll, dass diese Tagesordnung vorab weitergeleitet wird. Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, dass die Bereitschaft besteht, und vertrauen darauf, dass der Kollege Zocchi seiner moralischen Verpflichtung nachkommen wird.

Herr Abgeordneter Urzi, bitte.

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Era proprio per questo argomento, perché condivido la Sua posizione e quindi auspico che ci sia una definizione chiara in Commissione per il regolamento sulle procedure. Credo che però questa espressione di volontà debba essere raccolta come espressione formale, quindi la do per accertata. Ritengo che proprio in Commissione regolamento si possa approfondire il dibattito su quanto avevamo avuto occasione di affermare, ossia sull'informazione preventiva e non successiva, perché quella è interessante ma a fini documentaristici. Invece interessa molto il Consiglio provinciale la partecipazione attiva nella proposizione di proprie volontà. Quindi auspico che questo passaggio di trasparenza e chiarezza possa essere attuato. Io lo do già per accertato e voglio auspicare che sia così.

**PRÄSIDENTIN:** Natürlich werden wir uns darum bemühen. Ich möchte nur noch einmal sagen, dass das Internas der Sechser- und Zwölferkommission sind. Wir haben die freiwillige Verpflichtung gehört. Demnächst behandeln wir in der Geschäftsordnungskommission den Artikel, der institutionalisierte Treffen zwischen den Mitgliedern der Sechser- und Zwölferkommission und dem Landtag vorsieht. Was im Bereich der rechtlichen Möglichkeiten des Landtages liegt, werden wir sicher vorsehen können.

Herr Rechtsanwalt Zocchi, bitte.

**ZOCCHI:** Per completezza a me sembra una buona idea, però non la diamo per scontata perché ne dobbiamo parlare in Commissione prima, perché non posso permettermi io di mandare in giro ordini del giorno come voglio. Dovremo discuterne con i colleghi e dovremo verificare questo aspetto anche con i colleghi trentini, perché la Commissione dei dodici ha valenza regionale. Die Zwölferkommission hat regionale Kompetenz, und es darf

natürlich nicht sein, dass der Südtiroler Landtag die Tagesordnung erhält und der Trentiner Landtag nicht. Das müssen wir also noch besprechen. È importante che il Consiglio venga interessato su questioni future e non solo passate, però non la diamo ancora per scontata, perché il prossimo ordine del giorno per esempio non l'avrete. Avrò cura io di mettere a verbale questa richiesta. Penso che non ci siano grosse opposizioni, però anche i colleghi trentini dovranno dirci se sta bene a loro. Procediamo su questa strada, ma non vorrei fare cose troppo in fretta.

**PRÄSIDENTIN:** Kollege Dello Sbarba, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Chiedo ai due commissari di difendere questa proposta per mettere tutti nelle stesse condizioni, perché in questo momento questi ordini del giorno in alcuni partiti circolano, e non in tutti. Credo che bisognerebbe mettere tutti i colleghi nelle stesse condizioni. Per esempio i colleghi della Giunta provinciale sanno benissimo che cosa c'è all'ordine del giorno della Commissione dei sei, quindi credo sarebbe giusto che tutti noi fossimo messi nelle stesse condizioni.

**PRÄSIDENTIN:** Gut. Wir haben alle den guten Willen, uns dahingehend einzusetzen, dass mehr Kommunikation entsteht. Mit dieser Willensbekundung kann ich diese Anhörung nun abschließen. Sie war sehr interessant und ich bedanke mich noch einmal bei den beiden Herren, auch für die kurzfristige Zusage.

Wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder.

ORE 12.53 UHR

-----

ORE 15.01 UHR

*Namensaufruf – appello nominale*

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

**Punkt 2 der Tagesordnung: "Aktuelle Fragestunde".**

**Punto 2) dell'ordine del giorno: "Interrogazioni su temi di attualità".**

Aufgrund der momentanen Abwesenheit einiger Mitglieder der Landesregierung beginnen wir mit der **Anfrage Nr. 11/04/11** vom 9.3.2011, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend Fercam: unternimmt das Land etwas? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** L'azienda altoatesina di trasporti Fercam ha annunciato 60 autisti in esubero destinati alla in mobilità, che solo con grande ritardo riceveranno il relativo assegno. Gli autisti hanno chiesto alla Provincia di anticipare tali assegni. Risulta inoltre che entro il 31.12.2012 la Fercam abbia intenzione di non avere più autisti (trazionisti) assunti in Alto Adige. Da anni infatti la Fercam sta immatricolando i suoi mezzi e assunto i suoi autisti a Bratislava, approfittando di norme meno severe sia per quanto riguarda le condizioni di lavoro (turni, riposi, chilometraggio ecc...) che la qualità dei mezzi. Il trasferimento giuridico farà perdere posti di lavoro a Bolzano, ma i Tir Fercam ce li ritroveremo comunque sulle nostre strade, solo con garanzie contrattuali minori e dunque più pericolosi per sé e per gli altri.

Si chiede alla giunta provinciale:

Che cosa hanno chiesto gli autisti in mobilità nell'incontro con l'assessore Bizzo, quali richieste la Provincia accetterà e quali no, e perché?

Intende la Provincia attivarsi verso la Fercam per capire quali sono i piani futuri dell'azienda e se è vero che intende spostare mezzi e autisti nella sede di Bratislava poiché lì le condizioni contrattuali sono meno severe?

Che cosa pensa la Provincia della ventilata ipotesi di cui al punto 2 e che cosa intende fare per scongiurarla?

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** In occasione dell'incontro con i rappresentanti sinda-

cali ed i lavoratori è stata avanzata la richiesta di attivare una procedura di anticipazione dell'indennità di mobilità. Per principio a questa proposta ci siamo dichiarati disponibili ad aderire, fatte salve le opportune verifiche presso l'INPS. Queste verifiche hanno dimostrato che i tempi di erogazione dell'indennità di mobilità variano da uno a due giorni dalla messa in mobilità, quindi è quasi immediata. Ci siamo ritrovati con gli stessi rappresentanti sindacali, e vista la situazione, abbiamo detto che per il momento non si riteneva opportuno attivare una simile procedura, stante i tempi così ristretti, ma siamo pronti a rivedere questa ipotesi nel momento in cui se ne verificasse la necessità.

Nell'ambito poi invece della discussione sulla procedura di mobilità, interpellati i responsabili della ditta Fercam, essi hanno dichiarato che il settore trasporto con mezzi propri è in forte perdita e che la situazione può essere migliorata solamente riducendo il numero di automezzi e il personale addetto a tale attività. Pertanto non si tratta "solo" di un paventato spostamento dell'attività, bensì di una sua riduzione nei settori meno redditizi. I vertici dell'azienda hanno anche dichiarato che allo stato attuale non vi sono intenzioni di abbandonare completamente l'attività di trasporto per conto terzi con mezzi propri e personale proprio, per quanto riguarda la sede di Bolzano. Infatti la direzione spera di poter recuperare la competitività persa tramite una parziale riduzione di personale in corso e la concentrazione di trasporti su tratte di maggiore redditività per l'azienda. La Provincia, viste le dichiarazioni da parte della direzione aziendale, al momento non può, di fatto, fare nulla, e direi che al di là della persuasione politica, anche se volessimo evitare qualsiasi passaggio di trasferimento di sede non possiamo mettere in atto niente. La situazione di crisi nel settore del trasporto merci è un fenomeno generalizzato che non può essere risolto con l'intervento da parte dell'amministrazione provinciale.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ringrazio l'assessore Bizzo per la risposta. È positivo che voi abbiate, come assessorato, dichiarato la vostra disponibilità all'anticipo della mobilità ed è anche molto positivo che l'Inps paghi entro uno o due giorni, almeno secondo le promesse. Speriamo. È positivo comunque che Lei, assessore, sia disponibile, se ci fossero problemi su questo fronte, a riprendere in mano la situazione.

Per quanto riguarda la crisi del settore dei trasporti su gomma e il destino di questa ditta, noi naturalmente ci basiamo sia su notizie di stampa, sia su notizie di fonte sindacale, sia sindacati confederati che sindacati autonomi, e devo dire che la sensazione che negli ultimi anni ci sia stato un progressivo spostamento della sede legale in cui si fanno i contratti e in cui si immatricolano i mezzi, per quanto riguarda l'immatricolazione dei mezzi, è facilmente controllabile, è una verità accertata, sia vera. Naturalmente non saprei dire se su 100 mezzi e autisti abbattuti in provincia di Bolzano ne sono spuntati 100 a Bratislava, cioè se il rapporto sia uno a uno, ma la sensazione di uno spostamento c'è. Probabilmente è anche dovuto al fatto che rispetto alla tratta nord-sud dei trasporti su gomma, la tratta est-ovest con l'Europa 27 ecc. sia più promettente. Sempre più spesso si ha, ma non solo per la Fercam, anche per l'Accese di Trento ecc., il fenomeno di vedere la stessa quantità di viaggi che passano attraverso l'autostrada del Brennero, però fatti da autisti che hanno firmato il contratto, e quindi a condizioni di Bratislava e con mezzi immatricolati a Bratislava. Questo consente alle aziende - io non ho niente contro la Fercam, è un fenomeno generale delle aziende trasporto su gomma - spesso di aggirare quelle norme contrattuali che hanno cercato di aggirare anche con gli autisti assunti qua e che però i nostri contratti non consentono. Visto che ci ritroviamo poi gli stessi mezzi, però più pericolosi perché con turni magari più pesanti ecc., sulle nostre strade, invito la Provincia ad avere una particolare attenzione e sorveglianza su questo piano.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 1/04/11** vom 25.2.2011, eingebracht vom Abgeordneten Heiss, betreffend erfolgt der Kindergartenbau in Verdins/Schenna auf Raten? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin! Ich muss mich beim Kollegen Knoll entschuldigen, denn normalerweise hat er immer die erste Anfrage eines jeden Monats eingebracht, und zudem grasen wir in sein Revier Schenna ein. Ich bitte um Nachsicht, das soll nicht mehr vorkommen!

Ich verlese jetzt die Anfrage: In der Schennaer Fraktion Verdins werden dzt. eine neuer Kindergarten und eine neue Schule gebaut. Der Baubeginn im letzten Spätherbst erfolgte verzögert, sodass der Rohbau bis Ostern 2011 nicht fertig gestellt werden kann.

Da aber zu Ostern die Frühjahrssaison beginnt, soll der Gemeindeausschuss kurzerhand und auf Drängen einiger Gastwirte beschlossen haben, die Arbeiten für 8 Monate stillzulegen. Mit fatalen Folgen: Ein riesiger Baukran muss ab- und ab November wieder aufgebaut werden, der Vertrag in der provisorischen Unterkunft der Kin-



der ist zu verlängern, ganz zu schweigen von den Mehrkosten für den Aufschub. Offensichtlich hat im Konflikt zwischen Bildung und Tourismus erstgenannte den kürzeren gezogen, freilich auf Kosten der Steuerzahler.

Daher richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Trifft es zu, dass in Verdins/Schenna eine entsprechende Verzögerung beim Bau von Kindergarten und Schule erfolgt ist?
- Aus welchen Gründen ist die Verzögerung erfolgt?
- Wie hoch belaufen sich die absehbaren Mehrkosten für die Verzögerung?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Unter Bezugnahme auf diese Anfrage muss ich Ihnen sagen, dass Sie wahrscheinlich falsch informiert worden sind. Ich habe mich mit dem Bürgermeister von Schenna in Verbindung gesetzt, der mir mitgeteilt hat, dass es keine Verzögerungen gegeben habe und es eine Unterstellung sei, dass Gastwirte interveniert wären, um eine Verzögerung der Arbeiten zu erreichen. Das Programm sei genauestens eingehalten worden. Allerdings bestehe in der Gemeinde Schenna eine grundsätzliche Verfügung, die besagt, dass während des Sommers keine Lärm produzierende Arbeiten durchgeführt werden sollen. Zwischen 20. März und 5. November dürfen nur beschränkt öffentliche Arbeiten durchgeführt werden, um das Leben nicht zu stören. Das ist aber alles schon zu Beginn eingeplant worden, und deshalb kann Ihre Anfrage nur auf einer Fehlinformation beruhen. Außerdem hat mir der Bürgermeister mitgeteilt, dass die Gemeindeverwaltung von Schenna über die zynischen und infamen Unterstellungen sehr verärgert sei.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Herr Landeshauptmann! Jetzt bin ich nicht nur dem Kollegen Knoll zu nahe getreten, sondern auch der Gemeindeverwaltung von Schenna. Bitte überbringen Sie dem Bürgermeister meine Anteilnahme darüber, dass unsere Großfraktion in der Lage ist, die kleine Gemeinde Schenna zu beleidigen.

Eine Fehlinformation mag es sein, aber auf jeden Fall scheint es doch zuzutreffen, dass die Arbeiten begonnen haben und offenbar schon auch aufgrund der Tourismussaison eine Unterbrechung derselben erfolgt ist. Dass damit auch Kosten verbunden sind, ist auch evident, wobei der Herr Bürgermeister nicht mitgeteilt hat, wie viel die Mehrkosten betragen. Eine Fehlinformation mag also zum Teil vorhanden sein, aber der Kern unserer Anfrage ist, glaube ich, nach wie vor berechtigt. Danke!

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 2/04/11** vom 25.2.2011, eingebracht vom Abgeordneten Heiss, betreffend kommt 2011 die "Gedenkjahr-Publikation" von Ulrich Ladurner? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Im Frühjahr 2005 hat die Südtiroler Landesregierung drei Publikationen ausgeschrieben: „Südtirol 2025“, „Südtirol: Zeitgenössisches 1945-2005“ und „Südtirol-Europa“. Der letzte Band wurde hausintern im Kulturassessorat betreut und erschien im Herbst 2010, während der 2. Band über die Projekt-Phase nicht hinaus gelangt ist, wurde. „Südtirol 2025“ wurde von dem gebürtigen Meraner und ZEIT-Journalisten Ulrich Ladurner für ein Honorar von 100.000 € übernommen. Obwohl die Manuskriptlieferung durch U. Ladurner bereits Anfang 2009 erfolgte, ist noch keine Publikation in Sicht. Da als Debattenbeitrag für das Gedenkjahr 2009 konzipiert, ist ein Erscheinen überfällig. Viele Leser warten gespannt auf den wichtigen und gewiss zukunftsweisenden Band des bekannten Autors und Weltenbürgers Ladurner.

Daher richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Bis wann ist mit dem Erscheinen von „Südtirol 2025“ zu rechnen, ist ein Verlag bereits ermittelt?
- Mit welchem Rahmenprogramm wird die Publikation vorgestellt?

**KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Hans Heiss, ich weiß nicht, ob wir es schaffen werden, die Publikation heuer zu veröffentlichen. Das hat mit dem Stabilitätspakt zu tun. Das muss ja separat bezahlt werden. Auf jeden Fall wird sie ins Internet gestellt und auf jeden Fall wird Ulrich Ladurner Ende April/Anfang Mai im Rahmen der "Aktionstage Politische Bildung" an fünf Abenden im gesamten Land bei Veranstaltungen auftreten, die verschiedenen Themen seines Bandes gewidmet sind. Am 3. Mai wird er in Bruneck auftreten, am 4. Mai in Kaltern, am 5. Mai in Gossensass und am 6. Mai in Mals.



**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Liebe Frau Landesrätin, ich möchte Ihnen feierlich versichern, dass die Informationen für diese Anfrage nicht über ein E-Mail der Landesverwaltung an uns gelangt sind. Wir haben diesbezüglich schon in den vergangenen Jahren des Öfteren nachgefragt und haben auch Ulrich Ladurner des Öfteren gefragt, wie es mit der Publikation ausschaue. Er hat sie ja trotz einiger Verzögerungen seinerseits vor zwei Jahren dann doch abgeliefert, wobei Sie das ordentliche Honorar, das er bekommen hat, nicht dementiert haben. Er ist ein zweifellos herausragender Autor, der für "Die Zeit" und das "Katholische Sonntagsblatt" schreibt. Es wäre schon ein Anliegen, dass man die wahrscheinlich doch überschaubaren Druckkosten heimlich am Stabilitätspakt vorbeismuggeln könnte, denn jeder Verlag wäre dankbar, wenn er einen Ulrich Ladurner verlegen dürfte. Ich glaube, dass auch in Südtirol großes Interesse an dem besteht, was er zu sagen hat. Er ist ein kritischer Zeitgenosse, liebt sein Land aber nach wie vor und hat es nicht zu Gunsten von Afghanistan oder Hamburg vergessen. Wir freuen uns natürlich, wenn er jetzt im Rahmen von Diskussionsrunden im Umlauf ist, aber wir würden uns schon auch freuen, wenn dieses wichtige Elaborat auch gedruckt erscheinen würde.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 3/04/11** vom 28.2.2011, eingebracht vom Abgeordneten Egger, betreffend den Begehrensantrag Nr. 4/09. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** In der Landtagssitzung vom 30.6.2009 wurde ein Freiheitlicher Begehrensantrag, betreffend die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes und die Anhebung des Kompensierungssatzes für Rundholz, mit großer Stimmenmehrheit genehmigt. Dies zwecks Aufwertung dieses wichtigen heimischen Rohstoffes.

An die Landesregierung bzw. an die Landtagspräsidentschaft pro tempore ergehen in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welchen bürokratischen Weg hat der obengenannte Begehrensantrag zwischenzeitlich zurückgelegt bzw. wo behängt dieser derzeit?
2. Wann ist voraussichtlich mit einer konkreten Behandlung in Rom zu rechnen?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Mit dem Begehrensantrag Nr. 4 aus dem Jahr 2009 wurde am 30.9.2009 die Senkung der Mehrwertsteuer für Rundholz von 20 Prozent auf 10 Prozent und die Erhöhung des Kompensierungssatzes auf 7 Prozent gefordert. Gemäß Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages habe ich den Begehrensantrag der römischen Regierung zwecks Weiterleitung an die Kammern übersandt. Der Landtagspräsident hat seinerseits den Begehrensantrag an die Südtiroler Parlamentarier übermittelt. Gemäß Geschäftsordnung ist er außerdem dazu verpflichtet, eine Abschrift dem Regierungskommissar zu übermitteln. Der Begehrensantrag wurde am 22. Juli 2009 dem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, dem Landwirtschaftsminister Luca Zaia und dem Finanzminister Giulio Tremonti übermittelt. Minister Luca Zaia hat mit Schreiben vom 5.8.2009 mitgeteilt, dass die Angelegenheit ausschließlich Zuständigkeit des Ministers Giulio Tremonti sei. Die anderen zwei – Berlusconi und Tremonti - haben bis heute nicht geantwortet, aber ich hoffe, dass sie die Angelegenheit regeln werden.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ich entnehme Ihrem Schmunzeln, dass Sie selber einsehen, dass es keine Art und Weise ist, wie mit diesen Begehrensanträgen umgegangen wird. Also, wenn jetzt die Erkenntnis jene ist, dass irgendein Minister meint, nicht zuständig zu sein, dann bravo! Wunderbar, sehr schön, perfekt! Da freut es einen wirklich, an den Landtagssitzungen teilzunehmen, wenn man sieht, wie ernst solche Begehrensanträge in Rom genommen werden. Ich kritisiere nicht Sie, Herr Landeshauptmann, sondern die Stellen in Rom. Das ist ein Zeichen der weiteren Aufwertung des Landtages, ironisch gemeint.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 4/04/11** vom 3.3.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Vordrucke für die Einkommenssteuer in deutscher Sprache vorhanden? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Landtag hat die Landesregierung mit Beschluss Nr. 188 vom 11. Jänner 2011 beauftragt, "weiterhin zu intervenieren, auf dass in Rom dafür gesorgt wird, dass die zweisprachigen Vordrucke in Zukunft gleichzeitig mit den einsprachig italienischen aufgelegt werden".

- Wie weit sind die Arbeiten gediehen, liegen bereits Formulare für die im Mai fälligen Steuererklärungen auf?

- Wenn ja, wieder nur in italienischer Sprache oder auch in deutscher bzw. in zweisprachiger Fassung?
- Wann kommen die deutschen bzw. zweisprachigen Vordrucke?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Der Beschlussantrag Nr. 188 aus dem Jahr 2009 ist vom Südtiroler Landtag am 11. Jänner dieses Jahres einstimmig genehmigt worden. Er wurde von mir mit Begleitschreiben vom 25. Jänner dieses Jahres dem Regierungskommissar, dem Generaldirektor der Agentur der Einnahmen in Rom Dr. Artilio Buffera und dem damaligen Direktor der Agentur der Einnahmen in Bozen Dr. Hildebrando Bizzato übermittelt. Darin sind ganz klar die Verärgerung und das Unverständnis des Unterfertigten ausgedrückt worden, weil sich jedes Jahr mehr oder weniger dasselbe Problem stellt. Es wurde klar darauf hingewiesen, dass Gesetzesbestimmungen nicht systematisch missachtet werden können. Mir wurde mitgeteilt, dass in der Generaldirektion ein eigenes Amt eingerichtet worden sei, welches sich bemühen werde, den Klagen entsprechend Abhilfe zu schaffen. Generaldirektor Dr. Buffera ist bezüglich der Zweisprachigkeit – das ist jedenfalls mein Eindruck – sensibel. Dieses Amt besteht seit September 2010, ist auch für die Übersetzungen zuständig und bemüht sich, die Übersetzungen fristgerecht zu machen. Die Übersetzung der Formulare erfolgt also nicht mehr bei der Agentur der Einnahmen in Bozen. Wir haben geglaubt, dass die EURAC mit der Übersetzung beauftragt werden würde, aber leider muss ich sagen, dass dies nicht geklappt hat, wahrscheinlich aufgrund der nicht angemessenen Gebühren. Laut der zuständigen Beamtin der Agentur der Einnahmen in Bozen, Monika Facchin, sind die Formulare mit nur geringer Verzögerung – einige Wochen – auch zweisprachig verfügbar. Dies gilt ausnahmsweise für jene Formulare, die für die Steuerzahler von Bedeutung sind. Zweisprachig verfügbar sind das Mehrwertsteuer-Formular, das CUD-Formular, das Formular 730 und das UNICO.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wir haben diese Anfrage am 2. März eingebracht, und inzwischen wissen wir, dass seit 29. März wieder nur rein italienischsprachige Formulare aufliegen. Frau Facchin hat also gesagt, dass die zweisprachigen Formulare mit wenigen Wochen Verzögerung aufliegen würden. Ich werde die Anfrage für die "Aktuelle Fragestunde" Mai noch einmal einbringen, ...

**DURNWALDER (SVP):** Vielleicht ist das nicht notwendig.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Das kann sein, aber eher wird es notwendig sein. Sie haben damals in Zusammenhang mit der Behandlung des von Ihnen zitierten Beschlussantrages gesagt, dass es endlich klappen würde, wenn die EURAC die Übersetzung übernehmen würde. Wenn das also wieder von Rom ausgeht, dann können wir mit großer Sicherheit sagen, dass es nicht klappen wird. Vielleicht werden die Formulare in den allerletzten Tagen kommen, wenn die Steuerzahler ihre Erklärungen aber ohnehin schon abgegeben haben. Wie gesagt, ich werde jetzt jeden Monat nachfragen, und dann haben Sie auch eine entsprechende Handhabe, um in Rom zu sagen: "Unsere Landtagsabgeordneten sind über diese Situation verärgert." Wir werden ja sehen, ob das endlich einmal klappt, das heißt, dass die Hüter der Gesetze die Gesetze selber einhalten!

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 5/04/11** vom 3.3.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Bestätigung der Sprachgruppenzugehörigkeit. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wenn man die Sprachgruppen- Zugehörigkeits- Bestätigung braucht, muss man Notgedrungen von der Arbeit frei nehmen, was für viele mit Schwierigkeiten verbunden ist. Wenn es nicht möglich ist, online zumindest anzusehen und wenn man eine Unterschrift benötigt, dann sollten zumindest besucherfreundliche Öffnungszeiten angeboten werden.

Online sind angeblich keine Öffnungszeiten zu finden, man müsse nach Aussage einer Bürgerin auf gut Glück zu diesem Büro.

- Stimmt es, dass dieses Büro nur von Montag bis Donnerstag jeweils 2 Stunden am Vormittag, nicht etwa von 8-10, sondern irgendwann von halb 10 bis halb 12, offen hat?
- Wenn ja, warum können die Öffnungszeiten nicht erweitert und bürgerfreundlicher gestaltet werden?
- Wenn nein, wie ist die Regelung genau?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Der Präsident des Landesgerichtes Bozen, Dr. Heinz Zanon, ist mit der Problematik befasst worden. Ich habe

dazu eine Stellungnahme angefordert, die ich auch erhalten habe. Er hat mir bestätigt, dass die in der Duca D'Aosta Straße Nr. 40 angesiedelte Dienststelle für die Verwaltung der Erklärungen über die Zugehörigkeit oder Zuordnung zu einer der drei Sprachgruppen an allen Wochentagen, außer Samstag, von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr für den Publikumsverkehr offen ist. Der Dienststelle sind drei Mitarbeiterinnen zugeteilt. Es besteht reger Zulauf, wenngleich die Anträge sehr unregelmäßig angefordert werden. Zuteilung von mehr Personal wäre nach Auffassung von Dr. Zanon natürlich gerechtfertigt, ist aber aufgrund von Personalmangel nicht möglich. Präsident Dr. Zanon äußert sich sehr verbittert und stellt fest, dass das Funktionieren der Dienststelle mit diesem Personal in Frage gestellt ist. Laut seiner Ansicht sollte die ganze Angelegenheit wieder an die Gemeinden zurückgehen. Sie wissen ja, dass dies damals aus verschiedenen Überlegungen abgelehnt worden ist. Wie gesagt, die Dienststelle ist ständig besetzt, und zwar mit drei Leuten.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich habe hier die Beschwerde einer Bürgerin. Zumindest die Öffnungszeiten sollten online mitgeteilt werden. Im Beschwerdeschreiben der Bürgerin steht, dass sie online die Öffnungszeiten dieser Dienststelle nicht finden konnte. *"Keiner, den ich kenne, konnte mir etwas Genaueres dazu sagen. Deshalb muss man sozusagen auf gut Glück zu diesem Büro. Was ich bis jetzt weiß, ist es nur von Montag bis Donnerstag jeweils zwei Stunden am Vormittag, und zwar irgendwann von halb zehn bis halb zwölf, offen. Ich glaube, die Öffnungszeiten könnte man schon etwas erweitern. Am Ende geht es ja nur um ein Blatt Papier. Man kann dieses Formular auch nicht bei der Gemeinde beantragen."*

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Das ist nicht eine Kundin, sondern eine mir unbekannte Bürgerin, die zwar ihren Namen daruntergesetzt hat, die ich aber nicht kenne. Wir gehen diesen Dingen nach, und ich werde ihr mitteilen, dass dieses Büro jeden Tag, außer Samstag, geöffnet ist. Dann werden wir ja sehen, ob das tatsächlich stimmt oder nicht.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 6/04/11** vom 7.3.2011, eingebracht vom Abgeordneten Egger, betreffend Landesbeiträge an Wirtschafts- und Sozialverbände. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Bauernbund und Verbände der gewerblichen Wirtschaft, landesweit tätige Sozialverbände und Interessensvertretungen der Arbeitnehmer sowie der Konsumenten, alle erhalten - der eine mehr, der andere weniger - Beiträge von seiten des Landes.

So hat zum Beispiel der Landesverband der Handwerker (LVH) laut offizieller Auskunft von LR Widmann im Jahre 2008 ca. 1,2 Mio Euro vom Land erhalten. Zum Zwecke des Vergleiches und auch im Sinne einer transparenten Verwendung der Steuergelder möchte der Unterfertigte wissen, wie viel obige Verbände und Interessensvertretungen in den letzten drei Jahren jeweils an Landesbeiträgen erhalten haben.

An die Landesregierung ergehen in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie hoch waren die Landesbeiträge, welche in den Jahren 2008, 2009 und 2010 an obige Verbände und Interessensvertretungen ausbezahlt wurden (bitte den jeweiligen Gesamtbetrag pro Verband und Jahr angeben)?
2. Welche Beiträge werden obige Institutionen, laut derzeitigem Wissensstand, im Jahre 2011 vom Land erhalten?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die Beiträge und Zuwendungen des Landes an die Landesverbände, und zwar sowohl für Investitionen als auch für Tätigkeiten der Verbände, werden in regelmäßigen Abständen im Bürgernetz und im Amtsblatt der Region veröffentlicht. Die einzelnen Fraktionen und Landtagsabgeordneten haben dadurch die Möglichkeit, sich aufgrund der Verfügbarkeit der gewünschten Daten/Tabellen Beiträge nach den verschiedensten Gesichtspunkten zu erstellen. Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, diese Daten noch einmal herauszusuchen, weil sie bereits veröffentlicht werden. Dies ist auch von betreffenden Gerichtsbarkeiten wiederholt festgestellt worden.

Was die einzelnen Verbände und deren Verwaltungskosten anbelangt, werden die Beiträge ebenfalls veröffentlicht. Wir können nicht in interne Angelegenheiten der Verbände Einsicht nehmen. Sie bekommen ja nicht spezifisch für dieses und jenes einen Beitrag, sondern insgesamt für ihre Beratungstätigkeit. Sicher bekommt auch

der Handwerkerverband entsprechende Beiträge für die Beratungstätigkeit. Diese Beiträge sind aber alle veröffentlicht worden. Wir können nur kontrollieren, ob die Beratungstätigkeit gemacht worden ist.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ich habe Sie nicht gefragt, was der Verband mit dem jeweiligen Betrag gemacht macht, sondern habe mir erlaubt zu fragen, wie viele Beiträge jeder Verband vom Land erhalten hat. Es handelt sich um Steuergelder, und die Antwort, die Sie mir erteilt haben – "Geh ins Internet" – ist für mich nicht ausreichend.

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ich kann ja auch sagen, dass ich für das Internet zu dumm bin. Ich bin gewählter Abgeordneter und habe Ihnen eine Frage gestellt. Hier geht es wahrscheinlich um einige Millionen Euro im Jahr, und ich erlaube mir, nochmals darauf hinzuweisen, dass mir dieses Recht sehr wohl zusteht. Mit der Antwort, man möge ins Internet schauen, lasse ich mich nicht abfertigen! Ich werde diese Anfrage bei der nächsten "Aktuellen Fragestunde" wieder einbringen und ersuche Sie, sich dann ordentlich vorzubereiten.

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Herr Landeshauptmann, Sie können mir nicht sagen, dass ich ins Internet zu gehen habe! Dann müssen Sie mir das Gesetz zeigen, wonach man keine Fragen über Daten stellen darf, die im Internet verfügbar sind! Wenn dem so wäre, dann würde ich das zur Kenntnis nehmen. Wir dürfen also keine Fragen mehr zu Themen stellen, die im Internet auffindbar sind. Wir haben das Recht, Fragen zu stellen und darauf Antworten zu bekommen. Wie gesagt, ich werde diese Anfrage nochmals einbringen, und ich bitte Sie mit Nachdruck, mir das nächste Mal die Zahlen zu nennen. Das kann wohl nicht so schwierig sein! Ich ersuche die Frau Präsidentin, mich in meiner Meinung zu unterstützen, dass es nicht sein kann, dass man nur Fragen zu Themen stellen darf, die man nicht im Internet findet. Das wäre auf jeden Fall lächerlich!

**PRÄSIDENTIN:** Wir werden das rechtlich überprüfen lassen und Ihnen dann Bescheid geben.

Wir kommen zu **Anfrage Nr. 7/04/11** vom 9.3.2011, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend Marienkl. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Frau Präsidentin! Ich möchte meinen Kollegen Egger unterstützen, denn in letzter Zeit kommt es öfters vor, dass wir mit dem Verweis, wir sollen selber nachschauen, abgespeist werden. Es gibt Ämter bzw. Beamte, die dafür bezahlt werden, Auskünfte zu erteilen. Ein Abgeordneter hat aufgrund der Geschäftsordnung das Recht, Anfragen zu stellen und entsprechende Antworten zu bekommen. Es kann also nicht heißen: "Schau Dir selber nach!"

Ich verlese jetzt die Anfrage: Die Nachricht, dass der Südtiroler Sanitätsbetrieb bzw. die Landesregierung im Zuge der klinischen Reform stationäre Aufenthalte bzw. medizinische Leistungen in der Marienkl. nicht mehr bezuschussen wollen, hat sehr viel Staub aufgewirbelt und bei den Betroffenen, aber auch bei der Bevölkerung für Unverständnis gesorgt.

Letzthin wurde bekannt, dass sich die Ärzte der Marienkl. bei deren Betreibern über die mangelnde Kommunikation und über die Geschäftsführung beklagt haben.

Da es sich bei der Marienkl. um eine Struktur handelt, die in der Bevölkerung des Landes einen starken Rückhalt hat und großes Vertrauen genießt, werden an die Landesregierung folgende Fragen gerichtet:

1. Bleibt die Landesregierung bei ihrer Haltung, die indirekte Rückvergütung von medizinischen Leistungen abzuschaffen?
2. Wenn ja, wie wird das begründet?
3. Ist die Landesregierung nicht der Meinung, dass die entsprechenden Dienste in den öffentlichen Strukturen schlussendlich sogar mehr kosten würden und es zu keinen Einsparungen käme?
4. Befürchtet die Landesregierung nicht, dass die Wartezeiten noch mehr anwachsen?
5. Warum möchte die Landesregierung private Initiativen und eine gesunde Konkurrenz im Gesundheitswesen abwürgen?

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Leitner, ich teile die Auffassung, dass die Marienlinik eine anerkannte und allseits geschätzte Einrichtung ist. Auch aus diesem Grund ist es nicht die Absicht der Landesregierung, die Marienlinik zu schädigen. Es ist auch nicht die Politik der Landesregierung, die bestehenden privaten Einrichtungen im Gesundheitswesen abzuwürgen. Wir wollen mit den privaten Einrichtungen eine langfristige Partnerschaft zum beiderseitigen Nutzen pflegen.

Bisher wurde die Marienlinik über die sogenannte indirekte Rückvergütung in ihrer wirtschaftlichen Gebahrung unterstützt. Sie soll in Zukunft als Partner des Südtiroler Gesundheitsbetriebes bestimmte ärztliche Leistungen erbringen und dafür vergütet werden, wo im öffentlichen Bereich Engpässe bestehen. Man muss aber auch sehen, wie die indirekte Rückvergütung entstanden ist. Sie stammt aus einer Zeit, als das öffentliche Gesundheitswesen noch im Aufbau war. Heute bietet der Südtiroler Sanitätsbetrieb in allen medizinischen Bereichen eine umfassende, landesweite und öffentlich finanzierte Gesundheitsversorgung rund um die Uhr an. Deshalb hat die 26-er-Kommission zur klinischen Neuordnung der Landesregierung empfohlen, die indirekte Rückvergütung durch besondere Leistungen der Marienlinik zu ersetzen, und zwar in Bereichen, wo es im öffentlichen Gesundheitswesen Engpässe und besonders lange Vormerkzeiten gibt. In wenigen Wochen erwarte ich ein konkretes Ergebnis in Bezug auf die Verhandlungen, die seit Monaten zwischen dem Südtiroler Sanitätsbetrieb und der Marienlinik laufen. Meine Vorstellung ist, dass man auch eine sogenannte soziale indirekte Rückvergütung, wie sie die Schwestern angedacht haben, in Betracht ziehen sollte.

Zu Frage Nr. 1. Anstelle der indirekten Rückvergütung sollten andere Formen der wirtschaftlichen und gesundheitstechnischen Zusammenarbeit mit der Marienlinik treten. Eine soziale Rückvergütung sollte bleiben. Damit ist auch Frage Nr. 2 beantwortet.

Zu Frage Nr. 3. Die Dienste, die in Zukunft von der Marienlinik über eine Konvention abgerufen werden, kosten sicher nicht mehr und helfen dem Betrieb, Engpässe und damit Mehrkosten zu vermeiden. Somit ist insgesamt mit der Verbesserung der Nutzung öffentlicher Mittel zu rechnen.

Zu Frage Nr. 4. Die Verbesserung gilt auch und gerade für die Wartezeiten in klinischen Bereichen.

Zu Frage Nr. 5. Wir wollen private Initiativen und eine gesunde Konkurrenz im Gesundheitswesen nicht abwürgen, denn eine gesunde Konkurrenz belebt, aber Doppelgleisigkeiten auf Kosten der Bürger bzw. Steuerzahler sind unnötig und damit nicht vertretbar.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat! Wir haben in den letzten Monaten sehr viel über diese Problematik gelesen bzw. gehört. Offensichtlich hat es zwischen der Sanitätsverwaltung und der Marienlinik keine gute Kommunikation gegeben, denn sonst hätten diese widersprüchlichen Meldungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen können bzw. sonst stimmt irgendetwas nicht. Ich habe diese Angelegenheit sehr aufmerksam verfolgt, und unlängst war ja die Rede davon, dass der Sanitätsbetrieb bestimmte Pakete der Marienlinik kaufen würde. Eines ist klar. Wenn die Marienlinik nicht die Möglichkeit hat, so wie bisher tätig zu sein und die Kosten irgendwo hereinzubringen, dann wird es sie über kurz oder lang nicht mehr geben. Es geht mir nicht darum, die einen gegen die anderen auszuspielen, und ich bin auch nicht für eine Zwei-Klassen-Medizin. Allerdings bin ich der felsenfesten Überzeugung, dass die Marienlinik dem öffentlichen Gesundheitswesen bisher einen sehr großen Nutzen gebracht und auch Kosten gespart hat. Bestimmte Behandlungen kommen dem Steuerzahler wahrscheinlich sogar billiger. Der Sanitätsbetrieb zahlt für den einzelnen Patienten niemals mehr, weshalb ich nicht verstehe, wieso es hier nicht ein gesundes Nebeneinander geben kann. Grundsätzlich muss auch erlaubt sind, über private Maßnahmen im Gesundheitsdienst nachzudenken. Wie gesagt, wir werden sehen, wie sich das entwickelt bzw. was bei den Absprachen mit der Marienlinik herauskommen wird.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 8/04/11** vom 9.3.2011, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend Sondermüllanlage REM-TEC in Sinich. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es vergeht kaum ein Tag, an dem letztthin nicht Fragen zur Rem-Tec-Anlage aufgeworfen wurden. Allen voran erwarten sich die Bürger von Sinich klare Antworten. Solche haben sie auch bei einer stark besuchten Bürgerversammlung nicht erhalten. Es bleiben nicht nur Restzweifel, sondern große Verunsicherung.



Es verwundert, dass auch die Bürgermeister der Anrainergemeinden (Burgstall, Lana) eine mangelnde Information beklagen, ja dass sie eigentlich nur von Medieninformationen leben.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Welche Genehmigungen waren für die Errichtung der gegenständlichen Sondermüllanlage notwendig?
2. Waren alle positiv und wann wurden sie vorgelegt?
3. Stimmt es, dass jährlich 250.000 Tonnen Sondermüll in diese Anlage gelangen, wovon rund 150.000 Tonnen von außerhalb Südtirol kommen?
4. Warum wurden die Bürgermeister der Anrainergemeinden bisher nicht über den Betrieb dieser Anlage informiert?
5. Wie kann den Bewohnern von Sinich und der umliegenden Ortschaften die Angst genommen werden, dass sie auf einem sprichwörtlichen „Pulverfass“ sitzen?

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Firma REM-TEC ist ein Betrieb, der zu 51 Prozent der Firma Ladurner und zu 49 Prozent der Firma Erdbau gehört. Sie hat ein Projekt eingereicht, welches die vom Gesetz vorgesehenen Genehmigungsphasen durchlaufen hat. Das sogenannte große Umweltverträglichkeitsverfahren ist am 1. März 2010 abgeschlossen worden, und zwar mit einer Genehmigung mit Auflagen, und ist von der Landesregierung gleichlautend mit dem Gutachten des UVP-Beirates beschlossen worden. In der Gemeinde Meran hat es dann die entsprechende Baukonzession gegeben. Parallel dazu wurde das sogenannte integrierte Umweltgenehmigungsverfahren eingeleitet und genehmigt, sodass der Betrieb alle Genehmigungsphasen durchlaufen hat. Der Bau besteht bereits und ist auch abgenommen worden und kann insofern die Tätigkeit aufnehmen. Die Gutachten waren also positiv, allerdings mit zahlreichen Auflagen, die auch umgesetzt worden sind. Zudem wird der Betrieb natürlich in seiner Phase des Arbeitens ständig kontrolliert und mit Videokameras beobachtet.

Die 250.000 Tonnen sind als Obergrenze genehmigt worden. Ich weise darauf hin, dass der angrenzende Betrieb "Erdbau" schon seit mehr als fünf Jahren als Bauschuttrecycling-Anlage arbeitet und dort auch Erde aufnimmt, die durch Benzin oder Diesel verunreinigt worden ist. Diese ist in der Firma "Erdbau" getrennt worden, und dann ist das durch Benzin und Diestel verunreinigte Erdreich ins Allgäu nach Deutschland abtransportiert worden. Mit der Firma REM-TEC wird dieser Abtransport ins Ausland nicht mehr notwendig sein, da diese Tätigkeiten jetzt dort durchgeführt werden. Es erfolgt ein biologischer Abbau dieser verunreinigten Erde durch Bakterien. Solche Bakterien sind unter anderem auch bei der großen Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zum Einsatz gekommen.

Dass die Nachbargemeinden nicht genügend informiert worden wären, glaube ich sogar. Das Verfahren ist in zwei Tageszeitungen veröffentlicht worden, wobei es überhaupt keine Einwände gegeben hat, weder von Anrainern, noch von der Gemeinde. Das Verfahren ist sozusagen reibungslos über die Bühne gegangen, und vielleicht hat es gerade deshalb kein Aufsehen gegeben. Als dann alles fertig war, sind die Polemiken herausgekommen, und ich habe den Eindruck, dass die eine und andere Partei das Thema absichtlich auf eine andere Ebene gebracht hat. Es ist schon etwas verantwortungslos, wenn man heute von einer Giftmülldeponie spricht, denn es handelt sich weder um Giftmüll, noch um eine Deponie. Damit hat man den Menschen, die nicht informiert waren, natürlich Angst gemacht, und deshalb sind entsprechende Unterschriften gegen diese Anlage gesammelt worden. Wir nehmen diese Unterschriften sehr wohl ernst und haben erst gestern in der Landesregierung beschlossen, darauf entsprechend einzugehen. Wir haben auch mit der Firma gesprochen, die sich dazu bereit erklärt hat, die Obergrenze von 250.000 Tonnen auf 100.000 Tonnen zu reduzieren. Ich weise auch darauf hin, dass dieser Transport nicht mehr Lkw-Fahrten mit sich bringen wird, denn die Erde ist ja schon in der Firma "Erdbau" angeliefert und dann wieder abtransportiert worden. Morgen wird diese Erde genauso antransportiert, dann aber in der Firma REM-TEC biologisch gereinigt. Deshalb kommt es nicht zu einer Mehrbelastung. Wir werden zusätzlich eine Universität beauftragen, eine Expertenmeinung abzugeben. Außerdem wird ein technischer Tisch eingerichtet, um Informationen zu geben. Nicht zuletzt möchten wir daraus auch lernen, bei ähnlichen Projekten, unabhängig von den Vorgaben des Gesetzes, eine eigene Kommunikations- und Informationsschiene aufzubauen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat! An diesem Fall sieht man wieder einmal, dass man die Bürger bereits im Vorfeld von Entscheidungen miteinbeziehen sollte. Wenn selbst die Bürgermeister der Nachbargemeinden – Burgstall ist von der Anlage ja mehr betroffen als Meran – aus der Zeitung davon erfahren, dann ist das nicht unbedingt eine geschickte Vorgangsweise. Ich habe diese Anfrage vor fast einem Monat eingebracht, und inzwischen haben sich viele Dinge getan. Ich möchte schon daran erinnern, dass es ohne Druck von



Seiten der Bevölkerung nicht zu dieser Aufklärungskampagne gekommen wäre. Es ist schade, dass eine wirklich Information nur dann stattfindet, wenn man sie mit Demonstrationen, Protestschreiben usw. herauskitzelt. In Zukunft sollte man sich schon erwarten können, dass man die Bürger bei der Verwirklichung eines Projektes von vorneherein informiert. Natürlich hat jede Firma das Recht, ein Ansuchen zu stellen, aber man sollte die Bürger von Anfang an miteinbeziehen. Dann würde es wahrscheinlich auch nicht zu solchen Protestaktionen kommen.

Herr Landesrat, ich habe nicht von einer Giftmüll-, sondern von einer Sondermüllanlage gesprochen. Es handelt sich ja um eine Sondermüllanlage. Wenn die Bevölkerung mitdiskutiert, dann ist klar, dass Emotionen abgelassen werden, gerade im Umweltbereich. Entscheidend ist, dass man bei der Wahrheit und sachlich bleibt. Der Druck der Bevölkerung hat auf jeden Fall dafür gesorgt, dass jetzt mehr Klarheit herrscht. Ich erinnere aber auch noch daran, dass für dieses Projekt eine Firma enteignet wurde. Die angrenzende Firma möchte man auch ablösen, was bedeutet, dass man sich dort schon anständig ausbreitet. Deshalb ist klar, dass die Bürger eine bestimmte Angst haben. Wie gesagt, es braucht absolute Transparenz, damit die Bevölkerung weiß, was hier entsteht.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 9/04/11** vom 9.3.2011, eingebracht vom Abgeordneten Dello Sbarba, betreffend Wegweiser: Ist die Landesregierung mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Per risolvere la questione dei cartelli monolingue installati dall'Avs sui sentieri di montagna è stata nominata una commissione paritetica Stato-Provincia, che ha lavorato a lungo e alla fine ha approvato all'unanimità (con una sola eccezione) una lista di toponimi condivisi. La lista è stata da tempo trasmessa a governo e giunta provinciale per l'approvazione.

Si chiede alla giunta provinciale:

1. Ha preso visione della lista approvata all'unanimità (con una sola eccezione) dalla commissione stato-provincia?
2. Ha avuto contatti col governo in proposito e, se sì, con quali risultati?
3. Ha intenzione di approvare la soluzione trovata dalla commissione per quei toponimi su cui si è registrata l'approvazione unanime dei componenti della commissione, sia quelli nominati dallo stato, sia quelli nominati dalla provincia?
4. Se la giunta non concorda con una o più delle soluzioni unanimi della commissione, in che cosa non concorda e quali proposte di correzione fa?
5. Quali soluzione vuole trovare la giunta all'unico caso in cui non si è registrato accordo nella commissione? Che cosa pensa della proposta di cambiare il toponimo italiano "Vetta d'Italia" in "Vetta d'Europa"?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich habe mit Minister Fitto am 22. September 2010 ein Abkommen getroffen, mit welchem beschlossen wurde, wie der Schilderstreit beendet werden kann. Wie Sie wissen, sind die Schilder in manchen Gegenden nur in deutscher Sprache beschriftet. Deshalb ist eine Unsicherheit entstanden, vor allem beim CAI, aber auch bei Gästen, die gesagt haben, dass in einem Land wie Südtirol wenigstens die Namen der Gemeinden zweisprachig angegeben sein müssten. Es wurden dann Erhebungen von Seiten des Staates gemacht, wobei sich herausgestellt hat, dass ungefähr 1.500 Schilder nur einsprachig beschriftet sind. Es hat dann eine ziemliche Auseinandersetzung zwischen Minister Fitto und mir gegeben. Letzten Endes haben wir uns dann darauf geeinigt, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dieser Problematik beschäftigen sollte. Zwei Mitglieder hat die römische Regierung, zwei hat das Land gestellt. Am 21.2.2011 wurde dann ein einstimmig genehmigter Bericht abgegeben. In diesem Bericht sind verschiedene Vorschläge enthalten, wobei es natürlich nicht so ist, dass die 1.500 Namen neu geregelt worden wären. Immerhin ist ein entsprechendes Ergebnis vorhanden, über das jetzt die Landesregierung und die römische Regierung sprechen sollen. Ich muss sagen, dass ich mit nicht allem einverstanden bin, genauso wie auch Minister Fitto nicht mit allem einverstanden sein wird.

In Bezug auf "Vetta d'Italia - Glockerkarkopf" ist zu sagen, dass es kein einziges Schild gibt, auf welchem das aufscheinen würde. Deshalb ist diese Frage nicht geklärt worden. In letzter Zeit sind in der Presse bestimmte Vorschläge herumgegeistert, aber über das wird man zur gegebenen Zeit – vor allem dann, wenn das entsprechende Gesetz hier im Landtag zur Behandlung ansteht – näher reden. Auf jeden Fall ergibt sich diesbezüglich kein Streit, weil es auch kein entsprechendes Schild gibt.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** La Sua risposta è un po' evasiva, presidente. Lei si è limitato a raccontarci ciò che già sappiamo. Io Le chiedevo uno, se c'è stato un primo confronto con il ministro Fitto, la seconda cosa, Lei ha detto che non è d'accordo con tutto quello che c'è in questa relazione della commissione. Le chiedevo di dichiarare qui su che cosa non è d'accordo e come vorrebbe modificarlo. Questo ne parla con il Governo, però sono passati dei mesi, questa è l'unica notizia che ci ha dato, cioè che il 1 febbraio la commissione ha chiuso il proprio lavoro. A me una cosa di quello che Lei ha detto non torna. Non erano 1500 i cartelli, che erano superiori a 23 mila, c'erano 1.500 singole denominazioni, che poi magari ricorrevano in diverse centinaia di cartelli che erano contestate. Quindi i nomi sono 1.500, anzi più precisamente 1.525, ripetuti, quindi i cartelli che i Carabinieri hanno fotografato, o non so cosa hanno fatto, erano più di 23 mila. Sono 1.500 toponimi e credo che il lavoro della commissione non vada lasciato cadere. Io ho la sensazione che a questo punto questo lavoro della commissione si stia perdendo. È un lavoro prezioso, utile, per quello che se ne sa è un risultato anche equilibrato, nel senso che ci sono un po' di rospi da parte di entrambi da digerire. Quindi credo che sia la soluzione più giusta probabilmente, perché in questi casi bisogna sempre trovarsi nel mezzo e in qualche modo accettare di rinunciare a qualcosa un po' da tutte e due le parti. Io spero che ci facciate sapere qualcosa alla svelta, Lei e il ministro, cioè che vi confrontiate su questa lista, approviate una soluzione, perché questa era una specie di esercitazione generale per poi arrivare anche ad avere delle idee produttive e anche avere un livello di consenso sulla legge sulla toponomastica che questo Consiglio dovrà aver fatto. Però sono un po' deluso per l'evasività della Sua risposta.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu **Anfrage Nr. 10/04/11** vom 9.3.2011, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend Hunde und öffentliche Verkehrsmittel: muss der volle Fahrpreis bezahlt werden? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** I residenti che utilizzano i mezzi pubblici in provincia di Bolzano hanno diverse possibilità di viaggiare risparmiando rispetto al costo del biglietto intero per singolo viaggio grazie a svariate forme di abbonamento. Per gli animali invece sembra che non esista analoga possibilità: una persona che sale con un cane (perché di cani si tratta) su un autobus deve pagare il biglietto intero (ad eccezione i cani guida per ciechi e per gli animali di piccola taglia che possono essere tenuti in braccio). Accade così che per molte persone il viaggio del cane costi molto più del loro. Non dimentichiamo che la compagnia del cane è importante soprattutto per le persone anziane che vivono sole e che spesso si trovano a dover viaggiare insieme all'animale: loro magari avendo l'abbonamento gratuito e dovendo pagare per il cane.

Si chiede alla giunta provinciale:

- Esistono possibilità di tariffe ridotte per cani che viaggino sui mezzi pubblici insieme al loro padrone o alla loro padrona?
- Se sì, quali? Se no, intende la Provincia trovare una soluzione a questo problema, magari equiparando il viaggio dell'animale alle stesse condizioni con cui viaggia il padrone o la padrona?

**WIDMANN (Landesrat für Industrie, Handel, Handwerk, Mobilität und Personal – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In erster Linie sind die öffentlichen Verkehrsmittel Personenverkehrsmittel. Probleme gibt es mit Fahrrädern, Hunden und Kinderwägen, wobei man hier natürlich Prioritäten setzen muss. Natürlich ist es richtig, wenn man zuerst auf die Personen schaut und danach auf das, was Menschen sonst noch mitnehmen. Wenn ein Hund mitgenommen wird, dann nimmt dieser natürlich einen Platz in Anspruch. Deshalb ist es richtig, dass der Hundebesitzer doppelt bezahlt. Dasselbe gilt, wenn man ein Fahrrad nimmt. Ich denke, dass diese Regelung richtig ist und so beibehalten werden soll.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Assessore, io non volevo proporre un bus per cani. Ovviamente il cane accompagna sempre il padrone. È vero che esiste una lista di priorità, ma è vero che i casi non riguardano tutta la popolazione, però riguardano una parte della popolazione, soprattutto la parte anziana. Noi abbiamo presentato questa interrogazione perché abbiamo avuto segnalazione da diverse persone anziane per le quali la compagnia del cane è molto importante, come sia importante viaggiare sui mezzi pubblici. Sono d'accordo con Lei, assessore, che il padrone del cane debba pagare il doppio se viaggia col cane rispetto a quanto pagherebbe se viaggia da sola, ma è esattamente questa banale regola che io introdurrei, cioè che il cane paga esattamente quanto paga il suo padrone o la sua padrona. Quindi se il padrone ha un abbonamento ridotto che ha un costo per corsa di un certo tipo, paghi il doppio di quell'abbonamento ridotto e non paghi il

biglietto intero per il cane e magari quattro volte di meno per se stesso, perché con certi abbonamenti questa è la situazione.

Capisco che Lei ha altre priorità, però visto che non costa niente pensare a questa piccola correzione, La invito a spendere cinque minuti del Suo tempo per trovare una soluzione su questo problema.

#### **Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti**

**PRESIDENTE:** Passiamo all'**interrogazione n. 12/04/11** del 9.3.2011, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante quanti alunni stranieri frequentano le scuole superiori private in Alto Adige? Pregi di dare lettura dell'interrogazione.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nach der jüngsten ASTAT-Erhebung besuchten im Schuljahr 2010/11 1263 ausländische Schüler Südtirols Oberschulen, entsprechend einem Anteil von 6,2 %, wobei auf die Schule mit italienischer Unterrichtssprache 14,7% entfallen, auf jene mit deutscher Unterrichtssprache 2,9%, auf die ladinische Oberschule nur 1,7%. Neben der Aufteilung ausländischer Schüler auf die Oberschulen je nach Sprachgruppen sind aber auch die Unterschiede nach privaten und öffentlichen Schulen ein relevantes Kriterium. Denn der Eindruck dürfte nicht trügen, wonach private und gleichgestellte Oberschulen nur einen minimalen Anteil an ausländischen Schülern aufnehmen. Dabei dürften die erhobenen Schulgebühren gewiss eine Rolle spielen, z. T. aber auch die gezielte „Aufnahmepolitik“ der Direktionen in den gleichgestellten Oberschulen.

Daher richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Wie viele ausländische Schülerinnen wurden in den privaten und gleichgestellten Oberschulen beider Sprachgruppen insgesamt in den Jahren 2005/06–2010/11 aufgenommen?
- Wie erklärt sich die Landesregierung die allenfalls auftretenden Unterschiede im Vergleich zu den Oberschulen staatlicher Art?

**KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP):** Lieber Hans Heiss, im Schuljahr Jahr 2005/2006 waren es 26, im Schuljahr 2006/2007 36, im Schuljahr 2007/2008 53, im Schuljahr 2008/2009 63, im Schuljahr 2009/2010 55 und im Schuljahr 2010/2011 53, und zwar an deutschen und italienischen Oberschulen zusammen, wobei es an italienischen Oberschulen natürlich mehr ausländische Schüler gibt als an deutschen Oberschulen. Ich glaube, dass natürlich die Bezahlung durch die Eltern eine Rolle spielt, wie Sie selbst auch gesagt haben. Die Aufnahmepolitik kann jetzt eine Vermutung sein, aber wir wollen schon überlegen, Kriterien anders zu gestalten. Ich glaube aber, dass vor allem im deutschen Bereich ein Grund für die geringe Wahl seitens Eltern von Kindern ohne italienische Staatsbürgerschaft jener ist, dass unsere Oberschulen allesamt humanistische Gymnasien sind, die generell von Jugendlichen mit ausländischer Staatsbürgerschaft nicht unbedingt gewählt werden. Ich verstehe Ihre Hintergedanken bzw. weiß, was Ihre Mutmaßungen sind, da auch ich mich mit dem beschäftige. Wir überlegen derzeit auch, Kriterien zu entwickeln, die eine gleichmäßige Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mehr als bisher gewährleisten sollten.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Landesrätin, für Ihre Auskünfte. Die Zahlen, die Sie genannt haben, bestätigen effektiv, dass die Einschreibungen in die gleichgestellten Schulen privater Art relativ reduziert sind. Natürlich spielen die Kosten, aber auch die Auslegung auf das humanistische Gymnasium eine Rolle. Man muss sich aber auch fragen, warum in den öffentlichen Gymnasien ausländische Schüler stärker vertreten sind. Es lohnt sich wirklich, der Frage nachzugehen. Auch bei Schülern mit Funktionsdiagnose gibt es diesbezüglich eine gewisse Schieflage. Ich glaube, dass die privaten Schulen sehr viele Vorzüge haben und sehr vieles gut machen, aber sie sind auch deshalb attraktiv, weil sie oft sehr subtil eine Ausschließungspolitik betreiben, die man gut gehen lassen könnte, wäre nicht die relativ erhebliche Finanzierung da. Deshalb bitten wir darum, die Schulleiter mit Nachdruck darauf zu drängen, auch ihren Teil zu leisten, damit die öffentliche Schule nicht unter dieser zusätzlichen Bürde zu stöhnen hat. Das wäre unser Anliegen, und die Zahlen sprechen doch für sich.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'**interrogazione n. 13/04/11** del 10.3.2011, presentata dal consigliere Leitner, riguardante la strada della Mendola. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Dem Unterfertigten wurde mitgeteilt, dass zur Zeit Straßenbauarbeiten im Bereich "Tumortal" der SS42 Mendelpassstraße durchgeführt werden.

Dazu ergehen an die Landesregierung folgende Fragen:

1. Welcher Art sind diese Bauarbeiten, von wem werden sie durchgeführt und auf welche Summe belaufen sich die entsprechenden Kosten?
2. Sind in den nächsten Jahren weitere Sanierungsarbeiten geplant? Wenn ja, welche und welche Geldmittel hat die Landesverwaltung hierfür vorgesehen?
3. Laut Veröffentlichung der Abteilung Tiefbau hat die Landesregierung für die Errichtung einer Schutzgalerie auf der betreffenden Straße 15 Mio Euro vorgesehen. Ist dieser Betrag bereits zweckgebunden und wann beabsichtigt man diese Arbeiten in Angriff zu nehmen?
4. Die Mendelpassstraße ist 2007 in den Ensembleschutzplan der Marktgemeinde Kaltern a.d.W. aufgenommen worden. Wird das Einreichprojekt von Dr. Ing. Valdemarin den Auflagen dieser Unterschutzstellung gerecht?
5. Wenn nicht, wie begründet die Landesregierung eine diesbezügliche Abweichung?
6. Denkt die Landesregierung daran, eine dem Ensembleschutz entsprechende Überarbeitung des Projektes in Betracht zu ziehen?

**MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP):**

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann berichten, dass im Bereich des Tumortales Arbeiten durchgeführt werden. Es handelt sich um außergewöhnliche Instandhaltungsarbeiten für die Sanierung der kleinen Brücken, die sich in einem sehr schlechten Zustand befinden, wobei die Statik nicht mehr zu 100 Prozent gegeben ist. Die Arbeiten werden vom Straßendienst Unterland durchgeführt und kosten insgesamt 100.000 Euro.

Zu Frage Nr. 2. In den nächsten Jahren sind Sicherheitsarbeiten auf der Mendelpassstraße im Bereich Tumortal vorgesehen. Im Programm für das Jahr 2011 sind die dafür nötigen Finanzierungen enthalten. Im Jahr 2006 wurden von der Landesregierung die technischen Eigenschaften mit einem Gesamtbetrag von 15 Millionen Euro genehmigt, wobei 429.000 Euro für die Erarbeitung des Vor- und Einreichprojektes zweckgebunden worden sind. Die Ausschreibung bzw. der Beginn der Arbeiten hängt von der finanziellen Verfügbarkeit in den nächsten Jahren ab.

Was die Fragen Nr. 4 bis Nr. 6 anbelangt, muss ich sagen, dass die Mendelpassstraße im Juni 2008 in den Ensembleschutzplan der Marktgemeinde Kaltern a. d. Weinstraße aufgenommen worden ist. Bei der Ausschreibung des Planungswettbewerbes wurde bei der Festlegung der Bewertungskriterien vor allem der Berücksichtigung des landschaftlichen Aspektes und des historischen Wertes des Straßenabschnittes ein hoher Stellenwert beigemessen. Der Ensembleschutz-Beauftragte der Gemeinde Kaltern, Dr. Arch. Peter Paul Amplatz, hat sich in seinem Gutachten vom Dezember 2010 positiv zum von Dr. Ing. Valdemarin ausgearbeiteten Einreichprojekt ausgesprochen. Deshalb glauben wir, dass wir jetzt weitermachen können.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat! Ich ersuche Sie um Aushändigung dieser Antwort. Vielleicht ist es auch möglich, das von Ihnen erwähnte Gutachten von Herrn Amplatz zu bekommen. Hier besteht nämlich der Verdacht, dass dem Ensembleschutz nicht so Rechnung getragen wird, wie es eigentlich sein sollte, denn Gutachten, Herr Landesrat, fallen so aus, wie sie der Auftraggeber will.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 14/04/11 del 10.3.2011, presentata dai consiglieri Mair e Leitner, riguardante personale infermieristico – operatori di soccorso volontari. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Seit Monaten erlebt Südtirol eine mediale Auseinandersetzung zwischen Berufskrankenpflegern und freiwilligen Rettungskräften. Der seit längerem hinter den Kulissen ausgetragene Streit findet nun vor den Augen der Öffentlichkeit statt, was zu großer Verunsicherung bei allen Betroffenen, vor allem bei Patienten geführt hat. Umso unverständlicher ist das anhaltende Schweigen der Landesregierung, von der man sich ein Machtwort bzw. eine für alle tragbare und gesetzeskonforme Lösung erwarten darf.

Es wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wie erklärt die Landesregierung ihr Schweigen und ihre Untätigkeit im anhaltenden Streit zwischen Berufskrankenpflegern und freiwilligen Rettungskräften?
2. Ist die Landesregierung nicht der Meinung, dass dadurch sowohl den ehrenamtlich Tätigen als auch den beruflich tätigen Einsatzkräften Schaden zugefügt wird?
3. Wann ist mit einer Lösung dieser Auseinandersetzung zu rechnen und wie sieht diese aus?

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu Frage Nr. 1. Ich möchte vorausschicken, dass das Südtiroler Rettungswesen sehr gut funktioniert, was in erster Linie dem beispielhaften Einsatz aller daran Beteiligten zu verdanken ist. Es ist sicher auch der Verdienst vieler freiwilliger Helfer, die dem Weißen und Roten Kreuz zur Verfügung stehen. In einer Gebirgsregion wie Südtirol, wo die Erreichbarkeit nicht immer einfach ist, besteht eine Rettungskette, die jedem Patienten schnellstmögliche Hilfe garantiert. Um dieses System, das sich international sehen lassen kann, aufrecht zu erhalten, braucht es die Mitarbeit aller, jene der Notärzte genauso wie jene der Krankenpfleger und der freiwilligen Rettungsorganisationen Weißes Kreuz und Rotes Kreuz. Auch die Hilfe der Bergrettungsorganisation darf nicht unterschätzt werden. Die Landesregierung bemüht sich seit langem, die Rahmenbedingungen für eine optimale Zusammenarbeit all dieser Kräfte zu organisieren. So ist beispielsweise schon vor mehreren Jahren ein Pilotprojekt gestartet worden, das in Bozen und Meran den Einsatz der Krankenpfleger zu bestimmten Zeiten und Tagen auf den Rettungsmitteln vorsieht. Es gibt aber immer noch strittige Punkte, vor allem zwischen Krankenpflegern und Rettungsorganisationen, und deshalb ist der Sanitätsbetrieb beauftragt worden, ein neues Konzept zur Organisation des Rettungswesens in Südtirol vorzulegen. Pflegedirektor Robert Peer hat dieses erarbeitet, und derzeit ist eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Rettungsorganisationen, dem Krankenpflegeverband, dem Sanitätsbetrieb und dem Assessorat, dabei, eine tragfähige und konkret umsetzbare Lösung zu erarbeiten. Dabei hat es auch verschiedene Treffen und Absprachen mit dem nationalen Verband der Krankenpfleger und mit den zuständigen Behörden in Rom gegeben.

Zu Frage Nr. 2. Durch die medial ausgetragenen Auseinandersetzungen wird sicher dem ganzen System potentiell Schaden zugefügt und die Patienten werden verunsichert. Deshalb hat das Gesundheitsassessorat bereits vor einigen Wochen die Mitteilung veröffentlicht, dass alle Betroffenen gemeinsam an einem neuen Modell arbeiten und sich alle zusammen um eine konstruktive Lösung bemühen, die nicht durch mediale Verunglimpfungen beeinträchtigt werden soll.

Zu Frage Nr. 3. Alle beteiligten Organisationen – Krankenpflegeverband, Weißes und Rotes Kreuz, Sanitätsbetrieb und Assessorat – haben vereinbart, dass der Projektvorschlag innerhalb des Monats April dieses Jahres der Landesregierung unterbreitet werden soll.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich bedanke mich beim Landesrat für die Beantwortung dieser Anfrage und möchte ihn gleichzeitig ersuchen, die schriftlichen Anfragen, die ich schon vor langer Zeit zu diesem Thema eingereicht habe, die viel weitreichender sind, zu beantworten. Unter anderem habe ich dort auch spezielle Fragen in Bezug auf die Berufsbilder gestellt. Ich möchte die Antwort den Betroffenen weiterleiten.

Dieser Streit dauert ja schon fast zehn Jahre, und es erwarten sich alle ein politisches Machtwort von Ihnen, Herr Landesrat! Es besteht die Notwendigkeit, dass die Landesregierung hier endlich einmal auf den Tisch haut, denn mittlerweile müsste man schon verstanden haben, dass man so nicht weiterkommt. Die Fronten sind mittlerweile so verhärtet und der Karren ist so festgefahren, dass keiner der Beteiligten bereit ist, eine Einigung zu erzielen. Die Vorgesetzten werden von Ihnen den Auftrag bekommen haben, eine Einigung zu finden, aber zwischen jenen Personen, die dann die Arbeit verrichten müssen, gibt es kein leichtes Auskommen. Wie gesagt, ich bitte Sie, die schriftlichen zu diesem Thema eingebrachten Anfragen zu beantworten. Außerdem würde ich Sie ersuchen, mir die Antwort auf diese aktuelle Anfrage schriftlich auszuhändigen.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 15/04/11 del 10.3.2011, presentata dalla consigliera Mair, riguardante manifestazione del 5 marzo. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Am Samstag, den 5. März wurden in Bozen zwei Kundgebungen abgehalten.

Aus diesem Grund werden an die Landesregierung folgende Fragen gestellt:

1. Ist es wahr, dass es Vandalenakte (Schmierereien) während der Kundgebungen gegeben hat?
2. Wenn ja, welche Gebäude wurden beschmiert bzw. beschädigt?



3. Welche Gruppierung der beiden Kundgebungen ist dafür verantwortlich und hat es Konsequenzen gegeben?
4. Wie hoch war der Schaden und wer kommt dafür auf?
5. Entstehen durch den beachtlichen Sicherheitsdienst dem Steuerzahler zusätzliche Kosten?
6. Wenn ja, in welcher Höhe und wer kommt dafür auf?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Der Unterfertigte hat die Quästur schriftlich um entsprechende Informationen ersucht. Es ist nicht bekannt, ob Schäden an Gebäuden erfolgt sind. Zudem wird es wohl so sein, dass entsprechende Anzeigen der Eigentümer notwendig sind. Bei öffentlichen Veranstaltungen sind solche Meldungen bzw. Anzeigen Pflicht der betreffenden Eigentümer der Liegenschaften. Der aufgebotebene Sicherheitsdienst wird mit Personal und Mitteln der Quästur bestritten. Auf alle Fälle bekommt der Steuerzahler die Rechnung präsentiert, aber es ist bei jeder öffentlichen Veranstaltung so, dass Polizeikräfte vorhanden sind. Es verwundert etwas, dass gleichzeitig zwei solche Kundgebungen ermächtigt worden sind, weil auf diese Art und Weise natürlich das doppelte Personal notwendig war, dies umso mehr zu einer Zeit, in der das moralisch-politische Klima sehr angeheizt war. Ich kann Ihnen also nicht sagen, wie viele Leute mehr es gebraucht hat bzw. was das gekostet hat.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landeshauptmann! Ich habe diese Anfrage bewusst gestellt, weil ich sehen wollte, wie man mit dieser Angelegenheit umgeht. Es wurde sehr wohl ein Haus beschmiert, und zwar jene des Legionskommandos der Carabinieri in der Drususstraße. Die Stadtgemeinde Bozen hat es sofort gereinigt, wobei die Gegendemonstranten für die Beschmierung verantwortlich waren. Mich hat einfach gewundert, warum man sich da in Schweigen hüllt, um keine weiteren Diskussionen vom Zaun zu brechen. Mich würde wundern, was passiert wäre, wenn es die Rechten gewesen wären, die einen Schaden verursacht hätten. Also, ich will niemanden verteidigen, aber ich habe diese Information von einem Carabinieri-Beamten erhalten habe, der sich maßlos darüber aufgeregt hat, dass man hier so tut, als wäre nichts passiert. Man merkt, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Es ist traurig, dass das passiert ist und niemand darüber geredet hat. Mich verwundert das ein bisschen, denn hätten die Neofaschisten bzw. Casapound irgendetwas in diese Richtung getan, dann wäre in Südtirol eine nicht mehr zu Ende gehende Diskussion vom Zaun getreten worden. Nachdem es die Gegendemonstranten bzw. die Gutmenschen waren, deckt man es zu. Ich habe diese Anfrage gestellt, damit dieser Fall wenigstens hier im Landtag zu Protokoll gegeben wird.

**Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.<sup>in</sup> Julia Unterberger**

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen nun zur gemeinsamen Behandlung von zwei aktuellen Anfragen, nämlich der **Anfrage Nr. 16/04/11** vom 11.3.2011, eingebracht von den Abgeordneten Noggler und Schuler, betreffend Vinschger Bahn und Radverleih und der **Anfrage Nr. 17/04/11** vom 11.3.2011, eingebracht von den Abgeordneten Noggler und Schuler, betreffend Vinschger Bahn. Ich ersuche um Verlesung der Anfragen.

**Anfrage Nr. 16/04/11**

**NOGLER (SVP):** Mit der Wiedereröffnung der Vinschger Bahn im Jahre 2005 wurden auf einigen Bahnhöfen auch Strukturen zum Fahrradverleih eröffnet. Das Angebot zum Fahrradverleih wurde nicht nur von vielen Südtiroler Bürgern und Familien wahrgenommen, sondern war speziell touristisch eine gewaltige Aufwertung des Vinschgaus. Der Fahrradverleih hat in den vergangenen Jahren (Ausnahme voriges Jahr) immer zu Ostern die Arbeit aufgenommen und pro Jahr über 50.000 Entlehnungen verzeichnet.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den zuständigen Landesrat folgende Fragen:

- Wann öffnet der Radverleih in Mals die Tore und wer ist für die Führung des Fahrradverleihs zuständig?
- Wie wurde bzw. wird die Führung des Fahrradverleihs an Dritte weitergegeben?
- Wie viele Mindestentlehnungen von Fahrrädern waren 2010 zu verzeichnen?
- Weshalb kam es zu den Mindestentlehnungen?

**Anfrage Nr. 17/04/11**

**NOGGLER (SVP):** Erfreulicherweise benützen sehr viele Bürgerinnen und Bürger die Vinschger Bahn, aber auch sehr viele Gäste aus allen Bezirken Südtirols. Leider kommt es auf den Bahnhöfen bei der Fahrkartenlösung immer wieder zu Problemen, so z. B. ist der Infostand in Mals in ca. 500 Meter Entfernung zum Bahnhof beim Tourismusverein angesiedelt und ist zudem zwischen 12 und 15 Uhr geschlossen. Bei den Fahrkartenautomaten kann nur mit 5 und 10 Euro-Scheinen bezahlt werden und es ist kein Geldwechsellautomat verfügbar. Zudem ist auf dem Bahnhof keine Mobilcard erhältlich und der Radverleih für Informationen bis Ostern geschlossen.

Dies vorausgeschickt und angesichts der Tatsache, dass Ostern vor der Tür steht, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den zuständigen Landesrat folgende Fragen:

- Gedenkt man diese untragbare Situation, vor allem für die Gäste, zu verbessern und vor allem wie?
- Der letzte Zug fährt in Mals um 21.20 Uhr ab. Wäre es möglich, die letzte Abfahrt in Mals auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, um vor allem den Zugbenützern die Möglichkeit zu geben, Abendveranstaltungen im Vinschgau zu besuchen? Viele Bürgerinnen und Bürger wären dafür dankbar.

**WIDMANN (Landesrat für Industrie, Handel, Handwerk, Mobilität und Personal – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Kollege Nogglер, die Situation ist nicht so undankbar, wie Sie sie geschildert haben. Natürlich kann man immer Verbesserungen machen, keine Frage, vor allem dann, wenn man sich an etwas, was gut funktioniert, gewöhnt hat.

Zu Ihrer Information. Der Saisonbeginn der Radverleihe im Vinschgau ist laut unserem Programm auf den 18. April verschoben werden. In wenigen Tagen sperrt der Radverleih in Mals also auf, wobei die Ausschreibung für den Hauptbahnhof Mals noch nicht geklärt ist. Wir haben eine Ausschreibung gemacht, wobei der Abgabetermin der 1. April war. Innerhalb weniger Tage werden wir wissen, wer den Radverleih in Mals übernehmen wird. Wir versuchen natürlich immer, lokalen Leuten den Vorzug zu geben. In der vergangenen Saison – Mai bis Oktober – wurden insgesamt 25.791 Räder ausgeliehen, und zwar an den Bahnhöfen im Vinschgau und an den Busbahnhöfen Reschen, Mals, Spondinig, Schlanders, Latsch, Naturns, Meran und Bozen Süd. Im Jahr vorher – April bis Oktober – wurden 45.000 Räder ausgeliehen, was ein Minus von 19.200 Rädern ist. Das ist sicher auf den späteren Saisonstart des vorigen Jahres zurückzuführen, aber auch auf die Schließung der Trasse aufgrund des Zugunglücks, das sich demnächst ja jährt. Weiters hat es infolge viele Wochenenden gegeben, die verregnet waren. Natürlich hat dies auch mit dem Tod von Erwin Stricker zu tun, der leider plötzlich verstorben ist und der Motor der ganzen Sache war. Es war wirklich sehr schwierig, diesen Dienst neu zu organisieren, denn ohne ihn ist das fast ein Ding der Unmöglichkeit. Trotzdem sind wir jetzt an einem guten Punkt angelangt.

Zu den Fahrkarten. In Mals gibt es sehr wohl die Möglichkeit, mit Bancomat bzw. Fastpay zu zahlen. Ab 1.1.2012 wird es aufgrund des neuen Abo Plus und des kontaktlosen Bezahlungssystems die Möglichkeit geben, über Internet, über Apps und über Prepaid-Karten das Geld abbuchen zu lassen. Somit ist das von Ihnen geschilderte Problem hinfällig.

In Bezug auf Ihre Frage was den letzten Zug anbelangt, ist es leider nicht möglich, eine positive Antwort zu geben. Wir werden aber nachverhandeln, da nach 22.45 Uhr, also ab dem Zeitpunkt, an dem der letzte Zug in Meran eintrifft, RFI den Bahnhof schließt und wir diesen Dienst somit nicht aufrecht erhalten können. Landeshauptmann Durnwalder hat sich bei Moretti dafür stark gemacht, dass wir die Subkonzession der Meraner-Linie bekommen. Dann können wir über diesen Punkt noch einmal diskutieren.

**NOGGLER (SVP):** Ein Dankeschön ist fast nicht erforderlich, da ich sehe, dass der Landesrat fast alles im Griff hat. Ich hoffe natürlich, dass die Ausschreibung nicht leer ausgeht. Sollte sich wirklich kein Anbieter finden, dann wird es problematisch werden.

**PRÄSIDENTIN:** An diesem Punkt ist der von der Geschäftsordnung für die "Aktuelle Fragestunde" vorgeordnete Zeitrahmen von 90 Minuten abgelaufen. Die nicht behandelten Anfragen werden von den jeweils zuständigen Mitgliedern der Landesregierung innerhalb der nächsten fünf Tage schriftlich beantwortet werden.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Frau Abgeordnete Mair, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Danke, Frau Präsidentin! Ich habe vorhin Landesrat Theiner der Schlamperei bzw. Nachlässigkeit bezichtigt, da die Frist für die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage meinerseits abgelaufen ist, ohne dass ich eine entsprechende Antwort erhalten habe. Ich habe mich jetzt bei meinen Sekretärinnen informiert, die mir gesagt haben, dass die Frist noch nicht abgelaufen sei, aber fast. Ich appelliere also an den

Landesrat, trotzdem in die Gänge zu kommen und mir die Antwort zukommen zu lassen. Also nehme ich das, was ich vorher gesagt habe, offiziell zurück.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

Herr Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Questa mattina - è stata una cosa così veloce che a volte per l'età, a volte per le circostanze, capita che sfugga - è stato letto l'elenco dei membri da Lei nominati nella commissione per il regolamento.

Il regolamento è chiaro, Lei nomina i commissari che vuole, ma io penso che ci debbano essere anche date delle spiegazioni in merito. Il fatto che Lei abbia riconfermato tutti fuori che una consigliera del Suo stesso partito fra il resto, di cui non mi sento di voler fare assolutamente l'avvocato difensore perché non serve, anche perché di avvocati qui ne basta uno, il problema è di questa natura. Vorrei capire per quale ragione - Lei può nominare chi vuole, lo ribadisco - Lei ci ha dato alcune spiegazioni perché una Sua collega è stata lasciata fuori quando tutti gli altri sono stati riconfermati. Non mi dica come risposta che essendo la collega nell'ufficio di presidenza, non sta bene in quella commissione perché la coesistenza potrebbe essere incompatibile, perché se così fosse penso che Lei avrebbe dovuto chiedere alla Sua collega se preferiva stare nell'Ufficio di presidenza o in commissione. Può anche darsi che Lei l'abbia fatto, adesso Le chiedo, per cortesia, se me lo può confermare, perché è vero che Lei sceglie chi vuole e noi ne prendiamo atto, ma è altrettanto vero che un minimo di giustificazione, essendoci stati dei cambiamenti, ritengo che quest'aula se li meriti.

**PRÄSIDENTIN:** Herr Abgeordneter Seppi, ich bin Ihnen diesbezüglich keine Rechenschaft schuldig. Ich kann die Geschäftsordnungskommission mit Personen besetzen, die ich für richtig erachte und mit denen ich gut zusammenarbeiten kann. Ich bin der Auffassung, dass das Präsidium für die Interpretation der Geschäftsordnung zuständig ist, während die Geschäftsordnungskommission für die Abänderung der Geschäftsordnung zuständig ist. Ich erachte es nicht für sinnvoll, wenn außer der Präsidentin noch andere Personen in beiden Kommissionen vertreten sind. Ich hoffe damit, Ihre Fragen geklärt zu haben.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** In Artikel 23 unserer Geschäftsordnung steht: "... teilt der Präsident/die Präsidentin nach Anhörung der Fraktionsvorsitzenden dem Landtag die Namen jener Landtagsabgeordneten mit, die er/sie zu Mitgliedern der Kommission für die Geschäftsordnung beruft." Ich möchte Sie fragen, ob die Fraktionssprecher diesbezüglich angehört worden sind. Mein Kollege Sven Knoll hat davon nichts gewusst. Das wäre bei einer Änderung eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Zur Halbzeit einer jeden Legislatur gibt es einen Präsidentenwechsel. Infolgedessen ergibt sich aufgrund der Tatsache, dass der Präsident in der zweiten Halbzeit ein Italiener ist, ein Wechsel bei den italienischen Mitgliedern, aber das erfolgt immer innerhalb einer Fraktionssprechersitzung.

**PRÄSIDENTIN:** Frau Kollegin Klotz, selbstverständlich habe ich das Fraktionssprecherkollegium dazu angehört, und zwar in der Sitzung vom 22. März. Sie waren damals leider nicht vertreten, und ich habe auch nachgefragt, warum das so war. Scheinbar ist da ein Missverständnis passiert bzw. der Kollege Sven Knoll ist nicht benachrichtigt worden. Ich habe Ihnen heute gesagt, dass ich, nachdem Sie damals nicht anwesend waren, gerne kurz mit Ihnen sprechen und Ihnen erklären möchte, was wir damals vereinbart haben. Wir haben circa eine Stunde über die weitere Vorgangsweise in der Geschäftsordnungskommission gesprochen.

Herr Abgeordneter Seppi, bitte.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Le cose vanno dette come vanno dette, anche in aula di tribunale così come in Consiglio. "Sentito il collegio dei capigruppo" non significa "comunicato" al collegio dei capigruppo. Significa "conversato", significa che al collega Knoll che non era casualmente presente, altrimenti c'è sempre, avrà avuto i suoi problemi, come al sottoscritto, al collega dei Verdi e agli altri andava chiesto. "Sentito" vuol dire chiesto un parere, cosa ne pensi, cosa ti sembra. C'è qualcuno da sostituire secondo te? Poi è chiaro che Lei decide, è un parere consultivo obbligatorio non vincolante. Lei non ha chiesto nessun parere, io c'ero. Lei ha solamente detto: riconfermo tutti quelli che c'erano a parte la collega Stirner Brantsch. Questo non vuol dire "sentiti i capigruppo", vuol dire fare una comunicazione di servizio con una arroganza che non è nemmeno previ-

sta e consentita dal regolamento. Lei non ha sentito nessuno, presidente, Lei ha agito di Sua spontanea volontà comunicando ai capigruppo le sue decisioni, ma non ascoltando nessuno, perché Lei non ha chiesto a me, come non l'ha chiesto, forse ad altri, forse l'avrà chiesto al collega Pichler Rolle, se doveva essere riconfermata quella squadra, se doveva entrare qualcun altro, se doveva esserci un'opinione espressa da tutti. Dopodiché Lei avrebbe fatto comunque quello che voleva, ma questo passaggio non c'è stato.

**PRÄSIDENTIN:** Herr Abgeordneter Seppi, wahrscheinlich haben Sie mir nicht zugehört. Ich habe nämlich sehr wohl gefragt, was die Meinung ist, wobei es von mehreren Seiten die Auffassung gab, dass die Zusammensetzung dieser Kommission zu bestätigen sei. Ich habe gesagt, dass ich mir das überlegen würde. Ich glaube, dass Ihr Interesse mehr den Abgeordneten der politischen Minderheit und nicht jenen der politischen Mehrheit zu gelten hat. Wir haben auch darüber gesprochen, wie der Fortgang der Arbeiten sein wird, nämlich, dass ich dort weiterfahren werde, wo der Kollege Steger aufgehört hat. Wir haben das lang und breit diskutiert, und Sie haben da wirklich keinen Anlass zu irgendeiner Kritik. Es ist mir natürlich bewusst, Kollege Seppi, dass Sie in jeder Situation versuchen, mich zu kritisieren, und das wird auch so weitergehen. In diesem Fall haben Sie aber wirklich keinen Anlass für Kritik. Sie können sich ja das Protokoll durchlesen, sollten Sie sich nicht mehr daran erinnern, was wir besprochen haben.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich spreche in persönlicher Angelegenheit, die darin besteht, dass Sie nicht nur einem Kollegen, sondern im Grunde genommen allen Mitgliedern der Opposition Einschränkungen zuteilen. Die Geschäftsordnungskommission ist nicht von ungefähr als besondere Kommission eingeführt. Sie ist eine der wichtigsten Kommissionen des Landtages, weil hier die Grundregeln des parlamentarischen Arbeitens festgeschrieben werden. Frau Präsidentin, Sie können nie und nimmer behaupten, dass sich die Kollegen der Opposition um die Mitglieder der Opposition in dieser Kommission zu kümmern hätten. Hier geht es nicht um Parteistrategie und Parteilogik! Schlagt Euch das endlich aus dem Kopf, denn ich kann das nicht mehr hören! Der Landtag ist nicht nur SVP! Es macht mich so wütend, dass Sie das nicht begreifen! Der Landtag ist eine Sache für alle und hat alle anzugehen! Die Geschäftsordnungskommission hat die Arbeiten des gesamten Landtages zu regeln. Ich war drei Legislaturen lang Mitglied der Geschäftsordnungskommission, und selbstverständlich haben sich alle Mitglieder um die Regeln für alle zu kümmern! Das geht nicht nach Aufteilung nach Parteien! Es macht mich unglaublich wütend, dass Sie eine solche Unsensibilität an den Tag legen!

**PRÄSIDENTIN:** Ich glaube, dass Sie mich falsch verstanden haben.

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**PRÄSIDENTIN:** In der Geschäftsordnung steht, dass die Präsidentin die Geschäftsordnungskommission nach Anhörung des Fraktionssprecherkollegiums ernannt. Genau das habe ich getan und ich habe auch alle Mitglieder der Opposition bestätigt.

Frau Abgeordnete Mair, bitte.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich möchte mich dem anschließen, was die Kollegin Klotz gesagt hat. Wir alle haben es gehört – ich möchte keine Polemik vom Zaun brechen -, und ich ersuche Sie höflich, diese Aussage zurückzunehmen, denn im Endeffekt haben Sie uns allen unterstellt, dass sich die Opposition in dieser Kommission um die Oppositionsvertretern kümmern solle und nicht um Mitglieder der Mehrheit. Das ist eine starke Aussage von einer neu gewählten Landtagspräsidentin, denn hier regiert nach wir vor die Parteilogik und nicht eine überparteiliche Präsidentin! Sie haben es vielleicht nicht so gemeint oder aussagen wollen, aber so, wie Sie es gesagt haben, ist es wirklich ein starkes Stück.

**PRÄSIDENTIN:** Ich bin der Auffassung, dass die Fraktionssprecher der Opposition in erster Linie ein Interesse daran haben sollten oder müssten, dass die Vertreter der Opposition auch repräsentativ für die Opposition sind. Deshalb habe ich auch den Kollegen Pius Leitner als Mitglied der Geschäftsordnungskommission bestätigt, obwohl er gestern in der "Tageszeitung" ...

**MAIR (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht)*

**PRÄSIDENTIN:** Ja, deshalb habe ich diejenigen bestätigt, die bereits vertreten waren. Dass die Mehrheit bei ihren eigenen Vertretern einen Austausch vornehmen kann, halte ich für legitim. Das liegt im Ermessen der Präsidentin.

Frau Abgeordnete Stirner Brantsch, bitte.

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Da es um meine Person geht, die ausgetauscht worden ist und der Abgeordnete Seppi die Frage gestellt hat, ob ich darüber informiert worden bin, möchte ich sagen, dass ich weder von der Landtagspräsidentin, noch vom Fraktionssprecher informiert worden bin. Ich bin heute mit dieser Tatsache konfrontiert worden, und gestern hat mich eine Journalistin angerufen, ob ich darüber Bescheid wüsste. Ich war schon sehr überrascht, da ich nicht damit gerechnet habe. Da ich als ehemalige Landtagspräsidentin schon glaube, die Geschäftsordnung gut zu kennen und in der Geschäftsordnungskommission mitgearbeitet habe, bin ich der Meinung, dass es sicher nicht abträglich ist, wenn ich im Präsidium und in der Geschäftsordnungskommission vertreten bin.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich bin als Mitglied der Geschäftsordnungskommission bestätigt worden, möchte jetzt aber nicht die Vorgeschichte in Erinnerung rufen. Ich habe auch nicht die ganze Diskussion mitverfolgt, weil ich draußen war. In diesen Tagen wurden an mich viele Fragen von unterschiedlichen Menschen herangetragen. Ich möchte nur daran appellieren, dass wir die Arbeiten in der Geschäftsordnungskommission in Ruhe machen können. Wir sollten dem folgen, was wir zu tun haben und nicht die Interessen der Mehrheit oder der Minderheit vertreten, sondern eine Geschäftsordnung überarbeiten, die dem Landtag dienlich ist. Da hat nicht die Parteilogik zu zählen und auch nicht die Opposition oder die Mehrheit im Vordergrund zu stehen. Es war unsere Absicht von Beginn dieser Legislaturperiode an, den Landtag aufzuwerten, was uns bisher leider nicht gelungen ist. Wir haben in dieser Kommission 2,5 Jahre wertvolle Arbeit geleistet, haben es aber versäumt, ein ausgearbeitetes Paket von Punkten zu verabschieden. Es tut mir wirklich leid, wenn dem ausgeschiedenen Präsidenten Dieter Steger jetzt im Nachhinein eines ausgewischt wird, weil er zu gut war und diese Einstimmigkeit in der Kommission mit der erweiterten Gruppe der Fraktionssprecher gewollt hat. Wenn Sie das jetzt nicht mehr so handhaben wollen, so ist das Ihre Entscheidung, Frau Präsidentin, aber es ist nicht klug, wenn man von einem eingeschlagenen Weg abweicht. Mit dieser Geschäftsordnung soll ja niemand übertölpelt werden. Der Artikel 92 derselben ist ja nicht Teil dieser Diskussion. Das ist eine andere Geschichte, und das haben wir immer klar gesagt. Ich bin in diese Kommission gewählt worden und nehme diese Aufgabe gerne wahr. Ich mache aber sicher nicht den Oppositionskiller. All jene Punkte, die jetzt abgeändert werden, sollen zumindest die Zustimmung des Einbringers finden. Natürlich kann man in einer zweiten Lesung technische Mängel beheben, und dagegen wird sicher niemand etwas haben. Allerdings sollte es nicht so sein, dass nach außen Sieger und Verlierer dastehen. Das ist die große Sorge, die einige haben, und diese möchte ich in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. Ich stehe zu diesem 50-Punkte-Programm, und ich wäre nicht glaubwürdig, wenn ich, nachdem ich damals dafür gestimmt habe, jetzt dagegen stimmen würde. Änderungen müssen, wie gesagt, mit dem Ersteinbringer akkordiert sein. Sonst wäre es nicht ehrlich und in einer solchen Situation würde ich mich nicht wohlfühlen. Ich erinnere noch einmal daran, dass mit diesem Paket der Landtag aufgewertet und eine bessere Arbeit ermöglicht werden soll. Das zu erreichen, war unsere Absicht von allem Anfang an. Dann ist es mir nicht wichtig, ob unter einem Präsidenten Steger oder unter einer Präsidentin Unterberger darüber abgestimmt wird. Wir haben einen Weg begonnen, haben uns an diesem orientiert, und es wäre nicht klug, diesen zu verlassen und eine völlig andere Vorgangsweise an den Tag zu legen. Ich sage dies in guter Absicht und in aller Offenheit. Ich habe es Ihnen gestern gesagt, Frau Präsidentin, dass es mich wahnsinnig ärgert, wenn man von Journalisten oder Kollegen irgendwelche Dinge hört, die nicht gesagt worden sind. Wir sollten im Rahmen dieser Geschäftsordnungskommission und des Fraktionssprecherkollegiums arbeiten, wo jeder die Möglichkeit hat, seine Kollegen zu informieren. Ich sage nicht, dass das unter Ausschluss der Öffentlichkeit passieren soll, denn es gibt nichts zu verstecken, aber wir kennen ja die Vorgeschichte. Wir wissen ja, wie die Wahl der Präsidentin vonstatten gegangen ist, und das zieht man alles noch ein bisschen mit. Deshalb braucht es noch ein bisschen Zeit, was bedeutet, dass man das Ganze nicht im Hauruck-Verfahren durchziehen sollte. Ich vergönne Ihnen den Erfolg sicher, aber darum darf es uns nicht gehen. Wir machen es für den Landtag und nicht für den Präsidenten oder für die Präsidentin. Wenn wir untereinander keine Vertrauensbasis haben, dann werden wir keine gute Lösung zustande bringen.



**PRÄSIDENTIN:** Kollege Leitner, diese Diskussion gehört nicht hier her, denn darüber sollten wir in der Geschäftsordnungskommission diskutieren. Natürlich werde ich niemals behaupten, dass ich es war, die dieses 50-Punkte-Programm ausgearbeitet hat. Diese 50 Punkte haben Sie ausgearbeitet. Ich möchte nur dazu beitragen, im Interesse von allen und im Interesse der Aufwertung und Modernisierung des Landtages, dass diese 50 Punkte verabschiedet werden können. Sie wissen, dass das nicht so einfach ist, da es verschiedene Interessensgruppen gibt. Man muss schauen, einen Kompromiss zu finden, mit dem alle leben und arbeiten können. Das allein ist meine Absicht. Ich stehe zu diesen 50 Punkten, wobei es einige kleine Korrekturen gibt, die von einigen Mitgliedern unserer Fraktion gewünscht werden. Ich werde natürlich in der Geschäftsordnungskommission mit den Einbringerinnen und Einbringern darüber sprechen und sie fragen, ob diese vorgeschlagenen Korrekturen genehmigt werden. Wenn nicht, dann wird man versuchen müssen, einen Kompromiss zu finden. Die Alternative ist, dass wir überhaupt nichts verabschieden. Wie gesagt, diese Diskussion gehört in die Geschäftsordnungskommission, wobei ich hoffe, dass die Arbeiten dort konstruktiv sein werden.

Kollege Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es tut mir leid, wenn man feststellen muss, dass für die Entscheidung, ob man in der Geschäftsordnungskommission mitarbeiten kann oder nicht, nicht so sehr die Qualifikation oder Parteizugehörigkeit, sondern die Sympathie zählt. Das ist etwas, was mich extrem stört. Nachdem wir die Geschäftsordnung überarbeiten, würde ich vorschlagen, dass auch dieser Passus überarbeitet werden soll. Wir sind nicht in der Geschäftsordnungskommission vertreten, und deshalb sage ich das hier. Die Geschäftsordnungskommission ist eine der wichtigsten Kommissionen des Südtiroler Landtages. Schließlich regelt sie unsere Arbeit hier im Landtag. Wir sollten doch alle mitentscheiden dürfen, und es kann einfach nicht angehen, dass der Präsident oder die Präsidentin nach Gutdünken entscheiden kann, wer in dieser Kommission mitarbeiten darf und wer nicht und das auch noch von persönlichen Sympathien abhängt. Man sollte sich überlegen, die Geschäftsordnung dahingehend abzuändern, dass die Bestellung der Geschäftsordnungskommission so, wie auch jene der Gesetzgebungskommissionen, aufgrund von Wahlen und nicht nach persönlichen Sympathien erfolgen soll.

**PRÄSIDENTIN:** Das ist ein Vorschlag, den wir in der Geschäftsordnungskommission gerne besprechen können.

Bitte, Herr Abgeordneter Urzi.

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Sull'ordine dei lavori, perché ritengo che anche questa sia testimonianza del buon andamento del confronto fra le diverse parti, fra i diversi consiglieri anche rispetto alla presidenza in rapporto ad un tema che è di massima attualità, perché cadeva oggi il momento in cui Lei era chiamata a comunicare i componenti la commissione secondo quanto stabilito dal regolamento. Credo quindi che lasciare questo spazio brevissimo di esprimere alcune considerazioni fondamentali su questo aspetto sia pure un elemento positivo che deve essere riconosciuto come tale. Io avverto il dovere, così come ha fatto il collega Leitner, di intervenire per brevissime considerazioni, in quanto indicato e riconfermato come componente della commissione per il regolamento. Avverto il peso della responsabilità in questo senso ma anche in un certo qual modo la soddisfazione nell'aver intravisto una opportunità per il Consiglio che attraverso la commissione regolamento potrà - se lo riterrà, se esisteranno le condizioni, questo sarà tutto da verificare, così come è accaduto nel passato - procedere sulla strada che è stata indicata nei precedenti due anni di legislatura quando la Commissione ha elaborato quel famoso pacchetto di 50 punti che sono tesi alla valorizzazione del Consiglio, alla sua modernizzazione, al miglioramento non solo dell'immagine di questo Consiglio, ma anche della funzione, del ruolo politico istituzionale e sociale di questa aula e di questa istituzione.

Io sono fra coloro che ritiene che spetti a Lei, presidente, nominare i componenti della commissione. Questo è un dato del tutto insindacabile, anche se ciascuno ha il diritto ad intervenire per commentare le Sue scelte, come lo hanno fatto i colleghi con piena legittimità. Anch'io nel passato ricordo, nella prima legislatura in cui ero presente, non fui riconfermato nella mia funzione, e Le dico con grande franchezza che la cosa mi dispiacque molto, anche perché nella seconda parte della legislatura quando venni sostituito purtroppo si arrivò ad una riforma del regolamento che a mio avviso non ha soddisfatto le esigenze di allora dell'aula. Questo mi è di consolazione, perché così non assumo su di me la responsabilità di quei passaggi che si assumono altri anche all'interno del mio gruppo di allora. Detto questo, ritengo che il ruolo dei componenti della commissione regolamento sia un luogo di rappresentanza del Consiglio provinciale tutto e non di una parte politica. Io non rappresenterò in commissione regolamento il mio gruppo politico, rappresenterò i colleghi e i consiglieri che vorranno presentarmi le

loro posizioni, che tenderanno, attraverso la mia funzione, a rappresentare queste posizioni all'interno della commissione. Ho avuto occasione nella giornata di oggi, a colleghi che mi chiedevano informazioni sullo stato della situazione, di dire espressamente che sono disponibile non solo per un ragionamento, per un confronto mettendo la mia idea sul tavolo, ma disponibile a confrontarla con quella degli altri, perché si deve fare un salto di qualità.

Per concludere, esprimo il mio vivo apprezzamento per il lavoro che ha svolto il presidente Steger nei primi due anni della legislatura, è stato un percorso difficile ma è arrivato comunque ad un approdo importante. È mancato un passaggio, una votazione che devo imputare al collega Pichler Rolle, e lo dico con tutto il rispetto della sua posizione, ma peccato perché si poteva fare un passaggio importante che aveva sancito un percorso condiviso. Se questo percorso è possibile riprenderlo. Sarò dalla parte di coloro che con buon senso e senso di responsabilità intenderanno rappresentare questa volontà. Condivido in senso pieno quanto è stato riferito dal collega Leitner poc'anzi che ha detto che se ci sono modifiche rispetto a quel pacchetto, esse hanno la necessità di essere condivise dai primi presentatori delle proposte. Io ritengo che questo sia un percorso di condivisione naturale e un passaggio obbligato, ma Lei stessa, presidente, ha affermato che questa è la Sua volontà. Io apprezzo questo tipo di messaggio che Lei consegna all'aula. Ovviamente il nostro lavoro dovrà essere oggetto di un giudizio, e ciascuno di noi si assumerà le responsabilità delle proprie scelte, auspicando che le scelte di ciascuno di noi, partendo dalle Sue, presidente, ma non voglio mettere in dubbio la buona fede di nessuno, siano orientate non solo al buon senso ma anche all'interesse del Consiglio provinciale tutto, e non solamente da una parte. Questo sarà verificato dai colleghi, da noi stessi, nell'auspicio che questo Consiglio possa ottenere qualcosa di meglio rispetto quello che ha oggi. Speriamo che questo possa accadere.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Credo utile questo cambio di idee, quindi vorrei dire anch'io la mia. Ricordo benissimo la riunione del collegio dei capigruppo che aveva all'ordine del giorno le consultazioni della Presidente sulla questione della composizione della commissione regolamento. Ricordo però anche che ad una mia esplicita domanda su quale era il Suo orientamento, presidente Unterberger, sulla composizione che Lei avrebbe dato a questa commissione, mi risulta che rispose che il suo orientamento era quello di mantenere la commissione così come l'aveva ereditata dal presidente Steger. Poi Lei è liberissima di ripensarci, ma dopo quella Sua affermazione non mi sarei aspettato un cambiamento di nessun membro della commissione. Ricordo che poi discutemmo soprattutto della posizione della minoranza. Ribadisco anch'io, come la collega Klotz, che cultura parlamentare vuole che questo Consiglio sia sovrano e che ciascuno di noi si occupi di tutte le questioni del Consiglio e che non ci sia una composizione "bosniaca" delle commissioni per cui la minoranza si occupa della minoranza, la maggioranza si occupa della maggioranza, o gli italiani si occupano degli italiani, i tedeschi si occupano dei tedeschi e i ladini si occupano dei ladini. Però vorrei porre un'altra questione che è la questione del patto che abbiamo fatto in quella riunione che fu positiva e sciolse un po' alcune tensioni che erano rimaste rispetto alla Sua elezione. Lei venne in quella riunione e disse: io voglio una commissione regolamento che continui e chiuda il pacchetto che io eredito sia dal presidente Steger sia dal lavoro della commissione di due anni e mezzo, e non voglio aggiungere nessun altro elemento, cioè non metterò all'ordine del giorno nessun altro elemento che non sia già contenuto in quel pacchetto. Poi c'è il problema dei piccoli aggiustamenti, ma su questo ci siamo chiariti". A esplicita domanda Lei dichiarò che eventuali discussioni sulla riforma dell'art. 92, che fu parte importante del dibattito che l'accompagnò la Sua elezione, sarebbero state rimandate ad una seconda fase, che probabilmente non avrebbe visto Lei come presidente, visto che il 18 maggio c'è l'alternanza linguistica della presidenza. Questo discorso fece in modo che alcuni colleghi, ricordo il consigliere Leitner, che avevano dubbi sulla qualità della collaborazione che ci sarebbe stata, si tranquillizzassero. Io però domando una cosa, perché noi abbiamo saputo attraverso la stampa che ci sarebbe una lettera firmata dal collega Pichler Rolle a nome della SVP che chiede all'ufficio di presidenza una specie di interpretazione autentica dell'art. 92, e questo potrebbe succedere appena si riunisce l'ufficio di presidenza. Io considererei il fatto che l'ufficio di presidenza si esprima sull'art. 92 dando una sua interpretazione a freddo, senza un caso aperto, una violazione del patto, dell'accordo, del percorso che noi abbiamo definito in quella riunione dei capigruppo, perché fare un'interpretazione dell'art. 92 senza che ci sia un caso aperto, vuol dire predisporre una riforma dell'art. 92, ma questa si fa nella commissione per il regolamento e dopo aver chiuso il pacchetto dei 50 punti ecc. Questo era l'accordo fra noi. Se Lei oggi provoca un'interpretazione dell'art. 92 dentro l'Ufficio di presidenza, io lo ritengo una forzatura e anche una violazione del percorso che noi avevamo concordato, perché a freddo l'art. 92 non si interpreta. Semmai si riforma nella commissione per il regolamento, perché se si apre il discorso dell'interpretazione non si finisce più. Semmai, secondo l'accordo che avevamo avuto, si riforma nella commissione per il regolamento, nel senso che prima si chiude il primo pacchetto che è già pronto e poi si apre la discussione.

Le chiedo, presidente, primo se è vero che Lei ha ricevuto una lettera da un capogruppo che chiede un'interpretazione in questo momento dell'art. 92, se Lei ha intenzione di proporre all'Ufficio di presidenza un'interpretazione dell'art. 92 e se nel caso la risposta fosse sì, se Lei non ritiene che questo sia una violazione del programma, anche nel senso del tempo e della consecutività degli atti, che noi invece in quella riunione dei capigruppo avevamo unitariamente concordato.

**PRÄSIDENTIN:** Kollege Dello Sbarba, Sie wissen ganz genau, dass ich aus meiner Ansicht, dass man diese 1.000 Seiten im Interpretationswege absolut rechtskonform ablehnen kann, nie einen Hehl gemacht habe. Jeder, der mit Gesetzestexten arbeitet, weiß, dass man sehr oft interpretieren muss. Wenn die wörtliche Interpretation zu absurden Ergebnissen führt, dann muss man eine systematische Interpretation vornehmen. Das ist die tägliche Arbeit der Rechtsanwender. Laut Geschäftsordnung haben wir ein Organ, das für diese Interpretation zuständig ist, nämlich das Präsidium. Jeder von Ihnen kann jederzeit beim Präsidium beantragen, dass irgendeine Bestimmung der Geschäftsordnung, bei der es Zweifel gibt, wie sie zu interpretieren ist, interpretiert werden kann. Nichtsdestotrotz habe ich mehrmals öffentlich mitgeteilt, dass ich vor habe, den Artikel 92, so wie von Ihnen gewünscht, in der Geschäftsordnungskommission zu behandeln und im Einvernehmen dahingehend abzuändern, dass es nicht mehr möglich sein kann, dass ein einzelner Abgeordneter den ganzen Landtag blockieren kann. Die Mehrheit von Ihnen hat sich dazu bereit erklärt und hat auch öffentlich kundgetan, dass sie nicht damit einverstanden sind, wie manche glauben, diesen Artikel 92 für sich nutzen zu können. Deshalb vertraue ich darauf, dass Sie zu Ihrem Wort stehen. Ich stehe sicher zu meinen Bemühungen, in Bezug auf den Artikel 92 mit Ihnen allen, aber vor allem mit den Mitgliedern der Geschäftsordnungskommission, eine Präzisierung zu finden, die man dann durch eine Abänderung der Geschäftsordnung hier in den Landtag bringen kann. Das Präsidium hat ein Gutachten über die Anwendung dieses Artikels 92 und dessen Interpretation in Auftrag gegeben. Ich gehe davon aus, dass in diesem Gutachten stehen wird, dass es einem Abgeordneten nicht zusteht, so viel Zeit für sich in Anspruch zu nehmen. Deshalb wird der nächste Präsident die Handhabe haben, Anträge von 1.000 Seiten nicht mehr zuzulassen. Jedenfalls ist es nicht so, dass das Präsidium nur dann eine Interpretation vornehmen kann, wenn ein Anlassfall vorhanden ist. Sie selber wissen ja, dass es in Vergangenheit genügend Anlassfälle gegeben hat.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Frau Präsidentin, Sie haben gesagt, dass Sie hoffen, dass wir alle zu unserem Wort stehen würden. Wir haben nie eine Abmachung getroffen! Wir haben nie etwas Fixes ausgemacht, sondern haben nur gesagt, dass wir es auch nicht in Ordnung finden, dass ein einziger Abgeordneter den gesamten Landtag blockieren kann. Wort haben wir aber keines gegeben, zumal ja auch nichts herausgekommen ist, weil Sie ja Präsidentin geworden sind. Es ist damals darum gegangen, dass die Volkspartei jemand anderen vorschlagen sollte. Nur damit das im Protokoll festgehalten wird!

**PRÄSIDENTIN:** Wir können uns ja die Protokolle von damals durchlesen. Sie haben alle klar zum Ausdruck gebracht, dass Sie bereit seien, das in der zuständigen Kommission abzuändern.

Wir fahren jetzt mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Die Behandlung der sogenannten institutionellen Tagesordnungspunkte (TOP 3, 4 und 5) wird ab morgen Mittag erfolgen.

Die Behandlung der TOP 6, 7, 8 und 9 wird laut der heutigen Vereinbarung der Fraktionssprecher vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 80/09 vom 18.2.2009, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Förderung für Frauen, die bis zum 5. Lebensjahr ihrer Kinder auf die Betreuung in Kinderkrippen und Kindergärten verzichten"** (Fortsetzung).

Punto 10) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 80/09 del 18.2.2009, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante incentivazione per le donne che decidano di rinunciare al nido e alla scuola materna fino al 5° anno di vita dei figli"** (continuazione).

Die Weiterbehandlung dieses Beschlussantrages wurde auf Antrag der Abgeordneten Artioli seit der Sitzung vom 6.10.2009 immer wieder vertagt. Es liegt nun ein Änderungsantrag der Abgeordneten Artioli zum verpflichtenden Teil vor, den ich verlese:

"Im verpflichtenden Teil wird das Wort 'beschließt' durch das Wort 'verpflichtet' ersetzt. Die darauf folgenden Sätze des verpflichtenden Teils werden wie folgt ersetzt:

- 'die Einführung des in der Einleitung genannten Zuschusses für die Kinderbetreuung zuhause zu erwägen;
- dem Landtag bis zum nächsten Jahr die erforderlichen Daten vorzulegen und etwaige Lösungsmodelle auszuarbeiten".

"Nella parte impegnativa la parola 'delibera' viene sostituita dalla parola 'impegna'. Tutti i periodi successivi della parte impegnativa vengono sostituiti dai seguenti:

- 'a verificare l'introduzione del sostegno all'assistenza ai figli in seno alla famiglia di cui nelle premesse;
- a presentare al Consiglio provinciale entro il prossimo anno i dati necessari e prospettare eventuali possibili modelli di soluzione".

**ARTIOLI (Lega Nord):** È passato molto tempo, quindi vorrei ricordare ai colleghi che si tratta di aiuto alle donne che decidono di tenere i propri figli a casa. Noi dobbiamo trovare una soluzione. Infatti ho presentato questo emendamento per non gravare sulla Giunta alla quale chiedo se ci aiuta a trovare una possibile soluzione per le donne che decidono di crescere i propri figli in casa, perché non possiamo continuare a lamentarci del fatto che gli extracomunitari continuano a fare figli e le nostre donne non li fanno se non le sosteniamo.

Bisogna assolutamente sostenere le donne, le famiglie, la nascita di figli nella nostra provincia. Per questo ho tolto tutte le cifre, perché avevo fatto una mozione troppo particolareggiata, e chiedo se possiamo fare uno studio su come aiutare le donne, su come possiamo verificare e avere i dati relativi. Ogni bambino che frequenta la scuola materna ci costa circa 1.000 euro al mese. Allora chi decide di tenerlo a casa avrà il diritto di venire aiutato! Chiedo di verificare se è possibile aiutare queste mamme che decidono di crescere i propri figli a casa, perché non c'è niente di più importante che avere la possibilità di stare con i propri figli. Tutte le madri che hanno avuto questa fortuna ringraziano e dicono che è stato bello poter stare con i propri figli. Non è vero che solo chi lavora è perfetto. Questa visione all'americana che abbiamo introdotto da noi, cioè che dobbiamo assolutamente lavorare e crescere i figli non occupandoci di loro e mettendoli nelle strutture pubbliche dalle 7 di mattina alle 9 di sera, credo sia un concetto sbagliato. Io ho avuto la fortuna di avere la possibilità di stare a casa con i miei figli i primi anni e credo che non ci sia niente di più impagabile che poterli crescere e non doverli mettere tutto il giorno alla scuola materna. Siccome alla Provincia costa 1.000 euro al mese ogni bambino, chiedo di fare uno studio di fattibilità su cosa possiamo fare in Alto Adige per aiutare le mamme con i bambini.

**Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti**

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola il consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori, prego.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Herr Präsident, ich ersuche Sie, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen, weil ich diesen Tagesordnungspunkt als vertagt vermerkt habe. Nachdem er jetzt aber doch zur Behandlung kommt, möchte ich kurz eine Sitzung der SVP-Fraktion einberufen.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Auch ich spreche zum Fortgang der Arbeiten. Man möge genauer hinschauen, denn in der Formulierung stimmt etwas nicht bzw. es fehlt etwas. Das Wort "beschließt" soll durch das Wort "verpflichtet" ersetzt werden. Dann muss man aber auch sagen, wer verpflichtet wird.

**PRESIDENTE:** Ovviamente la Giunta provinciale.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich ersuche darum, das in Ordnung zu bringen.

**PRESIDENTE:** Interrompo la seduta brevemente.

ORE 17.26 UHR

-----

ORE 17.38 UHR

**Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.<sup>in</sup> Julia Unterberger**

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 80/09 fort.  
Herr Abgeordneter Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Frau Präsidentin! Grundsätzlich ist das Ansinnen dieses Beschlussantrages ja nicht unbedingt ein schlechtes. Ein Problem habe ich aber mit der Formulierung "bis zum 5. Lebensjahr".

**ARTIOLI (Lega Nord):** *(interrompe)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja, aber ich habe es auch so verstanden, dass dieser Teil aufrecht bleiben soll. Es ist ein Unterschied, ob Kinder als Einzelkind aufwachsen oder ob sie in Familien aufwachsen, in denen es mehrere Kinder gibt. Die meisten Paare haben heute durchschnittlich nur ein Kind. Wenn diese also bis zum fünften Lebensjahr daheim bleiben, dann kommen sie in die Schule, ohne eine Sozialisierung durchgemacht zu haben. Für Kinder ist es sehr wichtig, auch eine Sozialisierung mit anderen Kindern zu erfahren. Deshalb denke ich, dass man so etwas eventuell bis zum Alter von drei Jahren andenken könnte.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Es ist sehr schwierig, diesen Beschlussantrag zu "interpretieren", um ein Wort herzuzunehmen, das vorher ja die Runde gemacht hat. Der beschließende Teil nimmt auf die Prämissen Bezug, in welchen Zuschüsse für die Kindererziehung zu Hause bis zum fünften Lebensjahr gefordert werden. Dieser Vorschlag bereitet uns Schwierigkeiten. Des Weiteren muss man auch sagen, dass das nicht unbedingt in die richtige Richtung geht. Wir haben versucht, den Spagat zwischen Kinderbetreuung und Absicherung der Erziehenden über das Kindergeld und das regionale und Landesfamilienpaket schon einigermaßen breit aufzustellen und ein wenig auch die Wahlfreiheit zu ermöglichen, aber dass man jetzt auch noch Zuschüsse hierfür bezahlen soll, ist ein schwieriges Unterfangen. Deshalb werden wir dem Beschlussantrag nicht zustimmen. Die Erwerbstätigkeit von Frauen in modernen Volkswirtschaften belegt im Übrigen etwas anderes. Dort, wo die Erwerbstätigkeit von Frauen am höchsten ist, gibt es auch wesentlich höhere Geburtenraten.

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, dass mit dem Änderungsantrag auf Prämissen hingewiesen wird, die für uns nie gut gehen könnten. Wir alle wissen, wie wichtig der Kindergarten gerade für uns als ethnische Minderheit ist. Es geht ja auch darum, für den muttersprachlichen Spracherwerb zu sorgen. Wir könnten uns nie damit einverstanden erklären, wenn gesagt würde, dass die Eltern von Kindern, die nicht den Kindergarten besuchen, einen Beitrag bekommen.

Kollegin Artioli, ich kann Ihnen sagen, dass wir schon seit längerem sehr intensiv mit dem Gemeindevorstand an einer Lösung arbeiten, um eine Harmonisierung der Kleinkinderbetreuungsdienste zu erreichen. Sobald diese Lösung vorliegt, werde ich Sie auf alle Fälle vorstellen.

**ARTIOLI (Lega Nord):** *Volevo capire dietro quali premesse vi state barricando, perché forse non avete capito che questa parte è stata cancellata e che c'è solo scritto: "La nostra Provincia investe cifre ragguardevoli per il costo dei servizi all'infanzia. Oltre il 40% dei costi sono a carico dell'amministrazione provinciale. Secondo i dati forniti dall'assessorato competente ogni bambino ci costa 2.700 euro al mese. Seguono l'impegno dei Comuni e le rette, che per gli asili nido e le Tagesmutter raggiungono spesso quote ragguardevoli dello stipendio medio di un componente familiare. Quest'ultima è costretta a ricorrere al servizio pubblico per evitare di interrompere la continuità di una carriera, di perdere un posto di lavoro o per far quadrare il bilancio familiare. Quest'ultima questione è vitale per una famiglia. Anche poche centinaia di euro possono modificare l'equilibrio di un bilancio familiare." Dopodiché si chiede "a verificare l'introduzione del sostegno all'assistenza ai figli in seno alla famiglia di cui nelle premesse;" che vuol dire che bisogna pensare a cosa possiamo fare per le famiglie per aiutarle. Come seconda cosa c'è scritto "a presentare al Consiglio provinciale entro il prossimo anno i dati necessari e prospettare eventuali possibili modelli di soluzione". Vi ho tolto tutto quello che avevo proposto e vi ho detto di proporre voi qualcosa. Ditemi come possiamo incentivare le donne a tenersi i figli, come possiamo incentivarle a farne di più di bambini sudtirolesi. Vogliamo verificare quali sono i dati reali? Che non vi sentiate nemmeno di votare un documento che chiede di fare uno studio di fattibilità, mi sembra veramente esagerato.*



**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen jetzt über den geänderten Beschlussantrag ab.: mit 5 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Die Behandlung der Tagesordnungspunkte 11 bis 23 wird aufgrund der Vereinbarung im Fraktionssprecherkollegium vertagt.

Punkt 24 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 167/09 vom 25.9.2009, eingebracht von den Abgeordneten Pardeller und Pichler Rolle, betreffend Bausparen und Wohnbauförderung**".

Punto 24) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 167/09 del 25.9.2009, presentata dai consiglieri Pardeller e Pichler Rolle, riguardante risparmio edilizio ed edilizia agevolata**".

#### *Bausparen und Wohnbauförderung*

*Die Förderung des Sparens durch die Gewährung der Kleinsparer-Wohnbauhilfe war in den Siebziger- und Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts vor allem auch wegen der damals hohen Inflation absolut richtig: Der Preis des Objektes wurde gesichert, die Wohnung konnte sofort bezogen werden und die geförderte Abzahlung der Darlehen wurde durch die Inflation zudem erleichtert. Bei einem Vorsparen wäre das gesparte Kapital hingegen von der hohen Inflation vernichtet worden.*

*Derzeit gibt es keine oder nur eine sehr geringe Inflation. Somit ist der Zeitpunkt ideal, das Bausparen entsprechend zu fördern. Ebenso sollten in der Wohnbauförderung neue Akzente gesetzt werden. Angesichts der sehr hohen Wohnungspreise können sich Herr und Frau Südtiroler künftig wohl allein durch die Förderung sowohl des Sparens als auch der Rückzahlung noch den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen.*

*Im Unterschied zu den meisten EU-Ländern hat die Republik Italien aber noch immer kein eigenes Bauspargesetz erlassen. Bereits in den Achtzigerjahren hatten die Arbeitnehmer in der SVP einen entsprechenden Gesetzesvorschlag ausgearbeitet und diesen wiederholt durch die Parlamentarier der Südtiroler Volkspartei in Abgeordnetenversammlung und Senat eingebracht. Auf Antrag der Landtagsabgeordneten der SVP-Arbeitnehmer verabschiedete der Regionalrat am 11. Juni 1991 einstimmig einen diesbezüglichen Begehrensantrag. Doch der italienische Staat blieb bis heute auf diesem Gebiet gänzlich untätig.*

*Dank des freien Niederlassungsrechts in der Europäischen Union gelang es Rosa Franzelin im Jahre 1997, die BHW-Bausparkasse aus Deutschland nach Südtirol zu lotsen, von wo aus diese ihre Tätigkeit auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt hat. Seitdem ist es auch in Südtirol möglich, Bausparverträge nach deutschem Muster und abgesichert durch das deutsche Bauspargesetz abzuschließen.*

*Bausparen ist Zwecksparen. Interessant am Bausparen ist, dass die Zinsen, die bei Abschluss des Bausparvertrages festgelegt werden, für die gesamte Laufzeit unverändert bleiben, weil das Bausparsystem unabhängig von den Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt funktioniert. Die Förderung von Bausparen, also Zwecksparen, ist besonders für junge Menschen wichtig. Und: Eltern oder Paten könnten für ihre Kinder Bausparverträge abschließen, um ihnen schon früh das Zwecksparen zu lehren.*

*Dies alles vorausgeschickt,*

*verpflichtet*

#### **DER SÜDTIROLER LANDTAG**

*die Landesregierung folgende Schritte zu setzen:*

*Als Sparanreiz werden bei der Realisierung eines Bauvorhabens vom zuteilungsreifen Bausparvertrag, der mindestens fünf Jahre bespart wurde, die für die gesamte Sparzeit gutgeschriebenen Aktivzinsen – in einmaliger Zahlung – verdoppelt oder um mindestens zwei Prozent erhöht. Unter Bauvorhaben sind der Erwerb der Erstwohnung sowie Sanierungen, Energiesparmaßnahmen oder der Erwerb einer Zweitwohnung mit Verpflichtung der Vermietung an Einheimische zum Landesmietzins zu verstehen.*

*Um den Sparwillen alleinstehender junger Menschen zu fördern, werden diese zur Kleinsparer-Wohnbauhilfe nur dann zugelassen, wenn sie einen besparten Bausparvertrag von mindestens fünf Jahren vorweisen können.*

*Die für die Förderung der Erstwohnung geltenden Einkommenshöchstgrenzen werden abgeschafft. Es wird nur noch eine Mindest-Einkommensgrenze vorgesehen.*

Die Eigenheimförderung wird allen Bürgerinnen und Bürgern in jener Höhe gewährt, wie sie derzeit für die erste Einkommenskategorie vorgesehen ist. Ausschlaggebend ist allein die Realisierung der Erstwohnung.

Wohnbauhilfe-Empfängern, die später noch ein Kind bekommen und von denen sich ein Elternteil der Erziehung des Kindes widmet, wird drei Jahre lang das Wohngeld auf die Rückzahlungsrate nach den geltenden Kriterien der Wohngeldvergabe gewährt.

Die Landesregierung wird mittels Beschluss die Kriterien zur Punktevergabe für die vorgesehenen Rangordnungen im Bereich des geförderten und sozialen Wohnbaus unverzüglich abändern. Die heute vorgesehenen fünf Punkte bei Neugründung einer Familie (Heirat in den letzten drei Jahren) werden künftig unbegrenzt allen verheirateten Paaren gewährt.

Die Landesregierung wird in Rom auf technisch-fiskalischer Ebene abklären, ob auch Personen oder Familien mit einem geringeren Einkommen die 55 %ige Steuerabschreibung für die energetische Sanierung in Anspruch nehmen können, weshalb die Abschreibungszeit von derzeit maximal fünf auf zehn Jahre erhöht werden soll. Im bejahenden Falle soll die Landesregierung diese Forderung dann gegenüber der Regierung erheben.

-----

*Risparmio edilizio ed edilizia agevolata*

Negli anni 70 e 80 incentivare il risparmio attraverso la concessione di agevolazioni per l'edilizia popolare era assolutamente appropriato, soprattutto per via dell'inflazione, che a quei tempi era alta: così si bloccava il prezzo, si poteva entrare subito nell'alloggio e il pagamento agevolato del mutuo era ulteriormente facilitato dall'inflazione. Limitandosi a mettere da parte, il capitale risparmiato sarebbe invece stato annullato dall'alta inflazione.

In questo periodo non vi è inflazione o questa è quasi inesistente. Di conseguenza è il momento ideale per promuovere adeguatamente il risparmio edilizio. Inoltre l'edilizia agevolata dovrebbe avere nuove priorità. Visti gli altissimi prezzi degli alloggi, in futuro gli altoatesini e le altoatesine riusciranno a realizzare il sogno di una casa di proprietà solo grazie alle agevolazioni, sia nell'accumulo di capitale sia nell'ammortamento.

Contrariamente alla maggior parte dei paesi dell'UE l'Italia non ha ancora varato una sua legge sul risparmio edilizio. Già negli anni 80 gli Arbeitnehmer (ala sociale) della SVP avevano presentato una proposta di legge in questo senso, riproponendola a varie riprese per mano dei deputati e senatori della SVP. Su proposta dei consiglieri provinciali dell'ala sociale della SVP, l'11 giugno 1991 il Consiglio regionale ha approvato all'unanimità un relativo voto. Nonostante ciò lo Stato italiano è fino a oggi rimasto inattivo in questo campo.

Grazie alla libertà di stabilimento, decretata dall'Unione Europea, nel 1997 Rosa Franzelin è riuscita a portare in Alto Adige l'istituto di credito tedesco BHW, che a partire dalla nostra provincia ha esteso la sua attività a tutto il territorio italiano. Da allora anche in Alto Adige è possibile stipulare contratti di risparmio edilizio sul modello tedesco, garantiti dalla legge tedesca in materia.

Il risparmio edilizio è un risparmio mirato. Un vantaggio è che il tasso di interesse, stabilito alla stipula del contratto, resta invariato per tutta la durata, perché questo sistema di risparmio non è legato all'andamento dei mercati finanziari. Agevolare il risparmio edilizio, e quindi il risparmio mirato, è particolarmente importante per i giovani. Inoltre genitori o padrini/madrine potrebbero stipulare contratti di risparmio edilizio per i loro figli/figliocci, per insegnare loro sin da piccoli il risparmio mirato.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
impegna

la Giunta provinciale a provvedere a quanto segue:

Come incentivo al risparmio, al momento della realizzazione di un'opera edilizia, gli interessi attivi maturati per l'intera durata di un periodo almeno quinquennale di accumulo di un contratto di risparmio edilizio giunto in fase di assegnazione, verranno, versati in un'unica soluzione, raddoppiati o almeno aumentati del due per cento. Per opera edilizia s'intende l'acquisto della prima casa, la ristrutturazione, interventi di risparmio energetico oppure l'acquisto di una seconda casa con l'obbligo di affittarla a residenti al canone provinciale di locazione.

*Per incentivare il risparmio di giovani che vivono da soli, questi saranno ammessi alle agevolazioni per l'edilizia popolare solo se possono dimostrare di aver sottoscritto da almeno cinque anni un contratto di risparmio edilizio.*

*I limiti massimi di reddito vigenti per le agevolazioni per la prima casa vanno aboliti. Resta unicamente una soglia di reddito minimo.*

*L'agevolazione per la casa di proprietà viene concessa a tutte le cittadine e a tutti i cittadini nella misura in cui è attualmente prevista per la prima fascia di reddito. Determinante è unicamente che si tratti della prima casa.*

*Ai beneficiari di agevolazioni edilizie, che in un secondo momento hanno un figlio/una figlia, nel caso in cui uno dei due genitori si dedichi all'educazione del bambino/della bambina, viene concesso per tre anni il sussidio casa sulla rata di rimborso in base ai criteri vigenti per l'erogazione del sussidio casa.*

*Mediante delibera la Giunta provinciale provvederà quanto prima a rivedere i criteri per l'assegnazione dei punti ai fini delle graduatorie dell'edilizia abitativa agevolata e sociale. I cinque punti attualmente previsti nel caso di fondazione di una nuova famiglia (matrimonio negli ultimi tre anni) in futuro verranno concessi senza limiti a tutte le coppie sposate.*

*La Giunta provinciale chiarirà a Roma dal punto di vista tecnico-fiscale, se anche persone o famiglie con un reddito più basso possono avvalersi delle detrazioni fiscali del 55% per il risanamento energetico, per cui il periodo di detrazione passerebbe dagli attuali max. cinque a dieci anni. In caso affermativo la Giunta avanzerà questa richiesta nei confronti del Governo.*

Ich verlese einen von den Einbringern eingebrachten Ersetzungsantrag:

*Die Gewährung der Kleinsparer-Wohnbauhilfe war in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der seinerzeit praktizierten Form vor allem auch wegen der damals hohen Inflation absolut richtig: Der Preis des Objektes wurde gesichert, die Wohnung konnte sofort bezogen werden und die Abzahlung der Darlehen wurde durch die hohen Zinsbeiträge des Landes und zusätzlich auch noch durch die Inflation erleichtert. Bei einem Vorsparen wäre das gesparte Kapital hingegen von der hohen Inflation vernichtet worden.*

*Derzeit gibt es nur eine geringe Inflation. Somit wäre der Zeitpunkt ideal, das Bausparen in Südtirol einzuführen und entsprechend zu fördern. Ebenso könnten in der Wohnbauförderung neue Akzente gesetzt werden. Angesichts der sehr hohen Wohnungspreise können sich Herr und Frau Südtiroler künftig wohl allein durch die Förderung sowohl des Sparens als auch der Rückzahlung noch den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen.*

*Im Unterschied zu den meisten EU-Ländern hat die Republik Italien noch immer kein eigenes Bauspargengesetz erlassen. Bereits in den 80er Jahren hatten die "Arbeitnehmer in der SVP" einen entsprechenden Gesetzesvorschlag ausgearbeitet und diesen wiederholt durch die SVP-Parlamentarier in der Abgeordnetenversammlung und im Senat eingebracht. Auf Antrag der Landtagsabgeordneten der "SVP-Arbeitnehmer" verabschiedete der Regionalrat am 11. Juni 1991 einstimmig einen diesbezüglichen Begehrensantrag. Doch der italienische Staat blieb dennoch bis heute auf diesem Gebiet gänzlich untätig.*

*Dank des freien Niederlassungsrechts in der Europäischen Union gelang es Rosa Franzelin im Jahre 1997, die BHW-Bausparkasse aus Deutschland nach Südtirol zu lotsen, von wo aus diese ihre Tätigkeit auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt hat. Seitdem ist es auch in Südtirol möglich, Bausparverträge nach deutschem Muster und abgesichert durch das bundesdeutsche Bauspargengesetz abzuschließen.*

*Bausparen ist Zwecksparen. Interessant am Bausparen ist, dass die Zinsen, die bei Abschluss des Bausparvertrages festgelegt werden, für die gesamte Laufzeit unverändert bleiben, weil das Bausparsystem unabhängig von den Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt funktioniert. Die Förderung von Bausparen, also Zwecksparen, ist besonders für junge Menschen wichtig.*

*Laut Artikel 47 der Verfassung fördert der Staat die Spartätigkeit von breiten Schichten der Bevölkerung zwecks Erlangung von Wohnungseigentum. Im LEROP, genehmigt mit Landesgesetz vom 18. Jänner 1995, Nr. 3 ist im Projekt "Deckung des Wohnungsbedarfs" auch folgendes Ziel enthalten:*

*"Die Förderung von Bau und Kauf von Eigentumswohnungen ist an den Nachweis zu knüpfen, dass der Eigenkapitalanteil an den Baukosten oder am Kaufpreis durch Sparen geschaffen wurde, und dass ein Mindesteinkommen gegeben ist, um die Rückzahlung der Darlehen sicherzustellen."*

*In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f) des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 (Wohnbauförderungsgesetz) ist folgende Bestimmung enthalten: "Die Finanzierung von Wohneigentum mittels des Modells des Bausparens durch zusätzliche Fördermaßnahmen. Die Landesregierung legt die entsprechenden Kriterien fest." Diese Bestimmung ist mit Artikel 1 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22. Jänner 2010, Nr. 1 ins Wohnbauförderungsgesetz neu aufgenommen worden.*

*Artikel 1 Absatz 2 desselben Wohnbauförderungsgesetzes enthält folgende Bestimmung: "Damit das Ziel der Bildung von Wohnungseigentum für breite Schichten der Bevölkerung erreicht werden kann, sind die Spartätigkeit und die Eigenleistung anzuregen."*

*Trotz dieser klaren Zielvorgaben sind bis heute jedoch keine konkreten Schritte ergriffen worden, um das Bausparen in Südtirol einzuführen.*

*Dies alles vorausgeschickt,*

*verpflichtet*

#### **DER SÜDTIROLER LANDTAG**

*die Landesregierung folgende Maßnahmen zu prüfen:*

*Um die Spartätigkeit zum Zwecke der Schaffung des Eigentums an Erstwohnungen (Bau, Kauf und Wiedergewinnung) anzuregen, werden dem Inhaber eines Bausparvertrages, der mindestens fünf Jahre bespart wurde, die für die gesamte Sparzeit gutgeschriebenen Aktivzinsen – in einmaliger Zahlung – verdoppelt oder um mindestens 2 % erhöht. Unter Bauvorhaben sind der Erwerb der Erstwohnung, sowie deren Wiedergewinnungs- oder Energiesparmaßnahmen zu verstehen.*

*Um den Sparwillen junger Menschen zu fördern, werden diese zur Kleinsparer-Wohnbauhilfe nur dann zugelassen, wenn sie einen besparten Bausparvertrag von mindestens fünf Jahren vorweisen können. Als junge Menschen sind Gesuchsteller bis zu einem Alter von höchstens 40 Jahren zu verstehen. Sollten Inhaber von Bausparverträgen heiraten, können die jeweiligen Verträge der Ehepartner zusammengelegt werden.*

*Für die Rechtswirkung der Bausparförderung zum Erwerb der Erstwohnung kommen die im Landesgesetz vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 (Wohnbauförderungsgesetz) vorgesehenen Einkommensgrenzen nicht zur Anwendung.*

*Die Förderung für das Bausparen wird zusätzlich zur Wohnbauförderung gewährt, die im Wohnbauförderungsgesetz für Bau, Kauf und Wiedergewinnung der Erstwohnung vorgesehen sind.*

*Nach der Überprüfung des möglichen finanziellen Umfangs all dieser Maßnahmen sowie deren Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt legt die Landesregierung dem Südtiroler Landtag innerhalb von vier Monaten einen Bericht sowie einen Gesamtvorschlag vor, der konkret auch die besonderen Merkmale beinhaltet, welche Bausparverträge aufweisen müssen, um in den Genuss einer öffentlichen Förderung zu kommen. Zudem muss aufgezeigt werden, wie das heimische Bankensystem angeregt werden soll, der Südtiroler Bevölkerung entsprechende Bausparverträge anzubieten.*

-----

#### *Risparmio edilizio*

*Negli anni 70 e 80 del secolo scorso la concessione di agevolazioni per l'edilizia abitativa, nella forma allora prevista, era assolutamente appropriata, soprattutto per via dell'inflazione, che a quei tempi era alta. Così si bloccava il prezzo, si poteva entrare subito nell'alloggio e il pagamento agevolato del mutuo era ulteriormente facilitato dall'inflazione. Limitandosi a mettere da parte, il capitale risparmiato sarebbe invece stato annullato dall'alta inflazione.*

*In questo periodo non vi è inflazione o questa è quasi inesistente. Di conseguenza è il momento ideale per promuovere adeguatamente il risparmio edilizio. Inoltre l'edilizia agevolata potrebbe avere nuove priorità. Visti gli altissimi prezzi degli alloggi, in futuro gli altoatesini e le altoatesine riusciranno a realizzare il sogno di una casa di proprietà solo grazie alle agevolazioni, sia nell'accumulo di capitale sia nell'ammortamento.*

*Contrariamente alla maggior parte dei paesi dell'UE l'Italia non ha ancora varato una sua legge sul risparmio edilizio. Già negli anni 80 gli Arbeitnehmer (ala sociale) della SVP avevano presentato una proposta di legge in questo senso, riproponendola a varie riprese per mano dei deputati e senatori della SVP. Su proposta dei consiglieri provinciali dell'ala sociale della SVP, l'11 giugno 1991 il Con-*



siglio regionale ha approvato all'unanimità un relativo voto. Nonostante ciò lo Stato italiano è fino a oggi rimasto inattivo in questo campo.

Grazie alla libertà di stabilimento, decretata dall'Unione Europea, nel 1997 Rosa Franzelin è riuscita a portare in Alto Adige l'istituto di credito tedesco BHW, che a partire dalla nostra provincia ha esteso la sua attività a tutto il territorio italiano. Da allora anche in Alto Adige è possibile stipulare contratti di risparmio edilizio sul modello tedesco, garantiti dalla legge tedesca in materia.

Il risparmio edilizio è un risparmio mirato. Un vantaggio è che il tasso di interesse, stabilito alla stipula del contratto, resta invariato per tutta la durata, perché questo sistema di risparmio non è legato all'andamento dei mercati finanziari. Agevolare il risparmio edilizio, e quindi il risparmio mirato, è particolarmente importante per i giovani.

Ai sensi dell'articolo 47 della Costituzione lo Stato favorisce l'accesso del risparmio popolare alla proprietà dell'abitazione. Nel LEROP (piano provinciale di sviluppo e coordinamento territoriale), approvato con legge provinciale 18 gennaio 1995, n. 3, nel progetto "Copertura del fabbisogno abitativo" è compreso anche il seguente obiettivo: "La concessione della agevolazione per la costruzione e l'acquisto della prima casa deve essere subordinata alla dimostrazione, che quella quota di parte del costo di costruzione odi acquisto, che deve essere formata da capitale proprio, è stata accumulata mediante il risparmio, e che sussiste un reddito minimo al fine di assicurare il pagamento del prestito."

L'articolo 1, comma 1, lettera f), della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13 (Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata) comprende la seguente disposizione: "il finanziamento alla proprietà abitativa sul modello del risparmio edilizio tramite misure di sostegno aggiuntive. I relativi criteri sono stabiliti dalla Giunta provinciale." Detta disposizione è stata nuovamente recepita nell'ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata con l'articolo 1, comma 1, della legge provinciale 22 gennaio 2010, n. 1.

L'articolo 1, comma 2, dell'ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata contiene la seguente disposizione: "Per il raggiungimento dell'obiettivo di costituire proprietà abitativa per larghi strati della popolazione, deve essere dato impulso al risparmio ed alla prestazione in proprio."

Nonostante questi chiari obiettivi, finora non si è fatto alcun passo concreto per introdurre il risparmio edilizio in Alto Adige.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
impegna

la Giunta provinciale a prendere in considerazione le seguenti misure:

Per favorire il risparmio finalizzato alla proprietà di prime abitazioni (costruzione, acquisto e recupero) gli interessi attivi maturati per l'intera durata di un periodo almeno quinquennale di accumulo di un contratto di risparmio edilizio giunto in fase di assegnazione, verranno, versati in un'unica soluzione, raddoppiati o almeno aumentati del 2%. Per opera edilizia s'intende l'acquisto della prima casa nonché misure di recupero o di risparmio energetico nella medesima.

Per incentivare il risparmio da parte dei giovani, questi saranno ammessi alle agevolazioni per l'edilizia abitativa solo se possono dimostrare di aver sottoscritto da almeno cinque anni un contratto di risparmio edilizio. Per giovani s'intendono richiedenti di un'età massima di 40 anni. In caso di matrimonio fra titolari di contratti di risparmio edilizio, i contratti dei coniugi possono essere riuniti.

Per gli effetti giuridici del risparmio edilizio finalizzato alla proprietà della prima abitazione, non si applicano i limiti di reddito previsti dalla legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13 (Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata)

L'agevolazione al risparmio edilizio è concessa in aggiunta all'agevolazione edilizia prevista dall'ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata per costruzione, acquisto e recupero della prima abitazione.

Dopo aver esaminato la possibile entità finanziaria di tutte queste misure nonché i loro effetti sul mercato delle abitazioni la Giunta provinciale, entro quattro mesi, presenta al Consiglio provinciale una relazione e una proposta globale, comprendente anche le concrete caratteristiche che i contratti di risparmio edilizio devono avere per poter godere di un'agevolazione pubblica. Si dovrà inoltre mostrare come il locale sistema bancario possa essere incentivato a offrire contratti di risparmio edilizio alla popolazione della provincia.



Herr Abgeordneter Seppi, bitte.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Sull'ordine dei lavori. È interessantissimo questo documento, ma tocca degli aspetti talmente vari dell'attuale legge dell'edilizia sociale e altre cose, che francamente non capisco perché, essendo presentati da due colleghi della maggioranza, non è discusso come un disegno di legge. Questi sette punti sono molto interessanti e meriterebbero davvero un approfondimento nella commissione legislativa competente. Discuterli a livello di mozione non è esaustivo. Devono essere inserite in un disegno di legge, perché devono essere portate altre varianti, altre possibilità, altre voci in capitolo che in una mozione non ci è concesso. Non so perché due membri della maggioranza su problemi del genere facciano una mozione e non un disegno di legge, non è mai capitato prima.

**PARDELLER (SVP):** Das Bausparen schwirrt seit mehr als zwanzig Jahren herum, auch hier in Südtirol, aber konkretisiert hat man bisher wenig. Es ist die BHW nach Südtirol geholt worden und dort könnte man auch heute noch Bausparverträge abschließen. Bausparen muss gefördert werden. Am 22. Jänner 2010 haben wir ja einen entsprechenden Beschluss gefasst, Kollege Seppi, das Bausparen einzuführen, wobei das Land aber keine Bausparverträge abschließen kann. Das Gesetz, das wir verabschiedet haben, ist nicht realisierbar. Deshalb haben wir einen Beschlussantrag eingebracht, damit dieses Gesetz aktiviert wird. So gesehen könnte man das Bausparen fördern, indem man diejenigen, die fünf Jahre sparen, ... Die Bank könnte auch die BHW sein, aber wenn das Land dieses Sparen nicht fördert, dann werden die Leute auch nicht sparen. Überall wird das Sparen gefördert. Wenn man den Zinssatz, den die Bank zahlt, dazugeben würde – bis höchstens 2 Prozent –, dann wäre das nicht so eine große Summe, aber für junge Menschen, die sparen, wäre es eine Anerkennung, und sie hätten Geld, um sich eine Wohnung kaufen zu können. Mit dem Gesetz, das wir verabschiedet haben, kann man gar nichts machen. Das ist eine Augenauswischerei!

Im Beschlussantrag sind auch noch andere Akzente enthalten, die in die heutige Zeit hineinpassen. Wir haben heute eine sehr geringe Inflation. In Zeiten hoher Inflation hat das Sparen keinen Sinn, denn dann wird das Geld, das man spart, von der Inflation aufgefressen. Wenn wir heute die Leute zum Sparen anregen, dann würde sich das Land sehr viel Geld sparen, weil die Menschen selber einen Beitrag leisten würden, um sich eine Wohnung leisten zu können. Es ist eine soziale Verpflichtung, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, und so gesehen bin ich der Auffassung, dass dieser Beschlussantrag genehmigt werden sollte. Es geht in erster Linie um junge Menschen, die sich heute schwer tun, eine Wohnung zu erschwinglichen Preisen zu finden, vom Bauen gar nicht zu reden. In diesem Sinne ersuche ich alle Kolleginnen und Kollegen, diesen Beschlussantrag zu unterstützen.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Der Landtag ist natürlich immer gefordert, Kollege Pardeller, aber in diesem konkreten Fall wäre vor allem die Landesregierung gefordert. Wie schaut die Realität aus? Wir haben ein Gesetz, nämlich das Gesetz Nr. 13 aus dem Jahr 1998 – Wohnbauförderungsgesetz –, in welches im Jänner 2010 der Passus eingefügt wurde, dass das Bausparen besonders zu fördern sei, übrigens auf Initiative der Kollegin Stirner und des Unterfertigten. Wie gesagt, die Förderung des Bausparens ist im entsprechenden Gesetz verankert und ist somit Realität. Im Gesetz steht auch, dass die Landesregierung die entsprechenden Kriterien festlegt. Das bedeutet, dass geregelt ist, wie die Unterstützung des Bausparens in die Wege geleitet werden soll. Die beste Möglichkeit, nämlich jene der steuerlichen Absetzbarkeit von gewissen Leistungen und Einzahlungen, geht leider nicht. Dann bräuchten wir keine zusätzlichen Beiträge zu gewähren oder die Zinsen zu ergänzen, und jene, die einen Bausparvertrag abschließen, hätten steuerliche Vorteile. Nachdem das nicht geht, wird man eben den komplizierteren Weg hernehmen müssen, und wenn man etwas tun will, dann wird man ihn gehen müssen. Da haben die beiden Kollegen völlig Recht. Es ist eigentlich schon ein Witz, dass die Landesregierung seit Januar 2010 untätig geblieben ist und sich zwei Vertreter der politischen Mehrheit nun aufmachen und Kriterien festschreiben. Landesrat Tommasini kennt meine Meinung, die ich ihm auch in Meran beim Dreier-Landtag noch einmal gesagt habe. Werdet bitte endlich tätig in dieser Angelegenheit! Es gibt ein Gesetz, welches das Bausparen konkret vorsieht. Die Kriterien sind von der Landesregierung zu erlassen, aber sie tut nichts! Jetzt werden die beiden Kollegen aktiv und legen die Kriterien fest, was eigentlich eine Ohrfeige für die Landesregierung ist. Das bedeutet nämlich nichts anderes, als dass die Landesregierung den klaren gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt. Das Gesetz, Kollege Seppi, existiert schon, aber die Landesregierung handelt nicht.

Die Kollegen Pardeller und Pichler Rolle schlagen in ihrem Beschlussantrag vor, die Aktivzinsen zu verdoppeln, was eine Möglichkeit ist. Das ist ein sinnvolles Kriterium, das die Landesregierung hätte ausarbeiten können.

In Bezug auf den zweiten Punkt habe ich so meine Zweifel, denn man will das Bausparen, wenn ich das richtig verstehe, zur Pflicht erheben. Jeder, der die Kleinsparerwohnbauförderung beansprucht, muss einen Bausparvertrag von mindestens fünf Jahren vorweisen. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn jeder, der um einen Beitrag für Wohnbauförderung ansucht, einen Bausparvertrag haben muss.

**PARDELLER (SVP):** *(unterbricht)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ja, aber es gibt keine Wahlfreiheit mehr.

**PARDELLER (SVP):** *(unterbricht)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ihr macht de facto das Bausparen zur Pflicht, und ich frage mich, ob das sinnvoll ist.

Außerdem wollen Sie auch die Einkommensgrenzen abschaffen, und ich weiß nicht, ob das sinnvoll ist. Wenn es nämlich keine Einkommensgrenzen mehr gibt, dann kann auch der Multimillionär irgendwelche Förderungen bekommen, und ob das im Sinne des Bausparens ist, bezweifle ich.

Punkt 4 steht schon im Gesetz. *"Die Förderung für das Bausparen wird zusätzlich zur Wohnbauförderung gewährt."* Dasselbe gilt für den letzten Punkt.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es handelt sich um eine gleich interessante wie sehr komplexe Materie. Zunächst möchte ich auf einen Fehler hinweisen, und zwar im zweiten Teil des zweiten Abschnittes. *"Angesichts der sehr hohen Wohnungspreise können sich Herr und Frau Südtiroler künftig wohl allein durch die Förderung sowohl des Sparens als auch der Rückzahlung noch den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen."* Das macht so keinen Sinn! Entweder heißt es "weder noch" oder es fehlt das Wort "nicht".

So, wie das formuliert ist, klingt es ein bisschen danach, dass man nur einen Bausparvertrag abschließen bräuchte und schon hat man sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllt. Ganz so einfach ist es dann doch nicht. Wer einen Kredit für eine Wohnung oder für ein Haus bei einer Bank aufgenommen hat, weiß, dass der Bausparvertrag nur ein Teil des Ganzen ist. Etwas, was man sicher nicht außer acht lassen sollte, ist der Zinssatz, der sich bei den meisten Banken nach dem Drei-Monats-Euribor richtet. Hier wären auch die Banken einmal in die Pflicht zu nehmen, denn viele Banken bieten nicht einmal einen Zinsscap an. Das ist ein Manko der Südtiroler Banken, denn man muss immer wieder feststellen, dass die Kunden mit einem verlockend klingenden Kreditangebot in eine Schuldenfalle getrieben werden, aus der sie ein halbes Leben lang nicht mehr herauskommen. Wenn man sich die Entwicklung des Euribor anschaut, so ist er seit seiner Einführung im Jahr 1999 munter rauf und runter gegangen. Zur Zeit ist er mit 1,2 Prozent relativ niedrig. Im letzten Jahr war er sogar unter einem Prozent, aber man ist da immer von Entwicklungen abhängig, die für einen Bürger, der einen Kredit mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufnimmt, oft nicht nachvollziehbar sind. Der Zinsscap wäre eine sehr wichtige Absicherung, um nicht plötzlich in zehn Jahren mit einer Zinsrückzahlung konfrontiert zu werden, die für einen normalen Arbeiter nicht mehr finanzierbar ist.

Grundsätzlich denke ich, dass es sehr wichtig ist, die Gesellschaft dahin zu bringen, bereits so früh wie möglich in Eigenwerte zu investieren, auch deshalb, weil man davon ausgehen kann, dass die Pensionsfürsorge in Zukunft nicht mehr die sein wird, wie sie es heute ist. Deshalb wird es darauf ankommen, ob man sich im Alter bereits eine Absicherung geschaffen hat. Ein Eigenheim bzw. eine eigene Wohnung ist eine sehr gute Altersversicherung. Ein Auto ist nach zehn Jahren nichts mehr wert, eine Wohnung gewinnt an Wert. Deshalb sage ich grundsätzlich Ja, aber man darf die Verpflichtung der Banken nicht vergessen. In dieser Form kommt der Beschlussantrag sicher ein bisschen zu spät, denn die Südtiroler, die Kredite aufnehmen, haben bereits entdeckt, dass es auch anderswo Banken gibt. Die Tiroler Sparkasse in Innsbruck hat inzwischen eine eigene Südtirol-Abteilung eingerichtet, weil immer mehr Südtiroler in Innsbruck Kredite aufnehmen. Das ist also eine Form der finanziellen Wiedervereinigung.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Sono molto sensibile a questo problema, come il collega Pardeller sa, ma l'ha detto anche il collega Knoll, in cinque anni cosa devono risparmiare questi? Facciamo un esempio pratico, perché la demagogia non serve in casi come questo. Penso ad una persona che guadagna 2.000 euro al mese, diciamo che possa risparmiare anche 800 euro al mese, e sono cifre grosse, in cinque anni ha risparmiato 40.000, 45.000 euro, mettiamoci gli interessi raddoppiati può arrivare a 48.000, 50.000 euro. Com-

pra un garage? Vogliamo fare una cosa seria o vogliamo prenderci in giro? Sono convinto che vada fatto un ragionamento di questo tipo, ma su fondamenta serie, non su ragionamenti da 250 euro al mese di risparmio, che non si compra neanche il pollaio!

Sono anch'io d'accordo con il collega che in un regolamento di attuazione di una legge non andiate voi della maggioranza in Giunta provinciale a dire: datevi una mossa e venite in Consiglio a presentare una mozione, dà l'idea della condizione di debacle totale in cui vive questa maggioranza e questa Giunta. Non è colpa né del collega Pardeller né di Pichler Rolle, però va detto!

C'è poi un altro problema. Al punto 3 si dice: *"I limiti massimi di reddito vigenti per le agevolazioni per la prima casa vanno aboliti"*. Questo vuol dire praticamente che una persona che guadagna anche 200 mila euro all'anno ha diritto a tutte le agevolazioni, se io elimino i limiti di reddito. Poi continua: *"Resta unicamente una soglia di reddito minimo"*. Cioè i morti di fame si fottano! Io sono pesante nelle mie affermazioni, ma non mi sembra sia un discorso sociale che debba arrivare anche dalla sinistra, perché la sinistra su questi temi mi trova sovrapponibile quando mi dice che i limiti di redditi massimo non ci sono più. Guadagni 1 milione di euro l'anno – adesso esagero – ci sei con le agevolazioni, guadagni 700 euro, mirto di fame, fottiti perché guadagni troppo poco. Mi sembra che lo scopo dell'edilizia sociale è esattamente il contrario, quello di aiutare chi non ha, non sicuramente quello di non porre dei limiti massimi.

Siccome questa mozione è del 25.9.2009, prima di trattarla dovreste anche rileggerla. Al punto n. 7, dove dite che *"le detrazioni per le agevolazioni fiscali del 55% relative al risparmio energetico dovrebbero passare dai 5 ai 10 anni perché così si diluiscono meglio nel tempo"*, sono già passate così da un anno, per cui meglio sarebbe cancellare quel passaggio.

Ritengo che la tematica sia importantissima, ma debba partire anche da un altro presupposto, debba partire da un prezzo calmierato. Quando lei, collega Pardeller, non era in Consiglio, presentai una proposta, l'ente pubblico ha ragione di concederti una licenza edilizia, secondo me, quando sulla base dei costi precisi in cui tu dimostri con quel progetto che viene a costare, a prezzo unitario al metro quadro, quella casa, tu possa vantare come industriale un 20, 25, 30% di margine, ne discutiamo se volete, ma non che ci sia come fino adesso, e dopo 38 anni di lavoro in edilizia come artigiano lo posso affermare, bisogna calmierare i prezzi. Costa mille euro al metro quadro oggi costruire un appartamento? Il terreno costa altri 1000 euro? Benissimo, tutto documentato, tu lo vendi al massimo a 2.600 euro al metro quadro, altrimenti non ti do licenza edilizia. Bisogna calmierare prima di tutto i prezzi, perché quando non ci si arriva con i soldi, l'unica cosa è quella di cercare di abbassare i costi. Dopodiché ci inseriamo con programmi di questo tipo, però possibilmente un po' meno ridicoli – e io la voto la mozione – perché con cinque anni di risparmio casa non ci si compra nemmeno il pollaio.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Frau Präsidentin, ich möchte zunächst ein wenig die Reihenfolge zurechtrücken, damit die Missverständnisse, so es solche sind und nicht politische Aussagen, korrigiert werden können. Der Beschlussantrag des Kollegen Pardeller stammt vom 25. September 2009 und wurde somit vor dem Wohnbauförderungsgesetz eingebracht. Beim Wohnbauförderungsgesetz wurde das Prinzip des Bausparens noch einmal festgeschrieben. Es war bereits im alten Gesetz angedeutet und ist jetzt noch einmal hineingekommen. Wir haben diesen Beschlussantrag nicht im Rahmen der Behandlung des entsprechenden Gesetzentwurfes eingebracht, denn dann hätten wir bereits die Kriterien in das Gesetz einarbeiten müssen. Nachdem dieser Beschlussantrag bereits im September 2009 auf der Tagesordnung war und im Februar 2010 das entsprechende Gesetz in Kraft getreten ist, haben wir einen Ersetzungsantrag formuliert - der Kollege Seppi hat sich wahrscheinlich noch auf den ursprünglichen Text bezogen -, in welchem wir einige Punkte anregen. Ich verweise darauf, dass unter einem allgemeinen Punkt genau das steht, was der Kollege Sven Knoll angemahnt hat. Wir hätten gerne einen Bericht und einen Gesamtorschlag, *"der konkret auch die besonderen Merkmale beinhaltet, welche Bausparverträge aufweisen müssen, um dann zusätzlich in den Genuss einer öffentlichen Förderung zu kommen. Zudem muss aufgezeigt werden, wie das heimische Bankensystem angeregt werden soll, der Südtiroler Bevölkerung entsprechende Bausparverträge anzubieten."* Der Kollege Knoll hat absolut Recht, wenn er sagt, dass wir auch die Banken in die Pflicht nehmen müssen. Herr Landesrat, ich weiß, dass Sie Gespräche mit den Südtiroler Banken geführt haben, und wir erwarten uns von Ihnen, dass Sie diese Materie prüfen, untersuchen, was machbar ist, und dem Landtag dann einen Bericht vorlegen, aus dem hervorgeht, was möglich ist. Das wäre etwas sehr Wichtiges, um in Bezug auf das Bausparen einen Schritt nach vorne machen zu können. Wir haben heute Vormittag eine sehr interessante Aussage von DDr. Karl Zeller vernommen hat, der die Bausparverträge als Beispiel dafür genannt hat, möglicherweise autonome Steuererleichterungen ins Auge fassen zu können. Ich weiß nicht, ob wir auf die Durchführungsbestimmungen warten müssen, aber wenn wir in der Tat eine solche Möglichkeit hätten, dann

würde ich Sie bitten, diesen Aspekt zu prüfen. Das Idealste wäre – und da stimme ich dem Kollegen Egger zu -, wenn wir nicht die Schiene einer zusätzlichen Förderung aufbauen müssten, sondern wenn wir die Bedingungen der Bausparverträge festlegen und an der Einkommenssteuerschraube etwas bewegen könnten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich werde mich kurz halten, weil mein Kollege Thomas Egger schon das meiste gesagt hat. Ich erinnere daran, dass das Gesetz gerade auf seinen Antrag hin im Jänner 2010 geändert wurde. Was hat die Landesregierung in der Zwischenzeit getan? Wenn im letzten Satz des Beschlussantrages steht, dass die Banken angeregt werden sollen, der Bevölkerung entsprechende Bausparverträge anzubieten, so frage ich mich, warum sie das nicht tun. Wahrscheinlich, weil es nicht interessant ist, und deshalb müssen wir es fördern. Alle Maßnahmen, die in diese Richtung gehen, sind selbstverständlich unterstützenswert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht wieder die ganze Kritik an der Wohnbauförderung anbringen. Tatsache ist, dass wir Wohnungspreise haben, die die Menschen verzweifeln lassen. Jeder von uns bekommt täglich Anrufe, E-Mails oder Briefe von Menschen, die Lösungsvorschläge für bestimmte Dinge im Wohnungsbe-  
reich anbringen. Erst heute habe ich ein E-Mail einer Person erhalten, die sagt, dass sie die Zweitwohnung nicht mehr vermietet, weil sie mittlerweile draufzahlt. Es gibt viele leerstehende Wohnungen, und man muss sich die Frage stellen, warum diese nicht mehr vermietet werden. Das Land steckt sehr viel Geld in die Wohnbauförderung, was dazu geführt hat, dass die Wohnungspreise explodiert sind. Das ist eine Tatsache! Die Landesregierung ist nicht willens, eine Änderung vorzunehmen. Das Bausparen ist sicher eine gute Möglichkeit, von unserer Praxis ein bisschen abzuweichen. Wenn wir nach Österreich oder Deutschland schauen, so kosten die Wohnungen dort nicht so viel wie bei uns. Dafür muss es ja einen Grund geben!

**TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei):** È un tema sicuramente importante, anche se non si può dire né che noi non ci siamo occupati di questo tema, né che soprattutto nell'ultimo anno non siano state prese decisioni, indirizzi e anche atti concreti per facilitare in particolare le giovani coppie. Però non è questa la sede in cui discuterne, perché stiamo discutendo del risparmio edilizio. Ricordo che dobbiamo avere un sistema che abbia un suo complessivo riconoscimento e sia percepibile da parte dei cittadini in tutte le sue prestazioni. Alcune cose non le possiamo fare. Non possiamo obbligare le persone in un paese liberale ad affittare i propri appartamenti.

Venendo al risparmio energetico, in quest'anno in cui è stata inserita in maniera rafforzata nella legge, abbiamo ovviamente parlato con le banche, perché come voi sapete certamente, la previsione del risparmio edilizio è già inserita nella legge che prevede la promozione del risparmio agevolato e prevede che gli istituti di credito a cui è affidato il servizio di gestione del fondo di rotazione dell'edilizia abitativa agevolata, sono sostanzialmente tre, propongano ai cittadini il modello del risparmio energetico. È l'art. 9 della convenzione che prevede che alla fase della stipula del programma di risparmio edilizio segua la fase del risparmio fino al raggiungimento della somma del programma di risparmio edilizio concordato, a cui segue poi il diritto di ottenere un mutuo edilizio. Ebbene, l'attuale modello di risparmio edilizio non ha funzionato, perché nessuno si è rivolto alle banche e le banche in generale non hanno sostenuto questo tipo di modello, per le ragioni che sono state ricordate da voi. Il regime fiscale in Italia è diverso dal regime fiscale che vige in Germania e in Austria e quindi non rende conveniente questo modello. Se noi avessimo la possibilità di incidere, come ha ricordato il collega Pichler Rolle, anche sulle aliquote e sulla leva fiscale, avremmo la possibilità di lavorare su questo modello in maniera molto più efficace.

Abbiamo anche cercato di capire quest'anno se col processo di federalismo fiscale ci fosse la possibilità di avere più possibilità di manovra, perché se noi avessimo la possibilità di incidere sulla leva fiscale e quindi di pensare ad un sistema più vicino a quello di Austria e Germania, sarebbe la soluzione migliore. Quindi non più "zusätzliche Beiträge", contributi aggiuntivi che poi discutiamo, ma delle agevolazioni di tipo fiscale. Allo stato attuale però questo non è previsto. In quest'anno in cui si sono succeduti l'Accordo di Milano e anche ragionamenti che in questo momento si stanno facendo con il federalismo fiscale, non abbiamo ancora non solo la certezza ma neanche una previsione di questo tipo. L'unica cosa che rimane è quella di fare un accordo con singole banche, però abbiamo parlato con tutte le banche e solo ultimamente ne abbiamo trovata una disponibile a fare un percorso e a sperimentare un modello di risparmio edilizio particolare, non però avendo le agevolazioni fiscali che si possono avere in altri paesi europei, oppure aumentare il contributo per chi si impegna a fare un percorso. È chiaro che la ragione per cui abbiamo studiato in questi 12 mesi il sistema, è proprio perché preferiremmo usare la leva fiscale per evitare di aumentare continuamente i contributi, ma è molto dubbio se potremo farlo. Presenterò nei prossimi mesi un modello che preveda contributi aggiuntivi, perché la leva fiscale non è immediatamente utilizzabile dalla Provincia autonoma di Bolzano.

Accolgo la mozione, perché dice di valutare, prendere in considerazione le successive misure, ma su alcuni punti c'è da discutere. Per quanto riguarda il primo punto credo sia certamente un aiuto. Se introduciamo un modello di sostegno bisognerà riconoscere un contributo più alto per chi fa questo tipo di percorso, comunque è una proposta certamente fattibile. Mentre sono meno favorevole, dal punto di vista personale, ad obbligare i giovani a questo percorso, quindi a dare ai giovani questi contributi "solo se", perché sappiamo che oggi gli under 40 hanno situazioni molto fluide. Quindi chiedere oggi ad una persona di 35, 38 anni di fare un percorso di cinque anni prima di accedere al contributo è da studiare. Così come è da studiare molto bene l'idea di non applicare limiti di reddito, mentre è ovvio che in contributo vada in aggiunta.

Diciamo che in generale tutte le proposte tendono nella direzione di impegnarsi, richiamare l'attenzione su questo modello di risparmio edilizio che noi vogliamo sostenere. Ripeto che sarebbe più funzionale potendo utilizzare la leva fiscale, ma anche qualora questa non fosse possibile, certamente sosterremo con contributi aggiuntivi. Da questo punto di vista la mozione è da accogliere.

**PRÄSIDENTIN:** Nachdem der Abgeordnete Pardeller auf die Replik verzichtet, stimmen wir über den Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag ab: einstimmig genehmigt.

Punkt 25 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 171/09 vom 23.10.2009, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend eindeutige Absage an die beabsichtigte Einführung einer Stunde Islamunterricht an Südtiroler Schulen".**

Punto 25) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 171/09 del 23.10.2009, presentata dal consigliere Seppi, riguardante scongiurare qualsiasi ipotesi di inserimento di un'ora settimanale di religione islamica nelle scuole provinciali".**

*Eindeutige Absage an die beabsichtigte Einführung einer Stunde Islamunterricht an Südtiroler Schulen*

*Die Aussagen von Frau Dr. Nicoletta Minei, die nach monatelangem Hickhack zwischen dem Unterrichtsministerium und der Landesregierung zur italienischen Schulamtsleiterin ernannt worden ist, sind offen gesagt befremdend, wenn sie davon spricht, in den italienischen Schulen ein Wahlfach Religion einzuführen, das über den klassischen katholischen Religionsunterricht hinausgeht. Praktisch gibt es hier ihrerseits eine Öffnung, die nicht ausschließt, eine Wochenstunde anderen Religionen zu widmen, zu denen natürlich und vor allem auch der Islam gehört. So interpretieren wir zumindest die Interviews, die in den Medien erschienen sind. Sollten sich diese Absichten bewahrheiten, so sind sie in ethischer und ideeller Hinsicht als unannehmbar zu betrachten. Dadurch würde nicht nur der Unterricht, so wie er bis dato in jeder italienischer Schule gehandhabt wird, auf den Kopf gestellt, sondern es würde sich dabei um einen regelrechten "ideellen und spirituellen Anschlag" auf unsere tausendjährige christliche Kultur handeln, auf die sich die gesamte europäische Kultur stützt. Da wir eindeutig gegen diese Möglichkeit sind, gegen die sich auch die höchsten Vertreter des Südtiroler Klerus aussprechen sollten, der jedoch aus unerklärlichen Gründen sehr verhalten ist, fühlen wir uns dazu verpflichtet, diese unheilvolle Entscheidung abzuwenden.*

*Die Südtiroler Landesregierung wird daher verpflichtet,*

*sich vehement gegen die Einführung des Religionsunterrichts in die Landesschulpläne auszusprechen, sofern es sich nicht um den christlich-katholischen Religionsunterricht handelt und dies unabhängig von der Muttersprache der Schüler;*

*diese Möglichkeit durch eine Stellungnahme der drei Assessorate für die italienische, deutsche und ladinische Schule auszuschließen, in der man sich gegen den Religionsunterricht mit Ausnahme des christlich-katholischen Religionsunterrichts in allen Südtiroler Schulen jeglicher Art und Stufe ausspricht;*

*erneut auf das Erfordernis zu pochen, dass sich die Südtiroler Schulen zu den christlichen Wurzeln der europäischen Zivilisation bekennen;*

*sicherzustellen, dass gemäß den geltenden Bestimmungen in jeder Schulklasse jeder Südtiroler Schule jeglichen Schultyps und jeglicher Stufe ein Kreuzifix hängt.*

-----



*Scongiurare qualsiasi ipotesi di inserimento di un'ora settimanale di religione islamica nelle scuole provinciali*

*Le dichiarazioni della dott.ssa Nicoletta Minei, nominata sovrintendente scolastica italiana, dopo continui e ripetuti "sgarbi" lunghi mesi, fra il Ministero della Pubblica Istruzione e la Giunta provinciale, lasciano francamente sconcertati quando la stessa lascerebbe intendere la possibilità di inserire un'ora di religione, facoltativa, che vada oltre all'insegnamento della religione cristiano cattolica, all'interno delle scuole italiane. In pratica sembra aprirsi a diverse altre possibilità nelle quali non si esclude l'eventualità dell'inserimento di un'ora settimanale per l'approfondimento di altre religioni fra cui, ovviamente, anche e soprattutto quella coranica. Così ci sembra di interpretare dalle interviste rilasciate agli organi di informazione e, se queste intenzioni venissero confermate, sarebbero da considerarsi eticamente gravi e idealmente inaccettabili. Infatti, oltre a costituire uno stravolgimento di tutto il palinsesto didattico fino ad oggi applicato in qualsiasi scuola italiana, costituirebbero un vero e proprio "attentato ideale e spirituale" alla nostra millenaria civiltà cristiana le cui fondamenta poggiano su tutta la cultura europea. Fermamente contrari a questa eventualità che dovrebbe vedere schierati anche i massimi rappresentanti locali del clero cristiano cattolico, inspiegabilmente silenziosi, sentiamo la necessità di scongiurare questa drammatica ipotesi.*

*Si impegna*

*la Giunta provinciale*

*a dichiarare la propria assoluta contrarietà all'inserimento dell'insegnamento di religioni, che non sia quella cristiano cattolica, all'interno dei programmi scolastici provinciali a prescindere dalla madre lingua degli alunni o degli studenti;*

*a scongiurare questa ipotesi con una presa di posizione dei tre assessorati alla scuola, italiana, tedesca e ladina, nella quale si dichiarano contrari alla eventualità di insegnamento di religioni che non sia quella cristiana cattolica all'interno di tutte le scuole provinciali di ogni ordine e grado;*

*a ribadire la necessità di configurare nella scuola locale le nostre origini cristiane su cui si basa la nostra civiltà europea;*

*a verificare che l'obbligo della presenza del crocifisso all'interno di ogni aula scolastica venga assolutamente rispettato in base alle normative in essere, in ogni scuola provinciale di ogni ordine e grado.*

Herr Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** L'inizio di queste premesse fanno riferimento a quanto accadeva il 21 ottobre 2009 e quindi a dichiarazioni fatte dall'allora appena nominata Sovrintendente scolastica italiana, dott.ssa Minei, la quale ha lasciato intendere in maniera palese la possibilità di inserire un'ora di religione alla settimana facoltativa di una religione diversa da quella cristiano-cattolica. Penso che questo sia un passaggio inaccettabile. Al di là della critica che volevo fare alle dichiarazioni fatte dalla Sovrintendente scolastica un anno e mezzo fa, rimane il concetto di fondo. Vorrei scongiurare l'ipotesi che si possa anche lontanamente pensare ad una scuola nella quale possano essere inseriti orari di religione, anche se facoltativi, che prevedono l'approfondimento di religioni che non siano quelle cristiano-cattoliche. Nel caso specifico faccio riferimento a quella islamica, perché la dottoressa Minei fece riferimento a quella, ma è evidente che non ne faccio una questione "anti Islam" ma una questione di attaccamento alle radici cristiane. Non sono contro le altre religioni, ma sono a favore solo della nostra. Di conseguenza quando dico "altre religioni" intendo tutte le altre religioni, non solamente quella islamica, perché il riferimento alla religione cristiano-cattolica è nella nostra morale, nella nostra vita e tradizione. È in effetto il tutto ciò che unisce anche in maniera sublime gli appartenenti a tutti i gruppi linguistici di questa terra, è un cordone ombelicale che di fatto è inscindibile: noi siamo tutti europei, ma ancora di più siamo tutti legali alla religione cristiano-cattolica.

Sappiamo le polemiche che sono avvenute in sede di Comunità europea in seno a questi temi, sappiamo quante polemiche nascono ogni giorno attorno al crocifisso nelle scuole, dove qualcuno ogni tanto lo tira giù ma è stato ribadito che deve essere riposto, e fu una mozione mia presentata nella scorsa legislatura a garantire il non togliere il crocifisso dalle aule scolastiche, così come risultano, ed è testimoniato, i crocifissi in ogni camera dell'ospedale di Bolzano. Non so negli altri ospedali della provincia, ma all'ospedale di Bolzano dove ci sono dei pazienti esiste un crocifisso. Questa è una cosa positiva che va ribadita e proseguita nel tempo.

Io voglio scongiurare questa ipotesi. Ognuno può avere la sua religione, il suo credo, però noi che siamo nati in questa terra, che siamo di origine europea, abbiamo il sacrosanto dovere, non solo diritto, di dire che nelle nostre scuole se si vuole andare ad un'ora di religione, si deve andare ad un'ora di religione cristiano-cattolica e non ad altre religioni. Vorrei che questa assemblea dichiarasse la sua assoluta contrarietà all'eventualità dell'insegnamento di altre religioni nelle scuole. Vorrei scongiurare questa ipotesi che deve riguardare in maniera trasversale tutti e tre i gruppi linguistici e tutti e tre assessorati della scuola italiana, tedesca e ladina, e quindi ribadire la necessità di configurare in diversi passaggi, che non sono solo quelli dell'ora di religione, che la nostra scuola, figlia delle nostre origini, delle nostre storie diverse fra di loro ma delle tradizioni religiose comuni, debba essere fondata sulla religione cristiano-cattolica perché base, la stessa, di quella che è la nostra civiltà europea. Questa presa di posizione che nacque nell'ottobre 2009 quando la sovrintendente, che penso abbia fatto marcia indietro, mi auguro, assessore, che non abbia messo in pratica questa sua proposta inaccettabile e non sia accaduto nulla, e mi auguro, e la dott.ssa Minnei con quella sua presa di posizione me ne dà l'occasione oggi, che questa presa di posizione serva per il futuro e per condizioni diverse da quelle asserite in quella fase storica dalla sovrintendente, peraltro ottima sotto tutti gli altri punti di vista. Vorrei scongiurare questa ipotesi e aprire una discussione in questi termini, perché ritengo che per noi sia fondamentale che i nostri ragazzi, i nostri figli, siano nelle condizioni di imparare all'interno della scuola, la religione che è stata insegnata a noi, ai nostri padri, a prescindere dal fatto che siano appartenenti al gruppo italiano, tedesco o ladino, perché tutti i gruppi linguistici in questa terra hanno avuto la stessa identica storia religiosa. Ogni sentiero, ogni via, ogni campo, ogni paese è contrassegnato da un campanile, da una chiesa, da crocifissi, da quei segni precisi della tradizione, della cultura e specialmente della religione, alla quale noi teniamo anche per il futuro.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich habe meine Schulzeit vor zehn Jahren beendet und möchte ein bisschen das Bild des Religionsunterrichtes klären. Viele Abgeordnete hier im Landtag haben ein falsches Bild vom Religionsunterricht, weil sie ihn noch aus der eigenen Schulzeit so kennen. Religionsunterricht hat heute eigentlich nichts mehr mit dem Auswendiglernen des Katekismus oder mit irgendwelchen katholisch-religiösen Dingen zu tun. Der Religionsunterricht wird beispielsweise in Zusammenhang mit Philosophie unterrichtet. Etwas, was längst Realität ist, ist beispielsweise der Vergleich der verschiedenen Religionen. Ich bin dem Kollegen Seppi dankbar dafür, dass man einmal grundsätzlich über das Thema "Religionsunterricht" spricht. In meiner Klasse waren 18 Schüler, wobei wir beim Religionsunterricht zu dritt waren. Alle anderen haben sich vom Religionsunterricht befreien lassen. Das hat sich in den letzten Jahren wohl eher noch verschlechtert. Die Schüler lassen sich nicht deshalb vom Religionsunterricht befreien, weil sie etwas gegen den katholischen Glauben haben, sondern weil sie die freie Stunde nützen wollen. Deshalb wird es durchaus zu überlegen sein, was man sich vom Religionsunterricht in der Schule erwartet. Ich habe Schwierigkeiten, wenn immer vom christlich-katholischen Unterricht die Rede ist. In Meran gibt es eine evangelische, eine jüdische und sogar eine russisch-orthodoxe Glaubensgemeinschaft. Ich wäre aber dagegen, wenn man plötzlich anfangen würde, in unseren Schulen verpflichtend diese Religionen zu unterrichten. Allerdings halte ich es schon für sinnvoll, dass den Schülern der Religionsunterricht freigestellt wird, denn es ist nicht sinnvoll, wenn ein Schüler jüdischen Glaubens plötzlich im christlich-katholischen Unterrichtsfach sitzen muss. Wie gesagt, es ist die Überlegung anzustellen, wie man in Zukunft mit dem Religionsunterricht umgehen will. Ich möchte an die Schullandesrätin appellieren, vor allem die Qualität der Religionslehrer zu hinterfragen. In meiner Klasse war es so, dass die Person, die sich in der fünften Klasse noch vom Religionsunterricht befreien lassen hat, im Jahr danach die Religionslehrerin an unserer Schule war. Das mutet schon etwas seltsam an, und deshalb wäre das schon zu überprüfen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das ist ein heikles Thema, und ich spreche mich für die Wiedereinführung des Toleranzpatentes von Kaiser Josef II. aus. Ich bin mit dem Vorschlag des Kollegen Seppi grundsätzlich einverstanden. Meine Schulzeit, Kollege Knoll, ist schon etwas länger her, aber auch wir haben andere Religionen gelernt. Die Kollegin Klotz hat wahrscheinlich denselben Religionslehrer gehabt wie ich, nämlich Professor Oberhofer, der ein sehr aufgeschlossener Religionslehrer war. Der Religionsunterricht war auch bei uns nicht mehr als ein Auswendiglernen des Katekismus. Ich denke schon, dass die Südtiroler Gesellschaft diesbezüglich aufgeschlossen ist, aber wir werden uns einer Diskussion stellen müssen, die auch bei uns kommen wird, nämlich die Ersetzung des Religionsunterrichtes mit dem Ethikunterricht, wie es in Deutschland und Österreich schon diskutiert wird. Wenn man an die Wurzeln des christlichen Abendlandes glaubt, dann wird man auch in der Religion nicht darum herumkommen. Das bedeutet nicht, dass man etwas gegen andere Religionen hat, aber im Unterricht an öffentlichen Schulen muss es dieses Privileg auch in Zukunft geben. Unterricht in anderen Religionen muss

außerhalb der Schulen stattfinden. Der Seitenhieb auf den Klerus, Kollege Seppi, ist ein Wertung, die man so machen kann oder auch nicht. Die offizielle Amtskirche in Südtirol hat selten mit Vehemenz und Entschiedenheit die eigene Religion vor anderen Religionen verteidigt. Diesen Eindruck kann man haben, aber das ist sicher nicht der Klerus. Das werden Einzelne sein, aber sicher nicht der Großteil. Ich habe in Zusammenhang mit der Debatte über den Islam Briefe von mehreren Priestern bekommen, die regelrecht einen Hilfeschrei gesandt haben, dass man dem, was da auf uns zukommt, widerstehen möge. Diese Diskussion betrifft natürlich auch die Politik, aber vor allem die Kirche, und das ist nicht unsere Zuständigkeit. Die Schule ist aber unsere Zuständigkeit, und der Religionsunterricht sollte schon so gehalten werden wie bisher.

Was das Kreuz anbelangt, gibt es mittlerweile ja ein Urteil von höchster Stelle, das besagt, dass es hängen bleiben darf.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Sull'ordine dei lavori. Per evitare che altri giustamente, come ha fatto il collega Leitner, possano soffermarsi su questa mia frecciatina indirizzata verso una chiesa a volte un po' troppo silenziosa, sono a dichiarare l'abrogazione dell'ultimo periodo della parte introduttiva che inizia con "Fermamente contrari"... ecc.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um der Landesregierung eine Frage zu stellen. Seit einiger Zeit ist das ASTAT unterwegs, eine Studie zu erstellen. Mittels eines Auswahlverfahrens wurden Adressen gezogen, um an dieser Studie teilzunehmen, und ich hatte das Glück, auch gezogen zu werden, und habe mich natürlich gerne bereit erklärt, die Fragen zu beantworten. Eine Frage hat mich persönlich sehr gestört, und dabei ist es um den Islamunterricht an den Schulen gegangen. Die Fragestellung und die Antwortmöglichkeiten waren so schwammig und konfus, dass es mich nicht wundern würde, wenn herauskommen würde, dass die Südtiroler für den Islamunterricht wären. Ich möchte die Frage stellen, wer diese Fragen zusammengestellt hat. Es gab vier oder fünf Antwortmöglichkeiten, wobei man nur eine wählen durfte. Die Antwortmöglichkeiten waren derart "neben die Schuech", dass es wirklich schwierig war, ein objektives Urteil abzugeben. Mich würde also interessieren, wer sich damit beschäftigt hat und ob diese Studie das Ergebnis von dem Antrag ist, den die Landesregierung im Zuge der Behandlung des Haushaltes genehmigt hat.

Generell bin ich der Meinung, dass der Islamunterricht in öffentlichen Schulen nichts zu suchen hat. Ich würde auch eher davor warnen, das unter dem Gesichtspunkt der Religion zu betrachten. Wenn man den Islamunterricht in den Südtiroler Schulen einführen würde, dann hätte das zur Folge, dass diejenigen, für die man ihn einführt, nicht daran teilnehmen würden. Wir würden also nichts erreichen. Kollege Knoll, auch meine Schulzeit ist noch nicht so lange her, und auch wir haben sehr viel über alle anerkannten Weltreligionen gelernt. Der Beschlussantrag hat schon seine Berechtigung, aber ich würde den Einbringer ersuchen, den beschließenden Teil zusammenzufassen und zu sagen, dass sich die Landesregierung gegen den Islamunterricht an Südtirols Schulen ausspricht. Ich glaube nicht, dass wir hergehen und verlangen können, dass in der Schule nur der christlich-katholische Religionsunterricht stattfinden darf. Man sollte unseren Schülern schon die Möglichkeit geben, über alle Religionen Bescheid zu wissen. Ich tue mich schwer, die einzelnen Punkte des beschließenden Teiles des Beschlussantrages zu akzeptieren.

**MINNITI (Il Popolo della Libertà):** Quando si parla di religione, soprattutto in questo mondo così cambiato rispetto al passato, si rischia di assumere delle posizioni che possono apparire un po' retrò e comunque xenofobe. Ho condiviso gli aspetti dell'intervento della collega Mair quando riconosce l'impossibilità di appoggiare, pur condividendo i vari contenuti, questa mozione, perché la sua sensibilità in questo senso è anche un po' la mia sensibilità. È chiaro che la scuola deve ribadire un concetto forte e chiaro per quanto riguarda l'insegnamento di una certa religione che è la religione cattolico-cristiana, senza per questo venir meno a quello che è un altro dovere della scuola soprattutto nelle ore di religione, ovvero far conoscere e insegnare anche le altre religioni. Qui emerge anche la nostra fede, quello che il cristiano ha assunto come propria convinzione, cioè noi non possiamo disconoscere la presenza di altre religioni, proprio perché siamo cristiani. Il problema del cristiano, come ho sottolineato in più di un'occasione, è quello che il più delle volte siamo noi che non sappiamo più chi siamo. C'è stata una cristianizzazione nell'Italia in particolar modo e nell'Europa, e se qualcuno oggi grida al rischio di islamizzazione nell'Europa, lo dovrebbe fare solo ed esclusivamente per il fatto che proprio noi cristiani abbiamo perso il contatto con la nostra identità. Mi piacerebbe sollecitare qualche collega a leggere il libro di Mons. Fisichella "Identità dis-solta", nel quale si fa molto presente come ci siamo troppo allontanati dalla nostra religione e allontanandoci abbiamo lasciato spazio affinché crescessero altre religioni. Noi ci siamo distaccati e non abbiamo poi difeso quella

che è la nostra religione. Ricordiamoci però anche l'insegnamento che ci ha dato Giovanni Paolo II nel 2000, quando in quell'incontro in Assisi ebbe modo di confrontarsi con tutte le religioni. Questa è la forza della nostra religione, della cristianità, il fatto, non come altre religioni, di negare l'esistenza e il diritto di esistenza di altre religioni, ma di dover rafforzare la nostra religione nello spirito di conoscere anche l'esistenza delle altre religioni. Ecco perché noi dobbiamo, come cristiani, rivendicare questo nostro ruolo. Io non ho condiviso, quando la Comunità Europea, nello scrivere la sua Costituzione, ha mancato di ribadire il concetto di radici cristiane all'interno della comunità europea, perché queste sono effettivamente le nostre radici. Ovviamente ciò non significa che noi dobbiamo, proprio per quello che noi siamo, negare l'esistenza di altre religioni, e non possiamo nemmeno impedire che altre religioni vengano messe a conoscenza della popolazione, perché proprio conoscendo le altre religioni, il cristiano si rafforza e si convince ancora di più del valore della propria religione.

Sono convinto che in qualche maniera noi si debba rafforzare questa nostra sapienza, questo nostro attaccamento alla religione, non disconoscendo le altre religioni, e ovviamente non può essere la scuola il veicolo attraverso il quale le altre religioni si possano imporre e possano emergere, ma il cristiano deve fare molto di più per far comprendere il valore e significato della propria identità.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Chiedo di poter intervenire domani, dato che mancano solo 3 minuti alle ore 19.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.  
Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.58 UHR

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ARTIOLI (15, 44, 45)

BIZZO (22)

DELLO SBARBA (12, 21, 22, 23, 31, 32, 42, 59)

DURNWALDER (24, 25, 26, 27, 31, 36)

EGGER (16, 25, 27, 28, 51)

HEISS (16, 23, 24, 25, 33)

KASSLATTER MUR (24, 33)

KLOTZ (13, 25, 26, 27, 38, 39, 43, 44)

KNOLL (41, 45, 52, 57)

LAIMER (30)

LEITNER (13, 28, 29, 30, 34, 40, 54, 57)

MAIR (16, 34, 35, 36, 37, 39, 58)

MINNITI (58)

MUSSNER (34)

NOGGLER (36, 37)

PARDELLER (51)

PICHLER ROLLE (44, 45, 53)

SEPPI (15, 38, 51, 52, 56, 58)

STIRNER BRANTSCH (40)

THEINER (29, 35, 45)

TOMMASINI (54)

URZÌ (14, 21, 41)

WIDMANN (32, 37)

ZELLER (2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 16, 20, 21)

ZOCCHI (2, 3, 4, 5, 7, 8, 11, 19, 20, 21)




MITTEILUNGEN ANFRAGEN / COMUNICAZIONI INTERROGAZIONI  
05/04/2011

Folgende Anfragen wurden eingebracht:  
Sono state presentate le seguenti interrogazioni:

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
1620/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 290 - Genehmigung der Änderung des D.LH. Nr. 46/03 - Sprachkenntnisse für die Zulassung zur Sonderausbildung in Allgemeinmedizin und Regelung des Wissenschaftlichen Beirats	Delibera della Giunta provinciale n. 290 - approvazione della modifica del D.P.P. n. 46/03 - conoscenze linguistiche per l'ammissione in medicina generale e disciplina del Comitato scientifico
1621/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 278 - Abschluss eines Pachtvertrages mit Thaler Gottfried gemäß Art. 45, Gesetz Nr. 203/82 betreffend die landwirtschaftliche Nutzung der Teilflächen (5667m <sup>2</sup> ) der G.p. 896 in der K.G. Brenner	Delibera della Giunta provinciale n. 278 - stipulazione di un contratto d'affitto di fondi rustici ai sensi dell'art. 45 della legge n. 203/82 avente per oggetto l'utilizzo di fondi rustici di varie parti (5667 mq) della p.f. 896 nel C.C. Brennero
1622/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 277 - Abschluss eines Zusatzvertrages zum Konzessionsakt Rep. Nr. 21572/06 abgeschlossen mit der Landesfachhochschule für Gesundheitsberufe "Claudiana" für das Gebäude in der L. Böhlerstr. Nr. 13 in Bozen	Delibera della Giunta provinciale n. 277 - Stipulazione di un contratto aggiuntivo all'atto di concessione rep. n. 21572/06 stipulato con la Scuola provinciale Superiore di Sanità "Claudiana" per l'immobile sito in Bolzano, via L.Boehler 13
1623/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 258 - Aufhebung der Denkmalschutzbindung - B.p. 124/1 in E.Zl. 21/I K.G. Marling, Gemeinde Marling	Delibera della Giunta provinciale n. 258 - cancellazione del vincolo di tutela storico-artistica-p.ed. 124/1 in P.T. 21/1 C.C. Marengo, comune di Marleno
1624/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 256 - Dienstleistungsvertrag zwischen der Autonomen Provinz Bozen und TIS -Techno Innovation South Tyrol	Delibera della Giunta provinciale n. 256 - contratto di servizio tra la Provincia autonoma di Bolzano ed il TIS-Techno Innovation South Tyrol
1625/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 239 - Bedingungen für den Einsatz freiwillig Sozialdienstleistender 2011, L.G. Nr. 7/04	Delibera della Giunta provinciale n. 239 - condizioni per l'inserimento dei volontari in servizio sociale 2011, L.P. n. 7/04
1626/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 252 - Einschreibung in die Kindergärten, Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie Berufsschulen - Änderungen und Ergänzungen	Delibera della Giunta provinciale n. 252 - iscrizione alle scuole dell'infanzia, alle scuole primarie, alle scuole secondarie di primo e secondo grado, nonché professionali - modifiche ed integrazioni
1627/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 242 - Widerspruch gegen das Mahndekret 2472/10 des Landesgerichts Bozen	Delibera della Giunta provinciale n. 242 - opposizione al decreto ingiuntivo 2472/10 del Tribunale di Bolzano
1628/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 292 - Delegation der Auszahlung für Filmprojekte - Jahr 2010	Delibera della Giunta provinciale n. 292 - delega di pagamento per progetti filmici - anno 2010
1629/11	Mair	Krankenpfleger	Infermieri
1630/11	Leitner	Flüchtlinge - Zugehörigkeit oder Zuordnung zu einer Sprachgruppe	Profughi - appartenenza o aggregazione a un gruppo linguistico
1631/11	Minniti	Neue Anlage in Sinich (3) REM-TEC	Nuovo impianto Sinigo (3) REM-TEC
1632/11	Minniti	Gesundheitsverträglichkeitsprüfung für Sinich	Valutazione impatto sanitario per Sinigo

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
1633/11	Heiss, Dello Sbarba	Blockheizkraftwerk E MA CON in Schabs kassiert 1,3 Mio. € Landesbeiträge ohne Versorgungsleistung: Hat das Land Regressrecht, wurden auch weiteren BHKW's Beiträge gewährt?	L'impianto di cogenerazione E MA CON a Sciaves riceve contributi provinciali per 1,3 milioni di euro senza contropartita di rifornimento: la Provincia ha il diritto di regresso? Sono stati concessi contributi anche ad altri impianti di cogenerazione?
1634/11	Leitner	Fernheizwerk Schlunderns (SEG) - Lärmbelästigung	Impianto di teleriscaldamento di Sluderno (SEG) - inquinamento acustico
1635/11	Leitner	Claudiana - Ergotherapeuten - Zweisprachigkeit	Claudiana - ergoterapisti - bilinguismo
1636/11	Leitner	Rotwildgehege "Pfrein" in Latzfons	Centro allevamento cervi "Pfrein" a Lazfons
1637/11	Minniti	Flurnamen	Toponimi di montagna
1638/11	Minniti	Sanierungsbedürftige Institutswohnungen	Alloggi IPES da risanare
1639/11	Leitner	Pendlerzulage	Indennità di pendolarismo
1640/11	Leitner	Islamistische Umtriebe in Südtirol?	Gruppi eversivi islamici in Alto Adige?
1641/11	Urzi	Gemeinsames Geschichtebuch zur Landesgeschichte	Manuale di storia comune
1642/11	Urzi	Ausländische Schüler	Alunni stranieri
1643/11	Heiss	Neueröffnung einer Spielhalle (400 m <sup>2</sup> ) in Meran in Nähe von Schule, Jugendzentrum, Fortbildungseinrichtung und Gesundheits- und Sozialsprengel. Gedenkt der Landeshauptmann, die Lizenz dafür nicht zu erteilen, wie es das Landesgesetz Nr. 13/92, ergänzt am 22.11.2010, vorsieht?	Apertura di una nuova sala da gioco (400 m <sup>2</sup> ) a Merano nei pressi di una scuola, di un centro giovanile, di un istituto di formazione e del distretto socio-sanitario. Il presidente della Provincia intende non rilasciare l'autorizzazione, come previsto dalla legge provinciale n. 13/92, integrata il 22 novembre 2010?
1644/11	Leitner	Minister Bondi: Welche Auswirkungen hat sein angekündigter Rücktritt für Südtirol?	Ministro Bondi: quali le conseguenze delle annunciate dimissioni per l'Alto Adige?
1645/11	Leitner	Steuerföderalismus	Federalismo fiscale
1646/11	Leitner	Bahnhof Lana/Burgstall	Stazione ferroviaria di Lana/Postal
1647/11	Mair	Eigener Landesbeirat für Männer und Väter	Comitato provinciale per uomini e padri
1648/11	Mair	Runder Tisch gegen Extremismus - Projekt "aussi"	Tavola rotonda contro l'estremismo - progetto Aussi
1649/11	Tinkhauser	Kosten für Diestautos, Reisen und Unterkünfte der Mitglieder der Landesregierung	Spese per le auto di servizio, i viaggi e i soggiorni dei componenti della Giunta provinciale
1650/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 343 - Ablehnung des Antrages vonseiten der Yoni Academy um Ermächtigung zur Durchführung von Ausbildungslehrgängen für Masseure und medizinische Bademeister in Südtirol	Delibera della Giunta provinciale n. 343 - rigetto della richiesta della Yoni Academy di autorizzazione allo svolgimento di corsi di formazione per massaggiatori e capi bagnini degli stabilimenti idroterapici in Provincia Di Bolzano
1651/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 302 - Verkauf der Gp.llen 2093/4, 2093/5 und 2093/6 der K.G. Stilfes, mit den Flächen von 2473m <sup>2</sup> , 154m <sup>2</sup> und 300m <sup>2</sup> , eingetragen als "unverfügbares Vermögen - Forste"	Delibera della Giunta provinciale n. 302 - vendita delle pp.ff. 2093/4, 2093/5 e 2093/6 in C.C. Stilves con le superficie di 2473 mq, 154 mq e 300 mq, intavolate come "patrimonio indispensabile - foreste"
1652/11	Dello Sbarba, Heiss	Rittner Seilbahn: wer wird die Ausgaben decken, die sie STA vorausbezahlt hat?	Funivia del Renon: è stato deciso chi si farà carico dei costi anticipati dalla STA?
1653/11	Egger	Renten in Südtirol	Pensioni in Alto Adige
1654/11	Leitner	Wer bezahlt die ISO 9001 Zertifizierung der Staatsanwaltschaft?	Chi paga la certificazione ISO 9001 della Procura?
1655/11	Leitner	Pfitsch - Gewächshäuser - Photovoltaikanlagen	Val di Vizze - serre- impianti fotovoltaici
1656/11	Leitner	Vahrn - was geschieht mit dem Schandfleck "Pulverlager"?	Varna - cosa si intende fare con quell'obbrobrio della polveriera?
1657/11	Urzi	Baukosten - unterirdische Oberflächen	Costi di costruzione - superfici interrato
1658/11	Stocker S.	Frühere Schließung des Bozner Wochenmarktes wegen Aufmarsch "Casa	Chiusura anticipata del mercato del sabato a Bolzano a causa della manifestazione di

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
		Pound"	Casa Pound
1659/11	Stocker S.	Wem gehören und wo befinden sich die ehemaligen ANAS-Immobilien?	A chi appartengono e dove si trovano gli immobili ex ANAS?
1660/11	Tinkhauser	EOS - Alto Adige Wines of the Italian Alps	EOS - Alto Adige Wines of the Italian Alps
1661/11	Mair	Gestaltung der Unterrichtszeiten	Definizione degli orari scolastici
1662/11	Seppi	Wer zahlt die Kosten für den Ideenwettbewerb zur Entschärfung des Mussolini-Reliefs?	Chi paga i costi per il concorso di idee relativo alla copertur del bassorilievo di Piffrader?
1663/11	Dello Sbarba, Heiss	Was bedeutet "irreversibler Schaden"?	Come si stabilisce che cosa è "danno irreversibile"?
1664/11	Tinkhauser	E-Werke an der Passer - Unterschutzstellung	Centrali idroelettriche sul Passirio - messa sotto tutela
1665/11	Mair	Briefkastenfirmen im Vinschgau - Verkehrsaufkommen	Società fittizie in Val Venosta - aumento del traffico
1666/11	Minniti	Berufsschule in italienischer Sprache "G. Marconi" in Meran	Scuola Professionale in lingua italiana "G. Marconi" a Merano
1667/11	Leitner	Verbot der Heilkräuter	Divieto per le erbe medicinali
1668/11	Leitner	Stromerzeugung in Südtirol	Produzione di energia elettrica in Alto Adige
1669/11	Leitner	Giftmüllanlage in Sinich	Impianto per lo smaltimento di rifiuti speciali a Sinigo
1670/11	Leitner	Berufsbild der Mitarbeiter für Integration von Kindern mit Behinderung	Profilo professionale dei collaboratori all'integrazione di bambini disabili
1671/11	Heiss, Dello Sbarba	Trophäenschau: Mangelnde Transparenz und Ungleichbehandlung	Mostra trofei: poca trasparenza e disparità di trattamento
1672/11	Leitner, Tinkhauser	Geruchsbelästigung in der Gemeinde Gais	Aria maleodorante nel Comune di Gais
1673/11	Dello Sbarba, Heiss	Fördert das Land Tagungen von Interessensvertretungen?	La Provincia finanzia congressi di categorie sindacali?
1674/11	Tinkhauser	Übergang des ENEL-Stromverteilernetzes an die SELNET	Passaggio della rete di distribuzione dell'ENEL alla SELNET
1675/11	Stocker S.	Pressemitteilung der Landtagspräsidentin zum Tag der Frau am 8. März 2011: "Starke Frauen im Landtag"	Comunicato stampa della presidente del Consiglio provinciale per la festa della donna dell'8 marzo 2011: "Le donne in Consiglio provinciale"
1676/11	Stocker S.	Drucksachen der Handelskammer Bozen	Stampati della Camera di commercio di Bolzano
1677/11	Stocker S.	Wo waren in Südtirol überall Windräder geplant?	Dove erano state previste le pale eoliche in Alto Adige?
1678/11	Leitner	Ulten - Bergbauernförderung - Bürokratieabbau	Va d'Ultimo - incentivi ai contadini di montagna - riduzione della burocrazia
1679/11	Vezzali	Zöliakie - Magnetkarte	Celiachia - Tessera magnetica
1680/11	Heiss, Dello Sbarba	Wie stark steigt mit den Treibstoffpreisen auch das Aufkommen der Mineralölsteuer und weiterer damit verbundener Steuereingänge?	A fronte dell'aumento dei prezzi dei carburanti, qual è l'aumento del gettito d'imposta sugli oli minerali e di conseguenza del gettito fiscale?
1681/11	Heiss, Dello Sbarba	Geplantes Sieben-Sterne-Hotel in Wolkenstein: Leitbetrieb oder Landschaftskiller?	Hotel a sette stelle a Selva: azienda all'avanguardia o mostro paesaggistico?
1682/11	Leitner	Südtiroler Bedienstete bei der Eisenbahn Bürger 2. Klasse?	I dipendenti altoatesini delle ferrovie sono cittadini di seconda classe?
1683/11	Stocker S.	Chinesen in Südtirol	Cinesi in Alto Adige
1684/11	Stocker S.	Auf wessen Grundstücken hätten die Windräder auf der Malser Haide errichtet werden sollen?	Su quali terreni avrebbero dovuto essere installate le pale eoliche nella piana di Malles?

  
**Südtiroler Landtag**  
**Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano**  
**Cunsëi dla Provinzia autonoma de Bulsan**

MITTEILUNGEN GESETZENTWÜRFE / COMUNICAZIONI DISEGNI DI LEGGE  
05/04/2011

Folgende Gesetzentwürfe wurden eingebracht:  
Sono stati presentati i seguenti disegni di legge:

<b>LGe. ddl.</b>	<b>Unterzeichner Firmatari</b>	<b>Betreff</b>	<b>Oggetto</b>
87/11 G	Theiner	Bestimmungen auf den Sachgebieten Fürsorge und Wohlfahrt, Verwaltungsverfahren, Überwindung oder Beseitigung architektonischer Hindernisse sowie Hygiene und Gesundheitswesen	Norme in materia di assistenza e beneficenza, di procedimento amministrativo, di superamento o eliminazione delle barriere architettoniche e di igiene e sanità
88/11 C	Egger, Leitner, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Politische Überparteilichkeit von Verbänden und Organisationen - Änderung der Landesgesetze vom 28.11.1973, Nr. 79, "Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft und der Produktivität" und vom 12.11.1992, Nr. 39, "Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung"	Imparzialità politica di associazioni e organizzazioni - modifica delle leggi provinciali 28 novembre 1973, n. 79, "Iniziativa per l'incremento economico e della produttività" e 12 novembre 1992, n. 39, "Interventi di politica attiva del lavoro"
89/11 G	Bizzo	Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger	Integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri
90/11 C	Tinkhauser, Egger, Leitner, Mair, Stocker S.	Errichtung einer zusätzlichen Förderung für Forschung und Innovation: der Technokredit	Istituzione di un ulteriore incentivo alla ricerca e all'innovazione: il tecnocredito
91/11 G	Bizzo	Änderung von Landesgesetzen in den Bereichen Innovation, Forschung und Förderung der gewerblichen Wirtschaft	Modifiche di leggi provinciali nei settori ricerca, innovazione e sostegno dell'economia



MITTEILUNGEN BESCHLUSSANTRÄGE / COMUNICAZIONI MOZIONI  
05/04/2011

Folgende Beschlussanträge wurden eingebracht:  
Sono state presentate le seguenti mozioni:

BA. moz.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
298/11	Leitner, Egger, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Antrag um Unterschutzstellung der Mendelpasstraße (SS42) im Sinne der Artt. 10, 13 des Kodex der Kultur- und Landschaftsgüter, gesetzvertretendes Dekret Nr. 42 vom 22.01.2004	Richiesta di messa sotto tutela della strada della Mendola (SS 42) ai sensi degli articoli 10 e 13 del Codice dei beni culturali e del paesaggio, decreto legislativo 22 gennaio 2004, n. 42
299/11	Mair, Egger, Leitner, Stocker S., Tinkhauser	Männerinitiative Pustertal (MIP): eigener Landesbeirat für Männer und Väter	Iniziativa di uomini della Val Pusteria (MIP - Männerinitiative Pustertal): un'apposita consulta provinciale per uomini e padri
300/11	Egger, Leitner, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Nein zu drastischen Preiserhöhungen im öffentlichen Personennahverkehr in Südtirol	No a drastici aumenti dei prezzi nel trasporto pubblico locale in Alto Adige
301/11	Leitner, Egger, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Zusammenschluss der Stromnetze am Brenner	<b>Interconnessione delle reti elettriche al Brennero</b>
302/11	Tinkhauser, Egger, Leitner, Mair, Stocker S.	Eindämmung der Spielsucht - Stop für neuen Spielhallen	Contenimento del gioco d'azzardo patologico – no a nuove sale da gioco
303/11	Dello Sbarba, Heiss	Abonnements für Pendler	Abbonamenti per i pendolari



MITTEILUNGEN SCHRIFTL. BEANTW. / COMUNICAZIONI RISP. SCRITTE  
05/04/2011

Folgende Anfragen wurden beantwortet:  
Sono state presentate le risposte alle seguenti interrogazioni:

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Antworten Risposte	Betreff	Oggetto
1508/11	Heiss, Dello Sbarba	Durnwalder	Athesia Tappeiner: Wie viele gemeinsame Angebote wurden 2005-2010 der Landesverwaltung vorgelegt?	Athesia Tappeiner: quante offerte congiunte sono state presentate all'amministrazione provinciale negli anni 2005-2010?
1509/11	Heiss, Dello Sbarba	Theiner	NS-Opfer in der Psychiatrie Hall: Wie beteiligt sich Südtirol an der Aufklärung?	Vittime del nazismo nell'area del reparto di psichiatria dell'ospedale regionale di Hall: come partecipa l'Alto Adige all'opera di accertamento?
1537/11	Minniti	Theiner	Sozialhilfe	Contributi per l'assistenza
1539/11	Minniti	Theiner	Kompetenzzentren in Südtirol	Centri di eccellenza in Alto Adige
1543/11	Minniti	Durnwalder	Luftverschmutzung in der Petrarcastraße in Meran	Inquinamento in via Petrarca a Merano
1549/11	Mair	Theiner	Angestellte des Sanitätsbetriebes schikaniert?	Dipendente dell'Azienda sanitaria vessata?
1552/11	Pöder	Theiner	Beiträge für Miete und Wohnungsnebenkosten - Bezirksgemeinschaften	Sussidi locazione e spese accessorie - comunità comprensoriali
1553/11	Stocker S.	Durnwalder	Ankauf einer Tennishalle durch die Gemeinde Auer	Acquisto di un impianto tennis da parte del Comune di Ora
1555/11	Leitner	Mussner	MeBo - Ein- und Ausfahrt Marling	MeBo - entrata e uscita di Marleno
1559/11	Dello Sbarba, Heiss	Durnwalder	Bondi-Durnwalder: Was steht im Brief geschrieben?	Bondi-Durnwalder: che c'è scritto nella lettera?
1562/11	Minniti	Mussner	Zukunft der italienischen Schule in Meran	Futuro delle scuole italiane di Merano
1563/11	Seppi	Durnwalder	Beschluss der Landesregierung Nr. 50 - Neue Richtlinien für die Zuteilung von mobilen Kommunikationsgeräten und von Handys - Widerruf Beschluss Nr. 2375/09	Delibera della Giunta provinciale n. 50 - nuove direttive per l'assegnazione di diapositivi di comunicazione mobile e di apparecchiature cellulari
1570/11	Seppi	Tommasini	Beschluss der Landesregierung Nr. 59 - Landesbeirat für die Evaluation der Qualität des Schulsystems in italienischer Sprache - Genehmigung des Arbeitsprogrammes für das Jahr 2011	Delibera della Giunta provinciale n. 59 - comitato provinciale di valutazione della qualità del sistema scolastico in lingua italiana - approvazione del programma di lavoro per il 2011
1577/11	Seppi	Widmann	Beschluss der Landesregierung Nr. 129 - Gewerbegebiet von Landesinteresse Bozen Einsteinstraße Süd - Änderung des Beschlusses Nr. 1241/10, ergänzt mit Beschluss Nr. 1984/10	Delibera della Giunta provinciale n. 129 - zona produttiva d'interesse provinciale Bolzano via Einstein Sud - rettifica della delibera n. 124/10, integrata con delibera n. 1984/10

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Antworten Risposte	Betreff	Oggetto
1594/11	Pöder	Widmann	Gasbetriebene Fahrzeuge in Südtirol	Veicoli alimentati a gas in Alto Adige
1596/11	Leitner	Berger	Anzahl und Auslastung der Gästebetten in Südtirol	Numero e utilizzo dei posti letto negli esercizi ricettivi in Alto Adige
1600/11	Minniti	Tommasini	Bau von Wohnungen für den Mittelstand	Realizzazione di alloggi per il ceto medio
1608/11	Heiss, Dello Sbarba	Laimer	Giftmüllanlage (Firma Rem-Tec) in Sinich	Impianto smaltimento rifiuti tossici (ditta Rem-Tec) a Sinigo
1614/11	Dello Sbarba, Heiss	Widmann	Liftverbindung zwischen dem Karerpass und Moena	Nuovo collegamento funiviario Carezza - Moena?
1615/11	Tinkhauser	Tommasini	Mietkauf - Wohnungsbau für den Mittelstand	Riscatto alloggi - abitazioni per il ceto medio
1617/11	Leitner	Tommasini	Post - Zeitungsverteilung am Samstag	Poste - distribuzione dei giornali al sabato
1621/11	Seppi	Mussner	Beschluss der Landesregierung Nr. 278 - Abschluss eines Pachtvertrages mit Thaler Gottfried gemäß Art. 45, Gesetz Nr. 203/82 betreffend die landwirtschaftliche Nutzung der Teilflächen (5667m <sup>2</sup> ) der G.p. 896 in der K.G. Brenner	Delibera della Giunta provinciale n. 278 - stipulazione di un contratto d'affitto di fondi rustici ai sensi dell'art. 45 della legge n. 203/82 avente per oggetto l'utilizzo di fondi rustici di varie parti (5667 mq) della p.f. 896 nel C.C. Brennero
1622/11	Seppi	Mussner	Beschluss der Landesregierung Nr. 277 - Abschluss eines Zusatzvertrages zum Konzessionsakt Rep. Nr. 21572/06 abgeschlossen mit der Landesfachhochschule für Gesundheitsberufe "Claudiana" für das Gebäude in der L. Böhlerstr. Nr. 13 in Bozen	Delibera della Giunta provinciale n. 277 - Stipulazione di un contratto aggiuntivo all'atto di concessione rep. n. 21572/06 stipulato con la Scuola provinciale Superiore di Sanità "Claudiana" per l'immobile sito in Bolzano, via L.Boehler 13
1624/11	Seppi	Bizzo	Beschluss der Landesregierung Nr. 256 - Dienstleistungsvertrag zwischen der Autonomen Provinz Bozen und TIS -Techno Innovation South Tyrol	Delibera della Giunta provinciale n. 256 - contratto di servizio tra la Provincia autonoma di Bolzano ed il TIS-Techno Innovation South Tyrol
1625/11	Seppi	Durnwalder	Beschluss der Landesregierung Nr. 239 - Bedingungen für den Einsatz freiwillig Sozialdienstleistender 2011, L.G. Nr. 7/04	Delibera della Giunta provinciale n. 239 - condizioni per l'inserimento dei volontari in servizio sociale 2011, L.P. n. 7/04
1627/11	Seppi	Durnwalder	Beschluss der Landesregierung Nr. 242 - Widerspruch gegen das Mahndekret 2472/10 des Landesgerichts Bozen	Delibera della Giunta provinciale n. 242 - opposizione al decreto ingiuntivo 2472/10 del Tribunale di Bolzano
1628/11	Seppi	Widmann	Beschluss der Landesregierung Nr. 292 - Delegation der Auszahlung für Filmprojekte - Jahr 2010	Delibera della Giunta provinciale n. 292 - delega di pagamento per progetti filmici - anno 2010
1631/11	Minniti	Laimer	Neue Anlage in Sinich (3) REM-TEC	Nuovo impianto Sinigo (3) REM-TEC
1632/11	Minniti	Laimer	Gesundheitsverträglichkeitsprüfung für Sinich	Valutazione impatto sanitario per Sinigo
1639/11	Leitner	Widmann	Pendlerzulage	Indennità di pendolarismo
1651/11	Seppi	Durnwalder	Beschluss der Landesregierung Nr. 302 - Verkauf der Gp.len 2093/4, 2093/5 und 2093/6 der K.G. Stilfes, mit den Flächen von 2473m <sup>2</sup> , 154m <sup>2</sup> und 300m <sup>2</sup> , eingetragen als "unverfügbares Vermögen - Forste"	Delibera della Giunta provinciale n. 302 - vendita delle pp.ff. 2093/4, 2093/5 e 2093/6 in C.C. Stilves con le superficie di 2473 mq, 154 mq e 300 mq, intavolate come "patrimonio indispensabile - foreste"
1652/11	Dello Sbarba, Heiss	Widmann	Rittner Seilbahn: wer wird die Ausgaben decken, die sie STA vorausbezahlt hat?	Funivia del Renon: è stato deciso chi si farà carico dei costi anticipati dalla STA?
1660/11	Tinkhauser	Widmann	EOS - Alto Adige Wines of the Italian Alps	EOS - Alto Adige Wines of the Italian Alps

<b>Anfr. int.</b>	<b>Unterzeichner Firmatari</b>	<b>Antworten Risposte</b>	<b>Betreff</b>	<b>Oggetto</b>
1666/11	Minniti	Mussner	Berufsschule in italienischer Sprache "G. Marconi" in Meran	Scuola Professionale in lingua italiana "G. Marconi" a Merano
1675/11	Stocker S.		Pressemitteilung der Landtagspräsidentin zum Tag der Frau am 8. März 2011: "Starke Frauen im Landtag"	Comunicato stampa della presidente del Consiglio provinciale per la festa della donna dell'8 marzo 2011: "Le donne in Consiglio provinciale"